



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Geflüchtete im Spiegel deutscher Tageszeitungen.
Eine Kritische Diskursanalyse zur medialen
Repräsentation in Kommentaren“

verfasst von / submitted by

Mareike Wacha, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 823

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Europäische Ethnologie

Betreut von / Supervisor:

ao.Univ.-Prof. Dr. Klara Löffler

Geflüchtete im Spiegel deutscher Tageszeitungen.

Eine Kritische Diskursanalyse zur medialen Repräsentation in Kommentaren

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Hinführung zum Thema.....	7
Forschungsanlass	9
Forschungsstand	9
Ziel der Untersuchung	11
Drei mediale Zeitspannen.....	13
Differenzkonstruktionen und kollektive Identität	15
Otheringprozess	15
Konstruktion nationaler und kollektiver Identität	16
Normalismus.....	18
Reproduktion rassistischer Grundordnung	20
Rassismus in den Medien.....	23
Konstruktion von ‚Rasse‘ in den Medien	23
Diskursentwicklung	25
Analyse des diskursiven Materials.....	27
Begrifflichkeiten.....	27
Diskurs-Begriff	27
Topoi-Begriff	30
Materialauswahl und -beschreibung	31
Ereignisse des medialen Diskurses.....	35
Angela Merkel <i>Wir schaffen das</i> (31.08. - 06.09.2015).....	36
Mitleids- und Bevormundungsdiskurs	36
Verbindung mit Rechtsextremismus	39
Im Detail – Der ‚Fall‘ Aylan Kurdi.....	40
Diskursstrang der Bedrohung.....	42
Versagen und Überforderung der Politik	43
Topos der Nützlichkeit.....	48

Nach den Anschlägen in Paris im November 2015 (16.11. - 22.11.2015).....	51
Diskurs der Bedrohung	52
Diskurs der Bevormundung	55
Die Kölner Silvesternacht von 2016 (05.01. - 12.01.2016)	56
Bedrohungsdiskurs	57
Im Detail – Kommentare weiterer Thematiken	61
Lösungsstrategien.....	63
Im Detail – ‚Ghetto‘-Diskurs	66
Kritik am Bedrohungsdiskurs	68
Im Detail – Administration und Organisation Geflüchteter.....	69
Feministische und antirassistische Perspektiven.....	69
Kontinuitäten und Brüche der medialen Berichterstattung	73
Ausblick.....	76
Literatur- und Quellenverzeichnis	78
Forschungsliteratur	78
Quellen.....	83
Sonstige Quellen.....	90
Abstract	92

Einleitung

Hinführung zum Thema

„Die gegenwärtige Debatte über die Flüchtlinge folgt einer dramatisierenden Dialektik, die aus der Feder eines Theaterautors stammen könnte.

Die Flüchtlingskrise, die aus historischer Sicht gar nicht so krisenhaft oder außergewöhnlich ist, spaltet seit einem Jahr die Gesellschaft und Politik in Deutschland und Europa.“

(Philipp Ther im Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung*, 19042016-SZ)

Die aktuellen Migrationsbewegungen beschreibt Philipp Ther, Historiker am Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien, als eine historisch nicht ungewöhnliche und nicht einzigartige Entwicklung. Er geht zudem auf die polarisierende Wirkung ein, welche die Gesellschaft trenne und in unterschiedliche Lager separiere.

Die Sprache der Debatten, wie sie Ther anspricht, wird entscheidend durch die mediale Berichterstattung geprägt. Begriffe, wie ‚Flüchtlingsstrom‘ und ‚Flüchtlingswelle‘ sind, insbesondere seit Sommer 2015, längst zu gängigen Synonymen für die Fluchtbewegungen nach Europa geworden und werden fast durchgängig von allen deutschen Medien verwendet. Die Thematik ist komplex und vielschichtig. Ausverhandelt werden Fragen nach der Zukunft Europas, nach der Solidarität und Identität des Kontinents und des politischen Raums. Diskutiert werden nationale Identitäten und Entwicklungen der ‚Integration‘. Erol Yildiz verweist auf die tragende Rolle der medialen Repräsentation: „In dieser Gesellschaft leisten Medien mit ihrer Öffentlichkeitsfunktion einen wesentlichen Beitrag zur Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit und tragen insofern in hohem Maße gesellschaftliche Verantwortung“ (Yildiz 2006: 37) – denn „Massenmedien bilden Wirklichkeit nicht einfach nur ab, sondern sie schaffen sie mit, indem sie kollektiv geteiltes Wissen ordnen und strukturieren“ (Schwarz 2010: 114). Unsere Erfahrungen speisen sich demnach nicht aus Beobachtungen, sondern „viel öfter über Vermittlungen in Form von Interaktionen oder über Bücher u. a. Medien“ (ebd.). Durch die Berichterstattung wird der Grundstein einer Debatte gelegt und die Basis für die Stimmung eines Diskurses manifestiert. Das liegt am Fokus, der in Berichten, Leitartikeln, Reportagen und Kommentaren gelegt wird, und am Vertrauen in

die etablierte Presse – trotz zunehmender Skepsis von verschiedenen Seiten („Lügenpresse“). Was einzelne Medien berichten ist wichtig, doch was in der Masse an einem Bild produziert wird, ist ebenso von eminenter Bedeutung. Fernsehen, Radio, Internet – alles trägt dazu bei, wie über ein Thema gesprochen wird.¹ Argumente und Meinungen werden übernommen und Begrifflichkeiten verwendet. In diesem Rahmen ist es spannend, Fragen aufzuwerfen, wie Medien über bestimmte Themen berichten, welche Sinnzusammenhängen sie konstruieren, welchen Fokus sie legen. Untersucht wird, welche Akteur*innen² zu Wort kommen und welche Sprachbilder benutzt werden. Wie werden „die Fremden“ dargestellt und wie funktioniert in diesem Zusammenhang die Konstruktion des eigenen Selbstbildes? Wo schlägt sich die Konstatierung des „Wir“ und des „Anderen“ nieder? Wie werden Geflüchtete medial repräsentiert?

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich selbst als weiße, privilegierte Person argumentiere und dementsprechend nicht über Erfahrungen Geflüchteter und/oder Nichtweißer Menschen verfüge. In diesem Sinne möchte ich nicht „für sie“ sprechen. Mein persönliches Ziel ist zu einer Reflexion der eigenen Positionen und Privilegien anzuregen. Ich versuche mich dem Thema deswegen vor allem aus einer feministischen und antirassistischen Perspektive zu nähern, die aus meiner eigenen (politischen) Auseinandersetzung der letzten Jahre herrührt. Aus diesem Grund habe ich mich methodisch für die *Kritische Diskursanalyse (KDA)* entschieden, mithilfe derer Machtbeziehungen entschlüsselt werden können. Wissenschaft und vor allem die Europäische Ethnologie funktioniert und agiert nie im luftleeren, neutralen Raum. Eine Analyse enthält immer auch eine politische Positionierung. Durch die *Kritische Diskursanalyse* ist es mir möglich, meinen eigenen politischen Background einfließen zu lassen und gleichzeitig zu reflektieren.

Diskurse werden in der *KDA* als soziale Praxis verstanden, die eine „starke Beziehung zwischen linguistischer und sozialer Struktur“ (Titscher et al. 1998: 179) aufweisen. Dementsprechend gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Sprache und konstituierter Wirklichkeit. Medien bestehen aus Sprache und dienen als machtvoll Instrument zur Legitimierung von Wirklichkeit. Die *Kritische Diskursanalyse* dient somit als methodischer

1 Wenn ich im Folgenden von „Medien“ und „Massenmedien“ spreche, beziehe ich mich auf Printmedien und die Onlineversionen der Zeitungen. In den theoretischen Ausführungen dienen sie als Begrifflichkeiten für alle üblichen Medien (Fernsehen, Radio, Internet etc.).

2 In der Arbeit verwende ich die Genderschreibweise mit Sternchen *, um die binären Geschlechtsstrukturen aufzubrechen und verschiedene Geschlechter je nach Lesart sichtbar zu machen. Bei Themen, wie Gewalt gegen Frauen*, verwende ich die männliche Form (z.B. Täter), um existierende Machtverhältnisse und Gewaltstrukturen deutlich zu machen.

Zugang zu einer umfassenden Analyse der medialen Debatte, die ich anhand der journalistischen Darstellungsform des Kommentars in deutschen Tageszeitungen untersucht habe.

Forschungsanlass

Die Fluchtbewegungen nach Europa sind seit Sommer 2015 stetig präsent und mobilisieren wie kein anderes Ereignis unzählige Auseinandersetzungen. Die seit Dezember 2014 steigenden Zahlen ankommender Flüchtender in Deutschland werden in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen (staatlichen Behörden, Schulen, Kindergärten, Vereinen etc.) debattiert. Die deutschen Tageszeitungen waren seit dem Frühsommer 2015 bis in den Herbst 2015 dominiert von der Thematik. Es gibt nahezu kein Vorbeikommen am Thema. Alle sind oder fühlen sich betroffen. Dabei ist die Beständigkeit und Dringlichkeit des Diskurses auffallend. Nicht nur medial wird breit über die Asylfrage debattiert, auch gesamtgesellschaftlich wird seit Monaten über den Zuzug verhandelt. Dabei wird vielfach Asyl als Grundrecht außer Acht gelassen. Diskutiert werden ökonomistische Überlegungen und der Nutzen von (Flucht-)Migration für die deutsche Wirtschaft. Aufgegriffen werden Felder der Willkommenskultur bis zur Verbindung von Flucht und Terror nach den Anschlägen in Paris vom 13. November 2015. Geflüchteten wird ein deviantes Potenzial unterstellt, mit dem sie zu einer ‚Gefahr‘ für die deutsche Ordnung und Sicherheit werden. Konstatiert wird, insbesondere nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht, ein vermeintlich abweichendes Frauen*bild muslimischer Männer. Gleichzeitig erstarkt der Rechtsextremismus in Deutschland und wird sichtbarer. Die rechtspopulistische *PEGIDA*-Bewegung und ihre unzähligen Ableger sind in verschiedenen Städten und Regionen sehr erfolgreich und ziehen mit ihren regelmäßigen Demonstrationen viele Teilnehmer*innen an. Die Wahlerfolge der *Alternative für Deutschland (AfD)* sowie zahlreiche Übergriffe auf Geflüchtete und Angriffe auf bereits bewohnte oder in Bau befindliche Flüchtlingsunterkünfte zeugen von einer neuen Sichtbarkeit rechter und rechtsextremer Ideologien.

Forschungsstand

Der Diskurs über Geflüchtete spielte in der Kulturwissenschaft bisher eine marginale Rolle. Geflüchtete wurden als Forschungsfeld in kulturwissenschaftlichen Zusammenhängen bislang kaum erkannt. Fragen zur nationalen Identität, zu Inklusions- und Exklusionspro-

zessen wurden in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang nicht oder nur unzureichend gestellt. Über die Rolle der Medien im Migrationsdiskurs gibt es einige anerkannte Veröffentlichungen. Der Soziologe Stuart Hall beschäftigt sich im Aufsatz „Die Konstruktion von ‚Rasse‘ in den Medien“ (1989b) mit dem Zusammenhang zwischen Medienproduktion und dem Einfluss von Ideologien, „da die Medien überwiegend in der Sphäre der Produktion und Transformation von Ideologien operieren“ (ebd.: 150). Auf Stuart Halls theoretische Überlegungen gehe ich später ausführlicher ein. In den Sprachwissenschaften wurden vor allem in den 1990er Jahren zahlreiche Studien zu Rassismus und Medien veröffentlicht. Zu nennen ist in diesem Bereich die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak. Sie setzt sich vor allem mit der Verknüpfung von Sprache, Macht und Identitätskonstruktionen auseinander (Wodak et al. 1989, 1998). Der Literaturwissenschaftler Jürgen Link, die Sprachwissenschaftler*innen Siegfried Jäger und Margarete Jäger vom *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)* untersuchten diskursanalytisch Themen, wie Rassismus und Rechtsextremismus in Mediendiskursen. Der Sammelband „Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien“ (1993) stellt einen wichtigen und umfassenden Beitrag zur Verstrickung von massenmedialer Berichterstattung und rassistischen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft dar. Die Autor*innen setzen sich mit der Rolle der Medien Anfang der 1990er auseinander. Es ist die Zeit, in der die Brandanschläge auf das Geflüchtetenlager in Rostock-Lichtenhagen und die Wohnhäuser von zwei türkischen Familien in Mölln stattfanden (vgl. Jäger/Link 1993: 7).

Der Sammelband „Massenmedien, Migration und Integration“ (2006) befasst sich kritisch mit der Medienarbeit in Bezug auf Migrant*innen. Martin Wengeler verfasst darin den Aufsatz „Zur historischen Kontinuität von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs“ (Wengeler 2006). Er thematisiert, wie unter anderem der Topos vom wirtschaftlichen Nutzen und der Belastungstopos hartnäckige Argumentationsstränge bilden und im geschichtlichen Verlauf unterschiedliche Konjunkturen aufweisen (vgl. ebd.: 18 f.). Erol Yildiz befasst sich im selbigen Band mit „Stigmatisierenden Mediendiskursen in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft“ (Yildiz 2006). Sein Fokus liegt auf der ‚Ghetto-Thematik‘, die eine beharrliche Kontinuität im medialen Diskurs um Einwanderung aufweist. Anhand von ‚Problemvierteln‘ und ‚Brennpunkten‘ zeigt Yildiz, wie Exklusions- und Problematisierungsprozesse durch Medien unterstützt werden: „Der Ghetto-Diskurs impliziert eine Art von Wissensproduktion, eine besondere Strategie, die tief in die Praxis verwickelt ist“ (ebd.: 42). Medien diskutieren die vermeintliche ‚Überfremdung‘ der autochthonen Gesellschaft und nötige Integrationsmaßnahmen, um ‚Parallelgesellschaften‘ zu verhindern. Mediale

Identitätskonstruktionen und -zuweisungen der vermeintlich ‚Anderen‘ bilden dabei die Grundlage und führen zur Reproduktion von ethnischem Wissen (vgl. ebd.).

Die Kulturwissenschaftlerin Sabine Hess stellt durch ihre jahrelange Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Migrations- und Grenzregimeforschung und Transnationalisierungs- sowie Europäisierungsforschung wichtige Forschungsansätze. Im Aufsatz „Citizens on the road. Migration, Grenze und Rekonstitution“ (2016), der in der *Zeitschrift für Volkskunde* erschien ist, setzt sich Hess mit der aktuellen Fluchtbewegung auseinander, die sie als Einforderung eines Rechts auf Mobilität der Geflüchteten deutet. Sie versteht die Bewegung als eine „Repolitisierung der Fragen des Rechts auf Mobilität, Schutz und Ankommen“ (ebd.: 6), an der sich Fragen von citizenship in Europa neu formulieren und entsprechende Handlungsstrategien und Aushandlungspraktiken auslösen. Sie fordert, Migration neu zu konzeptualisieren, als „unmerkliche Formen des Widerstands im Sinne des Entziehens und Entkommens aus miserablen, ausbeuterischen Existenzbedingungen“ (ebd.: 9). Als Teil der *Kritnet*, dem *Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, ist Sabine Hess Mitherausgeberin der Werke „Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa“ (2010), „Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven“ (Heimeshoff 2014) und des noch nicht erschienenen Bandes „Der lange Sommer der Migration: Grenzregime III“ (Hess et al. 2016). Die Bände befassen sich umfassend mit Themenkomplexen, wie Migrationsmanagement und Externalisierung von EU-Migrationsregimes, Wissensproduktionen zu Migration und Grenze, Formen der Migrationskontrolle und -regulierung sowie aktivistischen Interventionsmöglichkeiten.

Seit dem letzten Jahr ist eine verstärkte wissenschaftliche Aufmerksamkeit in Bezug auf Fluchtmigration zu vermerken. Die Kulturwissenschaftlerin Gabriele Dietze veröffentlichte Anfang des Jahres zwei Artikel zu den Ereignissen in Köln (2016a, 2016b). Von Zygmunt Bauman erschien jüngst die Publikation „Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache“ (2016). Der dritte Band der Grenzregime-Reihe (Hess et al. 2016) bezieht sich ebenfalls auf die aktuellen gesellschafts- und migrationspolitischen Entwicklungen.

Ziel der Untersuchung

Historisch betrachtet gab es bereits seit den 1970ern mediale Aufmerksamkeit für Einwanderung (hier vor allem Arbeitsmigration) (vgl. Wengeler 2006: 14). Historische

Kontinuitäten werden in dieser Arbeit weitgehend vernachlässigt. Ziel der Untersuchung ist es vielmehr, den aktuellen Mediendiskurs über Geflüchtete zu betrachten. Dabei werden Diskursverläufe und -brüche sichtbar und zeigen auf, wie Geflüchtete medial repräsentiert werden. Aus den Kommentaren können hegemoniale Diskurse extrahiert und mediale Inszenierungen nachvollzogen werden. Einige Kommentare werden nur in Kürze angesprochen. Darin spiegeln sich vor allem Themenwiederholungen (wie das Aufgreifen von Bedrohungsdiskursen), welche die Ergebnisse dieser Arbeit untermauern. Andere Kommentare sind als umfassendere Erläuterungen in der Kategorie „Im Detail“ zusammengefasst. Sie werden intensiv betrachtet und ergänzen die Diskursanalyse. Themen dieser Kommentare werden nur in einzelnen Artikeln aufgegriffen, wurden aber dennoch einer Analyse unterzogen, da sie einen Teil des Diskurses darstellen und wichtige Aufschlüsse über den Gesamtdiskurs geben.

Die Untersuchung von Kommentaren verschiedener Tageszeitungen (überregional, regional und lokal) soll aufzeigen, wie der Diskurs funktioniert, welche Bilder produziert und welche Themenfelder aufgegriffen werden. Kommentare bieten Zeitungen die Möglichkeit, einen tagesaktuellen, meinungsorientierten Bezug zu aktuellen Ereignissen zu nehmen und argumentativ Entwicklungen zu deuten und zu werten. Der Kommentar als Genre lässt einen breiten Spielraum, um Thematiken zu diskutieren. Die faktenbasierte Orientierung von Artikeln und Berichten wird aufgebrochen und bietet die Option, eine erweiterte Deutung der Geschehnisse vorzunehmen. Zu beobachten ist, dass der Umgang mit Geflüchteten neu verhandelt wird. Im medialen Diskurs werden neue Maßstäbe gesetzt und alte infrage gestellt.

Dabei wird unter anderem deutlich, wie das nationale ‚Wir‘ und das ‚Fremde/Andere‘ konstruiert und verfestigt werden. Die Zeitung dient dabei als wichtiges Instrument, welches „hegemoniales Wissen repräsentiert“ (Schwarz 2010: 13) und entscheidend den Diskurs prägt. Leitmedien, wie die *Süddeutsche Zeitung* haben in Deutschland eine herausragende Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung und nehmen eine dominante Sprecher*innenrolle ein (vgl. Krüger 2013: 97). Lokale Medien, wie die *Thüringer Landeszeitung*, weisen dagegen einen Bezug zu konkreten Alltagsrealitäten der Bewohner*innen auf. Anhand qualitativ ausgewählter Kommentare zeige ich exemplarisch, wie sich verschiedene Diskursstränge verbinden beziehungsweise verschränken und wie sich Diskursverläufe innerhalb weniger Monate wandeln und im Stimmungsbild völlig brechen können. Die Entwicklung geht von der Betonung der Willkommenskultur der deutschen Politik und

Zivilbevölkerung bis zum Topos der Ablehnung, der sich insbesondere im Bild des ‚kriminellen und übergriffigen Flüchtlings‘ widerspiegelt, dem eine rechtliche Sonderstellung zugewiesen wird und dem ständig die Exklusion aus der Gesellschaft in Form einer Ausweisung droht.

Drei mediale Zeitspannen

Der Zeitraum der Arbeit umfasst die Monate von August 2015 bis Jänner 2016. Ich habe drei Ereignisse ausgewählt, die medial rezipiert und von mir als Schlüsselmomente kategorisiert wurden.

Die Willkommenswelle (31.08. - 06.09.2015)

Der Sommer 2015 war seit den frühen Wochen des Junis medial durch Berichte über einreisende Flüchtende geprägt. Die steigenden Einreisezahlen hingen unter anderem mit der stagnierend schlechten Situation in Syrien und der Verzweiflung vieler Syrer*innen zusammen, die nach fünf Jahren Bürger*innenkrieg keine Hoffnung auf Verbesserung sahen. Gleichzeitig wurde die Lage in den angrenzenden Ländern dramatisch. Hohe Kosten für Miete und Verpflegung sowie fehlende Arbeitsmöglichkeiten zwangen immer mehr Geflüchtete weiter zu reisen und in Europa ein sicheres Leben zu suchen. Zudem führten abnehmende humanitäre Hilfe und unterfinanzierte Projekte zu katastrophalen Lebenssituationen, unter anderem in jordanischen Flüchtlingslagern (vgl. UNHCR). Die vielen Ankommenden wurden an den deutschen Bahnhöfen von verschiedenen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt und gepflegt. In der Sommerpressekonferenz vom 31. August 2015 nach der dreiwöchigen Regierungspause, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass Deutschland mit den hohen Flüchtlingszahlen umgehen könne und die Herausforderungen schaffbar seien. Medial wurde der Auftritt Merkels breit diskutiert und fand sowohl in Artikeln als auch Kommentaren Widerhall.

Die Anschläge von Paris (16.11. - 22.11.2015)

Nach, der in verschiedenen Medien oft beschriebenen, Willkommenswelle, die medial immer wieder stark betont wurde, stellte sich die Frage, inwiefern sich der Diskurs verändert, wenn Geflüchtete als potenzielle Bedrohende erscheinen. Die terroristischen Anschläge in Paris vom 13. November 2015, ausgeführt von Anhängern des *Islamistischen Staates (IS)*, bei denen an verschiedenen Orten 130 Menschen getötet wurden, wirkten sich, so die Annahme, auf die Repräsentation von Geflüchteten in den Medien aus. Grund für diese

Annahme war die verstärkte Thematisierung des Umstands, dass sich unter den Tätern Geflüchtete befanden, die im Zuge der Migrationsbewegungen ab dem Sommer 2015 nach Europa gekommen seien. Diskutiert wurde unter anderem die Sicherheitslage in Deutschland.

Die Kölner Silvesternacht (05.01. - 12.01.2016)

Während meiner Arbeit ereignete sich ein weiteres Medienereignis. Die Silvesternacht in Köln und die anschließende mediale Debatte erregten meine Aufmerksamkeit. Eine erste Beschäftigung mit dem Thema ließ mich eine Art qualitativen Wechsel im medialen Diskurs erkennen – von der euphorischen Willkommenskultur hinzu einer breitgeforderten Ausweisung straffälliger Migranten und Geflüchteter. Diese Analyse führte dazu, dass ich den Zeitraum mit in meine Analyse einschloss und als Schlüsselereignis kategorisierte. In der Silvesternacht von 2015 auf 2016 beging eine unbestimmte Zahl männlicher Täter Diebstähle und griff insbesondere Frauen* an, die den Kölner Hauptbahnhof und den Bahnhofsvorplatz querten. Viele Frauen* berichteten von dramatischen Erfahrungen und der Hilflosigkeit der Polizei. Erst einige Tage nach der Nacht meldeten zunächst lokale Medien die Ereignisse. Aufgegriffen wurde die Thematik, weil immer mehr Frauen* bei der Polizei Anzeige erstatteten. Nach und nach berichteten deutschlandweit Zeitungen von der Silvesternacht. Schon früh wurden die Täter aufgrund äußerlicher Beschreibungen als nichtdeutsch kategorisiert und das Problem als importiertes Problem von Migranten und Geflüchteten diskutiert.

Differenzkonstruktionen und kollektive Identität

Der aktuelle mediale Diskurs baut maßgeblich auf der Unterscheidung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Geflüchteten auf. Flüchtende werden als nicht-dazugehörig konstruiert. Auf Rassismus in den Medien, wie ihn unter anderem Stuart Hall (1989b) sehr prägnant beschrieben hat, gehe ich im nächsten Kapitel genauer ein. Zunächst möchte ich mich allerdings der Differenzkonstruktion widmen und aufzeigen, wie die Konstruktion eines ‚Anderen/Fremden‘ die kollektive Identität der Ingroup stärkt und zur Exklusion der ‚Anderen‘ führt. Einleitend kann festgestellt werden, dass nicht das Verbindende und Gemeinsame im Vordergrund neuer Gesellschaftsbilder steht, sondern „das Trennende im Blick auf ‚Andere‘: auf andere Interessen, Geschmäcker, Lebensstile, Werte. Heterogenität und Differenz erscheinen so als zentrale Leitvorstellungen sozialer Orientierung, Abgrenzung als dominante Geste der Alltagspraxis“ (Kaschuba 2004: 243).

Otheringprozess

Die Konstruktion einer (eigenen) Gruppe funktioniert über die Abgrenzung zu einer anderen Gruppe. Die Untersuchung dieses Prozesses, der als Otheringprozess gelesen werden kann, hat seinen Ursprung in der Kolonialismuskritik. Der Literaturkritiker Edward Said schuf mit seinem Werk „Orientalism“ (1979) einen wichtigen Beitrag zur Ausformulierung von Otheringprozessen, wenngleich er den Begriff nicht explizit erwähnte. Er versteht den Diskurs des ‚Fremdmachens‘ und Abgrenzens als eine gewaltvolle, hegemoniale Praxis (vgl. Mecheril et al. 2010: 42). Die Literaturwissenschaftlerin Gayatri C. Spivak griff das Konzept auf und arbeitete es inhaltlich aus (1985). Die Erziehungswissenschaftlerin Iman Attia hebt hervor, dass sich eine Gruppe „im Gegenbild des konstruierten Anderen [definiert] und dabei als zivilisierter imaginier[t]“ (Attia 2014: 9). Alle Mitglieder einer konstruierten Gruppe – sowohl der eignen als auch der anderen – werden „als gleich angesehen und homogenisiert“ (ebd.). Die Eigengruppe wird der konstruierten Fremdgruppe gegenübergestellt. Dieser Prozess dient dazu „eine eigene Identität herauszubilden und Privilegien zu legitimieren“ (ebd.: 10). Zweck dieser Differenzkonstruktion ist die Schaffung eines hegemonialen Systems beziehungsweise die Verfestigung eines bestehenden hegemonialen Systems (vgl. Thomas-Olalde et al. 2011: 27). „Der rassialisierende Otheringprozess [...] hat die Funktion, das Verhältnis zwischen ‚Rassen‘, ‚Kulturen‘, ‚Ethnien‘ und Religionen zu legitimieren. Dieses Verhältnis ist von Macht durchzogen“ (Attia 2014: 9). Demnach geht es um eine

Hierarchisierung und Konstituierung von Machtverhältnissen. Damit wird festgeschrieben wer Wissen produzieren kann und welche Positionen sich durchsetzen (z.B. in Regeln und Gesetzen) (vgl. ebd.).

Der Rassismus des Nationalsozialismus bezog sich auf die Konstruktion einer ‚Rasse‘. Heute liegt der Fokus auf der Betonung kultureller und sozialer Aspekte. „Die Kulturalisierung stellt demnach die gegenwärtige Form der Rassialisierung³ dar“ (Attia 2014: 9). Kultur fungiert als Biologie und unterliegt damit einem Prozess der Naturalisierung (vgl. Balibar 1988a: 30). Dieser findet sich oft in Debatten über gescheiterte Integration wieder, die einhergeht mit der Unterstellung die Person könne oder wolle sich nicht an die gesellschaftlichen Regeln und Normen halten. Hall dazu: „Für diese Form lässt sich über die kulturellen und sozialen Tatsachen leicht eine allgemeine Zustimmung organisieren, weil für diese eben die Evidenz des angeblich Natürlichen spricht“ (ebd.). Eine Gegenüberstellung kann festgehalten werden als: Wir – rational – kultiviert; Sie – irrational – primitiv (vgl. ebd.: 14). Dieser Prozess

„hat die Funktion, Identität zu produzieren und Identifikationen abzusichern. Er ist Bestandteil der Gewinnung von Konsensus und der Konsolidierung einer sozialen Gruppe in Entgegensetzung zu einer anderen, ihr untergeordneten Gruppe. Allgemein ist dies als die Konstruktion ‚des Anderen‘ bekannt. Sie teilt die Welt in jene, die dazugehören, und jene, die nicht dazugehören“ (ebd.).

Verbunden ist die klare Trennung für die Ingroup mit definierten Rechten und Sozialbezügen sowie der Teilhabe an der Gesellschaft (vgl. Kaschuba 2014: 187). Im Gegensatz dazu stehen Nicht-Dazugehörigen, wie Geflüchteten, nur „reduzierte Teilhabechancen“ (Köster-Eiserfunke et al. 2014: 181) zur Verfügung – stets „unter der Bedingung kontinuierlicher Überprüfung und Drohung ihrer vollständigen Rücknahme“ (ebd.). Hier drückt sich der eminente Unterschied zwischen Staatsangehörigen und Nicht-Staatsangehörigen aus, der die Prekarisierung Letzterer verdeutlicht.

Konstruktion nationaler und kollektiver Identität

Die Nation steht im Mittelpunkt von Abgrenzungsdiskursen. Sie ist Dreh- und Angelpunkt verschiedener Identitätskonstruktionen. Der Kulturwissenschaftler Wolfgang Kaschuba definiert die Nation als ein „ideologisches Konstrukt“ (Kaschuba 2014: 187), verstanden als

3 Als ‚Rassialisierung‘ oder ‚Rassifizierung‘ versteht man die „Konstruktion als ‚Rasse‘, der eine bestimmte Kultur und spezifische Verhaltensweise zugeschrieben wurden“ (Attia 2014: 8).

eine historisch-schicksalhafte Gemeinschaft mit einem einheitlichen Kulturverständnis (vgl. ebd.) – verbunden mit einer gemeinsamen Sprache und einem klar abgegrenzten geografischen Gebiet. Er hält fest, dass „nationales Denken [...] stets von einem klaren ‚Eigen und Fremd‘ aus[geht], von einem permanenten und unauflösbaren Gegensatz von ‚Wir und Die‘“ (ebd.). Die kollektive Identitätsbildung erfolgt durch die „Konstruktion einer symbolischen Grenze“ (Zuser 2008: 183). Die symbolische Innenwelt wird von der symbolischen Außenwelt getrennt:

„Je stärker diese Innen-Außen-Differenz mit anderen Bedeutungen verbunden wird, desto sozial bindender und unantastbar erscheint die Grenzziehung und desto weiter entfernt sich der innere Zusammenhalt einer Gruppe von einer auf bloß persönlichen Erfahrungen beruhenden Vertrautheit mit anderen“ (ebd.).

Es handelt sich bei der ‚Nation‘ um eine „imaginierte Gemeinschaft“ (Benedict 1998). Aufrechterhalten wird diese durch eine gefühlsbetonte Aufladung. Einen wichtigen Anknüpfungspunkt bieten „spezifische Traditionen, Mythen, Symbole und Riten“ (Zuser 2008: 183), welche generationenübergreifend weitergegeben werden und den Zusammenhalt garantieren. Diese „bieten den Menschen Projektions- und Identifikationsflächen“ und stärken damit die „kollektive emotionale Bindung“ (ebd.). Die Versicherung einer Homogenität und vor allem der „nationalen Einzigartigkeit“ (Wodak 2015: 109) gehen einher mit der gleichzeitigen Fokussierung auf die Unterschiede zu den ‚Anderen‘. Innere Differenzen werden währenddessen durch die „Transformation von Gegensätzen in bloße Unterschiede“ (Räthzel 1997: 94) umgedeutet. Die Soziologin Nora Räthzel nennt diesen Prozess „ideologische Homogenisierung“ (ebd.). Diese funktioniert sowohl auf staatlicher Ebene von ‚oben‘ als auch von ‚unten‘. Das ‚Wir‘ wird diskursiv als positives Selbst repräsentiert und das Fremde als prinzipiell negativ konnotiert (vgl. Wodak 2015: 111).

Die Konstruktion nationaler Identität hat das „nation-building“ (ebd.: 110) zum Zweck. „Der Bevölkerung [wird] kontinuierlich eine unpersönliche und kodifizierte Hochkultur auferlegt [...] – hauptsächlich durch das Erziehungssystem und die Massenmedien –, damit Konsens über den Staat hergestellt und erhalten wird und der Staat infolgedessen ordnungsgemäß funktionieren kann“ (ebd.: 110). Somit dienen sowohl die erwähnten Riten, Mythen, Symbole et cetera, wie sie Claudia Zuser benennt, als auch, eine vermeintliche Hochkultur, nach Ruth Wodak, zur Bildung einer nationalen Gemeinschaft. Die innere Homogenisierung bewirkt „Solidarität, Ordnung und Sicherheit“ (Zuser 2008: 184) und garantiert damit die

Herrschaftssicherung. Herrschende Eliten haben demnach ein Interesse eine einheitliche Gemeinschaft im Sinne eines ‚Volkes‘ zu erhalten. „Nationale Identitäten werden diskursiv hergestellt und gleichzeitig auch durch institutionelle Praxen [...] definiert“ (Wodak/Weiss 2004: 73). Ein wichtiges Medium sind in diesem Zusammenhang die Tageszeitungen, die zu einer gewissen Homogenisierung beitragen können.

Auch Rätzl konstatiert, dass die Konstruktion der Nation durch die Erschaffung von ‚Anderen‘ funktioniert. Diese gehören nicht zur Nation, leben aber dennoch in ihren Grenzen (vgl. Rätzl 2010: 72). Wolf-Dietrich Bukow nennt diesen Zustand das „innere Ausland“ (2000: 172). Zu einer politischen Kategorie wurden Fremde erst im 19. Jahrhundert mit der Einführung der allgemeinen Staatsbürger*innenschaft. Damit wurde die rechtliche Ausschließung herbeigeführt. Neben dieser existiert die Exklusion aus „naturalisierten“ (ebd.) Gründen. „Kulturelle Praxen, die nicht der hegemonialen Norm entsprechen, werden als unzivilisiert stigmatisiert. Zugleich werden sie häufig als ein Problem konstruiert, das einer sozialpolitischen Bearbeitung bedarf“ (Köster-Eiserfunke et al. 2014: 183). Zu finden ist dies unter anderem im ‚Ghetto‘-Diskurs (siehe auch „Im Detail – ‚Ghetto‘-Diskurs“). Die ‚Anderen‘ werden als zugehörig zu anderen ‚Rassen‘ oder Ethnien konstruiert; „im Umkehrschluß erscheinen auch die Staatsbürger als eine einheitliche Einheit“ (ebd.). Der Rassismus, der als Otheringprozess gelesen wird, verbindet sich mit dem nationalen Diskurs. „Er organisiert die nationale Identität im Gegeneinander der Nationalstaaten“ (Elfferding 2000: 45).

Normalismus

Nora Rätzl konstatiert, dass „Fremde [...] keine gleichberechtigten Gegner [im Gegensatz zu Feind*innen, M.W.] [sind]. Sie werden dargestellt als gefährliche Individuen oder Gruppen, die Ordnung, Überschaubarkeit, die Harmonie des eigenen Gemeinwesens hinterrücks unterminieren, unterwandern, auflösen. Ihnen wird die Verantwortung für die inneren Krisen zugeschrieben“ (1997: 97). Geflüchtete werden in Kommentaren unter anderem in Verbindung mit einer „Störung des inneren Friedens“ (u.a. 06012016c-SZ) und der „fehlenden Solidarität in Europa“ (05012016-TLZ) gebracht. In diesen Konstruktionen verfestigt sich die Sicht der Ingroup, die von außen bedroht wird. Begründet liegt die Bedrohung in der Kategorie des „Normalismus“, wie sie Jürgen Link vorschlägt (2000: 122).

Dieser meint „einen heute in Ländern der sogenannten ‚Ersten Welt‘ dominanten (hegemonialen) Kulturtyp, der in funktionaler Symbiose mit Moderne (spezialisierte und ausdifferenzierte, dadurch

quasi ‚exponentiell wachsende‘ Kultur), Industrialismus und Kapitalismus funktioniert. Eine normalistische Kultur ist dadurch bestimmt, daß ihre spezialisierten Sektoren [...] sich primär an der Opposition ‚normal/anormal‘ wachsend bzw. dynamisch reproduzieren“ (ebd.).

Homogenisierung und Kontinuierung sind elementare Bestandteile, die „Verdatungen, Quantifizierungen und statistische Erfassung [erlauben]“ (ebd.) – zum Beispiel in Feldern, wie Ökonomie, Justiz, Sexualität, Medizin (vgl. ebd.). Aus diesen Berechnungen ergeben sich dynamische Mittelwerte, welche als „(normalistische) Norm“ (ebd.) dienen. Anhand dieser werden Veränderungen gemessen. Übersteigen bestimmte Entwicklungen Grenzbereiche (und eingerechnete Toleranzschwellen) wird ein „Normalisierungsbedarf“ (ebd.) signalisiert. Link charakterisiert Wanderungsbewegungen als klassisches Feld des Normalismus. Migrationsbewegungen werden erfasst, anhand derer Durchschnittswerte ermittelt werden. Steigt nun die Zahl von Personen, die die Grenzen als Migrierende passieren, „handelt es sich also unter normalistischen Prämissen um einen klaren Fall von akuter Denormalisierung“ (ebd.: 123). Ein Beispiel hierfür ist in einem Kommentar von Claus Leggewie und Daniel Cohn-Bendit in der *taz* zu finden: „Im Blick auf die fortbestehenden Fluchtursachen in Afrika, im Nahen Osten und in Asien [...] kann man die aktuellen Zuwanderungsraten nicht länger als vorübergehende Ausschläge nach oben bewerten“ (02092015b-taz). Der Bezug zum ‚Normalwert‘ findet Ausdruck – die Autoren konstatieren einen Anstieg der Zuwanderungszahlen, der sich über einen gewissen Toleranzbereich bewegt. Link hält fest, dass sich „aus der Kontinuität aller normalistischen Felder [...] die absolute Notwendigkeit [ergibt], die Grenzwerte (zwischen normal und anormal) diskursiv (semiotisch und symbolisch) festzulegen“ (ebd.: 125). Der Interdiskurs⁴ der Medien erreicht das zum Beispiel durch „Körper-Vehikel-Symbolik“ (ebd.). Metaphern wie Auto, Boot oder Flugzeug verbunden mit Vokabeln wie Flut oder Turbulenzen manifestieren die Grenzwerte und zeigen sie diskursiv auf (vgl. Link 1993: 36, Zuser 2008: 185).

Auf dieser Grundlage funktionieren Forderungen nach repressiveren Maßnahmen bei diversen Delikten und Gesetzesverstößen, Ausweisungsdrohungen, Einschränkungen des Asylgesetzes und verstärkter Grenzschutz. Die Schlussfolgerung, die sich dahinter verbirgt, ist die Problematisierung von Einwanderung (insbesondere von Geflüchteten) und die Lösung liegt in der Kontrolle von Migration (vgl. Rätzsch 1997: 214).

4 Der ‚Interdiskurs‘ stellt eine Kombination aus Alltags- und Spezialwissen dar. Auf Seite 27 gehe ich detaillierter auf den Interdiskurs ein.

Reproduktion rassistischer Grundordnung

Manifestiert und reproduziert werden rassistische Strukturen und Verhaltensweisen durch kontinuierliche Prozesse. Die Soziologinnen und Politikwissenschaftlerinnen Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr beschreiben diese nach dem Migrationsforscher Mark Terkessidis mit den Begriffen „rassistisches Wissen“ und „rassistischer Apparat“ (2010: 47). Mit dem rassistischen Wissen ist die Summe aller Wissens- und Bewusstseinsstände gemeint. Das Wissen wird permanent vermittelt und angeeignet und ist tief im menschlichen Bewusstsein verankert.

„Es meint auch die Selbstverständlichkeit von Über- und Unterordnung, von Einschluss und Ausschluss, von Mächtigkeit und Bedeutungslosigkeit bestimmter (nach Herkunft unterschiedener) Menschengruppen. Es meint auch die Selbstverständlichkeit des Markierens, jemanden als anders, als fremd erklären zu können [...] – und dabei selbst unhinterfragt zu bleiben“ (ebd.: 47).

Ergänzt wird das rassistische Wissen mit dem rassistischen Apparat, der Ideologie und Praxis verbindet. Der Apparat ist ein Wissens-Macht-Komplex. Spezielles Wissen wird mit einer bestimmten Macht verbunden und dadurch wirkmächtig (vgl. ebd.). Besonders am Rassismus ist, dass er nicht zentral gesteuert, sondern von verschiedenen Positionen her gebildet und verfestigt wird. Dies sind unter anderem die Medien und die Polizei, welche dadurch zum Teil des rassistischen Wissensbestandes werden. Es stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Zweck rassistischer Strukturen. Amesberger und Halbmayr konstatieren die „Sicherung der eigenen Privilegien und Hegemonie (ebd.: 48). Die Abwertung des ‚Anderen‘ führt zur Aufwertung des Eigenen. Die Privilegien werden per Geburt übertragen und sind somit nicht nachträglich erwerbbar.

Ein weiteres Spezifikum der rassistischen Grundordnung ist die Entindividualisierung der ‚Anderen‘. „Menschen Weißer Hautfarbe stehen nicht für die gesamte Gruppe – im Unterschied zu den Nicht-Weißen, bei denen Fehlverhalten Einzelner zum Gruppenstereotyp wird“ (vgl. ebd.: 49). Erkennbar wird dies weiterhin in der Materialanalyse zur Kölner Silvesternacht, wo die Handlungen Einzelner dazu führen, dass Geflüchtete kollektiv in Frage gestellt werden. Die postkolonialistische Differenz-Theoretikerin Tri Min-Ha stellt fest, dass das ‚Weiß‘ selbst ein „leerer Raum [bleibt], aber dennoch normativ maßgeblich ist. [...] Es ist gerade der Prozess der Grenzziehung und des Ausschlusses dessen, was nicht zugehörig ist, der es ermöglicht, das Selbst/Eigene unbestimmt zulassen“ (zit. n. Amesberger 2010: 51). Auch das wird uns später noch einmal begegnen, wenn der ‚Andere‘ als frauen*verachtend gekennzeichnet und das Eigene nicht

in Frage gestellt wird. Abschließend halten Amesberger und Halbmayr fest: „Kulturelle Hegemonien basieren somit auf der Selektion einer bestimmten Tradition, auf Ausschluss und Stumm-Machen marginalisierter Gruppen sowie der Abwertung anderer Kulturen“ (ebd.: 51).

Die hegemoniale Stellung und die dominante Position Weißer deutscher Staatsangehöriger lassen kaum Raum für Perspektiven der ‚Anderen‘. Sie sind im öffentlichen Diskurs quasi nicht vertreten und haben keine Möglichkeit der Selbstpräsentation in etablierten Medien. Die Politikwissenschaftlerin Iris Marion Young stellt fest, „daß alle unterdrückten Menschen darunter leiden, daß die Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und auszuüben, und ihre Bedürfnisse, Gedanken und Gefühle auszudrücken, eingeschränkt werden“ (Young 2002: 428). Die fehlenden Möglichkeiten können zu materieller Deprivation führen. Interaktion und Anerkennung nehmen ab und führen zu steigender Ungerechtigkeit. Im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung, die durch das kapitalistische System im Überfluss lebt, steigt der Unmut der ‚Anderen‘ (vgl. Young 2002: 435 f.). Diese erlebte Machtlosigkeit drückt sich in fehlenden Partizipationsmöglichkeiten aus. Entscheidungen über das eigene Leben können kaum oder nicht getroffen werden. Geflüchtete werden zu passiven Akteur*innen degradiert, die lediglich Hilfe und Sozialleistungen empfangen können. Einher geht die Machtlosigkeit mit geminderter „Respektabilität“ (ebd.: 438). „Jemanden mit Respekt zu behandeln heißt, bereit zu sein zuzuhören, was diese Person zu sagen oder zu tun hat, was sie verlangt, weil sie eine gewisse Autorität oder Fachwissen besitzt oder einflußreich ist“ (ebd.). Und genau hier ist der Punkt, der zeigt, dass die Möglichkeiten der Repräsentation für Geflüchtete fehlen. In den untersuchten Kommentaren kommen Perspektiven Geflüchteter nicht vor. Wird sich auf Quellen bezogen, sind es vor allem Politiker*innen und etablierte Parteien. Ruth Wodak nennt das die „Macht über Diskurse“ (2010: 185), dies meint „den allgemeinen Zugang zu Öffentlichkeiten, d.h. inwieweit bestimmte Akteure überhaupt sichtbar und hörbar werden“ (ebd.). Sie stellt fest, dass Grenzen – die sie nicht nur territorial, sondern auch sprachlich versteht – eine wesentliche Rolle in der Gesellschaft spielen. Durch sie werden Identitäten gebildet und zwischen ‚Uns‘ und ‚Ihnen‘ unterschieden. Dabei geht die Definitionsmacht von der Ingroup aus (vgl. ebd.: 186). Wodak weiter:

„Dabei beobachten wir innerhalb der EU Mitgliedstaaten, dass die sehr unterschiedlich definierten Kategorien ‚Asylwerber‘, ‚Flüchtling‘ und ‚MigrantIn‘ in der Öffentlichkeit immer mehr zusammenfallen, in eine einzige Kategorie des/der ‚Fremden‘ bzw. ‚Anderen‘. [...] Angst vor dem

oder der Fremden wird konstruiert, diese werden als bedrohlich erlebt und für viele Probleme verantwortlich gemacht“ (ebd.: 189).

Konstruktion von ‚Rasse‘ in den Medien

Der Gesamtdiskurs ist geprägt durch die verschiedenen diskursiven Ebenen der Medien, der Wissenschaft, der Politik, der Erziehung und des Alltags. Diese wirken gegenseitig auf einander ein. Der Wissenschaftsdiskurs wirkt beispielsweise stark auf die Politik und diese wiederum auf den Mediendiskurs ein (vgl. Jäger et al. 1993: 66). Medien nehmen zudem eine vermittelnde Position zwischen Politik und Alltag ein. „Ihnen kommt eine zentrale Bedeutung bei der Strukturierung gesamtgesellschaftlicher Diskurse zu. [...] Medien ‚spiegeln‘ nicht einfach nur die politische Realität, sondern strukturieren sie auf spezifische Weise für ihre Rezipient(inn)en“ (Hentges 2006: 89). Die Frage, die sich hier stellt, ist: Wer strukturiert wie? Was wird thematisiert und was wird vernachlässigt?

Forderungen nach mehr Kontrolle und strengeren Asylgesetzen schlagen sich im medialen Diskurs nieder. Matouschek et al. beschreiben diese Diskurse im Sinne Stuart Halls als „Diskurse der Differenz“ (Matouschek et al. 1995: 44). Damit benennen sie die Unterscheidung von ‚Wir‘ und ‚Sie‘, die herbeigeführt wird durch „die Selektion bestimmter Merkmale, die der anderen Gruppe zugeschrieben werden und die in *irgendeinem* Sinne bedeutungsvoll für die Abgrenzung bzw. Ausgrenzung sind“ (ebd., Herv.d.A.). Sie präzisieren den „rassistischen Diskurs“, der „in letzter Konsequenz zum Ausschluß bzw. zur Ausgrenzung einer (Minderheiten-)Gruppe aus der Eigengruppe instrumentalisiert [wird]“ (ebd.). Der Politikwissenschaftler Aram Ziai weist drauf hin, dass rassistische Diskurse und deren Wirkmächtigkeit, „keinesfalls rassistische Überzeugungen der SprecherInnen voraussetz[en]“ (Ziai 2008: 196). „Auch unabhängig von ihrer Intention strukturieren Diskurse die Wahrnehmung und konstruieren die soziale Wirklichkeit auf eine bestimmte Art und Weise“ (ebd.).

Stuart Hall schuf mit seinen Schriften „Ideologie, Kultur und Rassismus“ (1989b) und „Rassismus und kulturelle Identität“ (1994) grundlegende Literatur zur Untersuchung medialer Repräsentation von Rassismus. Hall beschreibt, wie sich Medien auf „eine Art rassistisches Alltagsbewusstsein [unserer Gesellschaft]“ (Hall 1989b: 150) beziehen und dieses als Grundlage ihrer Arbeit verwenden. Mit seiner Forschung will Stuart Hall nicht nur eine theoretische Basis schaffen, sondern gleichfalls zu einer antirassistischen Medienarbeit anregen, die auf einem veränderten antirassistischen Alltagsbewusstsein fußt (vgl. ebd.). Die

ideologische Dimension darf dabei nicht vernachlässigt werden. Printmedien kommunizieren über Sprache. Diese fungiert als wichtiges Mittel zur Herstellung ideologischer Diskurse und damit zur Machtverfestigung. Ergänzend dazu hält der Sprach- und Literaturwissenschaftler Oswald Panagl fest: „Die Grundfunktion von Sprache als Text ist die Konstituierung von (semiotischer) Wirklichkeit. Die Wirklichkeit wird dabei so strukturiert, dass man sich ihrer bemächtigen, sie erfassen kann. Vertextung ist also in gewisser Weise immer ein Versuch, eine Form von Herrschaft auszuüben“ (Panagl 2004: 34).

Die Reproduktion von Macht durch ideologische Diskurse ist in diesem Sinne sehr wirkmächtig. Nach Hall bestehen Ideologien aus miteinander verknüpften Begriffen, aus einer „Artikulation verschiedener Elemente zu einem bestimmten Satz oder einer bestimmten Kette von Bedeutungen“ (Hall 1989b: 151). Sie produzieren gesellschaftliche Realitäten und wirken damit auf Individuen ein. Aus diesem ideologischen Rahmen heraus agieren Individuen. Sie beziehen sich dabei auf „ideologische Wahrheiten“, welche als „authentische, originäre Wahrheiten“ (ebd.: 152) geäußert werden. Die erlebten Wirklichkeiten stammen nicht aus individuellen Erfahrungen. Sie entstehen, „weil wir uns in den Positionen gespiegelt sehen, die im Mittelpunkt der Diskurse stehen, und von denen aus die von uns formulierten Äußerungen ‚Sinn ergeben‘“ (ebd.). Hall betont, dass eine simplifizierende Betrachtungsweise der eigenen Position schadet und, dass es deshalb nötig sei, die Thematik komplex zu verstehen und zu analysieren, um eine antirassistische Herangehensweise herbeizuführen (vgl. ebd.: 153).

Zunächst beschreibt er zwei unterschiedliche Formen rassistischer Berichterstattung. Die erste, ist die offensichtliche und explizite Form. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass offen rassistische Positionen Ausdruck finden. Diese kommt nach Hall vor allem in den Printmedien vor. Die zweite ist die subtile und unsichtbare Form rassistischer Medienarbeit – der implizite Rassismus. Gerade durch seine Subtilität ist dieser gefährlich, da er anders als der offene Rassismus verdeckt und im Unterbewussten stattfindet. Erkennbar ist die implizite Form an „scheinbar naturalisierten Repräsentationen von Ereignissen im Zusammenhang mit Ereignissen“ (ebd.: 153). Als Beispiele können hier angeführt werden: „Flüchtlings sind nicht per se bessere Menschen, weil sie zum Teil Furchtbares hinter sich haben“ (06012016c-SZ) und „Auch werde man mit einrechnen, dass jedem Asylanten Angehörige folgen“ (01092015-TA). Auch Teun van Dijk beschreibt eine „eine Art von Indirektheit und eine Art und Weise, die Dinge nicht explizit zu machen“ (Dijk 1999: 127).

Der Rassismus werde so „verschleiert und verneint“ (ebd.). Hall hält fest, dass dennoch sowohl die expliziten als auch die impliziten Formen von Rassismus gefährlich sind. Matouschek et al. stützen sich auf seine Theorien und untersuchen in Ergänzung zu seinen Arbeiten die Entwicklung von Diskursen.

Diskursentwicklung

Wie bereits erwähnt, versteht Stuart Hall Mediendiskurse als ‚Diskurse der Differenz‘. Die Konstituierung von Gruppen bildet dabei den Ausgangspunkt (vgl. Matouschek et al. 1995: 59). Eine entscheidende Rolle in der medialen Repräsentation spielt der ‚Wir-Diskurs‘. Er „kategorisiert, indem er Unterschiede zwischen uns und den anderen präsentiert“ (Matouschek et al. 1995: 91). Ausformungen findet dieser in der Ausgrenzung von Fremden bis hin zu ihrer Abwertung. Der Wir-Diskurs äußert sich meist implizit. Explizite Formen, wie „Wir Deutschen“, finden sich seltener (vgl. ebd.: 92). Das ‚Wir‘ kann differierende Bezüge haben. Es variiert von Situation zu Situation. Mögliche Rahmen können nationale, supranationale sowie teilnationale Bezüge sein (Deutschland, Europa, Westeuropa oder die ehemalige Deutsche Demokratische Republik etc.). Das ‚Wir‘ kann sich in zwei Arten ausdrücken: „Während das mitfühlende Helfer-Wir die jeweils angesprochenen Hilfsbedürftigen inkludiert, subsumiert das ‚Wir des Verantwortungsträgers‘ einen Teil der Intentionalität jener, über die Verantwortung ausgeübt wird“ (ebd.: 92). Im Laufe von Berichterstattungen ändern sich Schwerpunkte; Fokussierungen und Stimmungen variieren. Matouschek et al. untersuchten 1995 den medialen Diskurs über Rumän*innen seit 1989 mit dem Sturz Ceausescus in der österreichischen Medienlandschaft. Sie arbeiteten drei wesentliche Diskurse heraus, die ich im Folgenden erläutern werde. Die Autor*innen beschreiben die Diskurse als chronologisch ablaufende, teilweise überschneidende oder parallel zueinander laufende Abschnitte.

Zu Beginn der Berichterstattung dominiert der Mitleidsdiskurs. Er ist geprägt durch Beschreibungen von Armut, Krankheit und Gewalt. Die Fremdgruppe wird als ausgebeutet, gedemütigt und handlungsunfähig dargestellt. Gleichzeitig wird die Ingroup positiv dargestellt. Mitleid und Hilfsbereitschaft werden meist emotionalisiert ausgedrückt (ebd.: 61, 95). „Der Mitleidsdiskurs kategorisiert nicht bloß – wie der Wir-Diskurs auf dem er fußt –, sondern ist auf praktisches Handeln bezogen, indem er Verhältnisse bewertet und deren Veränderung als moralisch geboten erscheinen läßt“ (ebd.: 94). Dem schließt sich der Diskurs der Bevormundung an. Entscheidend hierfür ist ein der Ingroup selbst

zugesprochenes „privilegiertes Rederecht und die entsprechende Kompetenz“ (ebd.: 100), welche den ‚Anderen‘ gleichzeitig abgesprochen werden. „Der Bevormundungsdiskurs ist grundsätzlich implizit“ (ebd.: 100). Geäußert wird dies unter anderem durch Entsubjektivierungen. Individuen werden als Gruppe wahrgenommen und nicht mehr als eigenständige Akteur*innen; Handlungen werden kollektiviert. Diese beiden Vorgehensweisen bilden die Basis für stereotype Darstellungen einzelner Personen (vgl. ebd.: 103). Georg Ruhrmann nennt diese Diskurse „Stellvertreterdiskussionen“: „Parteien, Verbände und Staatsorgane ‚entscheiden‘ und thematisieren (über) das Schicksal der ‚ausländischen‘ Mitbürger. Doch sie selbst kommen nicht zu Wort“ (Ruhrmann 1993: 199).

Die letzte Form ist der Rechtfertigungsdiskurs der Ablehnung. Charakteristisch für diese Phase, ist die eigene Selbstaufwertung, die mit einer Fremdadwertung einhergeht. Die bereits erwähnte Darstellung der Menschen als handlungsunfähig bietet die Grundlage für den Rechtfertigungsdiskurs der Ablehnung. Wer handlungsunfähig ist, kann kein Handlungspartner/keine Handlungspartner*in sein, mit welchem oder welcher Probleme gelöst werden. Mitleid hat etwas Uneigennütziges und einen moralischen Anspruch. Beides führt allerdings nicht zu einer Ursachenbekämpfung. Daraus kann ein rassistischer Diskurs resultieren, der argumentiert, dass Hilfsbedürftige selbst schuld an ihrer Lage seien (vgl. Matouschek et al. 1995: 98).

Die in den Medien verwendeten „Begriffe und Bilder werden unter bestimmten sozialen und psychologischen Bedingungen relativ stabil in das eigene Gesellschaftsbild, das Alltagswissen und die Alltagssprache intergiert und verbreiten sich dann in Form von Projektionen [...] als nicht ausformulierte Alltagstheorien“ (Ruhrmann 1993: 202). Diese werden dann in Gesprächen „in der sozialen Interaktion bestätigt“ (ebd.: 203). Steigt die Zahl der Berichte, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie in Gesprächen aufgegriffen werden (vgl. ebd.).

Analyse des diskursiven Materials

Begrifflichkeiten

Diskurs-Begriff

Um nachzuvollziehen, welche Wirkung Diskurse haben, ist es sinnvoll sich zunächst mit dem Begriff auseinanderzusetzen. Ich orientiere mich dabei zunächst an Stuart Hall. Er nimmt folgende Definition vor:

„Ein Diskurs ist eine Gruppe von Aussagen, die eine Sprechweise zur Verfügung stellen, um über etwas zu sprechen – z. B. eine Art der Repräsentation –, eine besondere Art von Wissen über einen Gegenstand. Wenn innerhalb eines besonderen Diskurses Aussagen über ein Thema getroffen werden, ermöglicht der Diskurs, das Thema in einer bestimmten Weise zu konstruieren. Er begrenzt ebenfalls die anderen Weisen, wie das Thema konstruiert werden kann“ (Hall 1994: 150).

Hierbei kommt eine wichtige Dimension des Diskurses zum Vorschein – der Machtaspekt. Der Diskurs ist ein „sprachlich produzierter Sinn-zusammenhang, der eine bestimmte Vorstellung forciert, die wiederum bestimmte Machtstrukturen und Interessen gleichzeitig zur Grundlage hat und erzeugt“ (Foucault 1984: 74). Beim Diskurs handelt es sich nicht um starre Konstrukte, vielmehr sind „Diskurse [...] im Unterschied zu natürlichen Sprachen historisch-kulturell sehr viel stärker variabel und legen (sprachübergreifend) jeweils spezifische Sagbarkeits- und Wissensräume sowie deren Grenzen fest“ (Link 2011: 437). Es wird dementsprechend festgelegt, was in einer bestimmten Zeit sagbar ist beziehungsweise was nicht und vor allem wer etwas sagen und damit den Diskurs prägen kann. Diskurse sind „Träger von Wissen“ (Jäger 2008: 24). Foucault betont: „Wir sollten zugeben, dass Macht Wissen produziert. [...] Dass Macht und Wissen einander direkt implizieren; dass es weder eine Machtbeziehung ohne den korrelierenden Aufbau eines Wissensgebietes gibt, noch irgendein Wissen, das nicht Machtbeziehungen voraussetzt und aufbaut“ (Foucault, zit. n. Hall 1994: 152). Wie bereits ausgeführt, sind es vor allem die ‚Anderen‘ die kaum Einfluss auf ihre mediale Repräsentation haben. Oswald Panagl fasst die Problematik zusammen: „Macht kann nur der ausüben, der über die Fähigkeit zur Diskursivierung und deren Medialisierung verfügt“ (Panagl 2004: 33). Abweichende Positionen haben weniger Chancen in den öffentlichen Diskurs zu gelangen. Er ist beispielsweise von Meinungen etablierter Institutionen (Parteien, Kirchen, Gewerkschaften etc.) geprägt, die oftmals Mehrheitsstandpunkte vertreten (vgl. Meyn 2004: 25). Dabei spielt es eine wichtige Rolle

wie etwas diskursiv verhandelt wird, da solche Aushandlungsprozess Realitäten festschreiben. Diskursverläufe haben direkte Auswirkungen darüber, welche Bilder sich manifestieren: „Die Sprechweise (der Diskurs) hat reale Auswirkungen in der Praxis: Die Beschreibung wird ‚wahr‘“ (ebd.: 152). Foucault beschreibt eine enge und tiefe Verbindung zwischen Diskurs, Wissen und Macht: „Wenn Macht operiert, um die ‚Wahrheit‘ irgendeines Ensembles von Aussagen durchzusetzen, produziert solch eine diskursive Formation ein ‚Wahrheitsregime‘“ (ebd.: 154). Damit sind allgemein anerkannte Diskursarten gemeint, die gesellschaftlich akzeptiert und anerkannt werden – sie gelten als wahr. Dabei handelt es sich um bestimmte Wahrheiten, die durch die ‚diskursive Praxis‘ geschaffen werden. Damit wird über eine bestimmte Gruppe Wissen eruiert, welches zu einer Machtkonstellation führt – es gibt jene, die die Macht haben, den Diskurs und das Wissen zu produzieren und jene, die diese Macht nicht haben. Damit entsteht eine Form der Unterwerfung (vgl. Hall 1994: 154).

Michel Foucault beschreibt das Zusammenwirken verschiedener Aussagen als „diskursive Formation“ (Hall 1994: 150). Die Gesamtheit der Formationsregeln nennt Foucault die „‚Diskursive Praxis‘ – die Praxis der Bedeutungsproduktion“ (ebd.) Drei wesentliche Punkte des Diskurs-Begriffes nach Foucault spielen insbesondere für mediale Repräsentationen eine Rolle. Zum einen kennzeichnet Foucault Diskurse als nicht-geschlossene Systeme: „Spuren vergangener Diskurse bleiben in späteren Diskursen [...] eingebettet“ (ebd.). Diskurse haben demnach eine historische Dimension. Sie sind als solche in Zusammenhang mit vergangenen Diskursen zu sehen und stehen nicht für sich allein. Migrationsdiskurse finden seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Kontexten statt. Sie äußern sich in unterschiedlichen speziellen Diskursen. Zum Beispiel wird die wirtschaftliche Nützlichkeit Migrierter seit der Anwerbung der Gastarbeiter*innen in den 1960er Jahren immer wieder thematisiert und unter unterschiedlichen Prämissen diskutiert (vgl. Wengeler 2006: 14, 18). Ein weiterer wesentlicher Punkt der diskursiven Formation ist das „System der Streuung“ (Hall 1994: 151). Aussagen eines Diskurses sind nicht immer gleich. „Ihre Beziehungen und Unterschiede untereinander müssen aber regelmäßig und systematisch sein, nicht zufällig“ (ebd.). In vielen Artikeln wird ein Bezug zu Geflüchteten hergestellt. Themen, die bisher nicht unbedingt mit dieser Personengruppe assoziiert wurden, bekommen eine neue Perspektive. Diskussionen über den Mindestlohn (vgl. 27102015-SZ), Mitgliedschaften in Fußballvereinen (vgl. 031215-MZ) und Wohnungsmarktpolitik (vgl. 14092015-Zeitononline) werden mit Geflüchteten verknüpft und in Zusammenhang mit der deutschen Gesellschaft neu verhandelt.

Der dritte Punkt beschäftigt sich mit der Diskursposition: „Jeder, der einen Diskurs entfaltet, muss eine Position einnehmen, *als ob* er selbst Subjekt des Diskurses wäre“ (Hall 1994: 150, Herv.d.A.). Die Diskursposition ist bedeutend für die getroffenen Aussagen. Sie sagt aus, wer aus welcher Position heraus Äußerungen trifft und wer eine Sprecher*innenposition einnehmen kann.

Jürgen Link schließt an den Foucaultschen Diskursbegriff an und schlüsselt diesen auf. Er definiert den Diskurs Foucaults als „Spezialdiskurs“ (Link 2011: 437). Diese Spezialdiskurse definieren sich als „eng begrenzte Sagbarkeits- und Wißbarkeitsräume, [die] Objekte und Subjekte eines jeweils sehr speziellen Wissens generieren“ (ebd.), die „dabei tendenziell auf Eindeutigkeit, spezielle Definition der Begriffe [...] und möglichst Beseitigung aller Uneindeutigkeiten [...] zielt“ (ebd.). Dem Spezialdiskurs setzt Link den Interdiskurs entgegen. Er hält fest:

„Neben der stets zunehmenden Tendenz zur Spezialisierung und Differenzierung existiert eine gegenläufige, entdifferenzierte, partiell reintegrierende Tendenz der Wissensproduktion, die ich in Systematisierung foucaultscher Hinweise die interdiskursive nenne“ (ebd.: 437).

Alltags- und Spezialwissen vermischen sich: „Offensichtlich können moderne differenzierte-spezialistische Kulturen sich nicht ausschließlich auf spezielle Wissensbereiche beschränken, sondern benötigen zu ihrer Reproduktion zusätzlich umgekehrt als eine Art Korrelat bzw. Kompensation immer auch reintegrierende Wissensbereiche, die zwischen den Spezialitäten vermitteln und ‚Brücken schlagen‘“ (ebd.: 438). Interdiskurse, wie sie in den Medien vorkommen, sind keine „professionellen Wissenskombinate“ (ebd.), sondern selektiv-symbolisch, exemplarisch-symbolisch, fragmentarisch und imaginär (vgl. ebd.). Interdiskurse produzieren Wissen, welches „durch Kombination, Kopplung und Integration von Spezialkursen generiert [wird]“ (ebd.: 439). In das Wissen spielt die „Kollektivsymbolik“ hinein. Alle Menschen verfügen über einen gewissen Umfang von ihnen. Zusammen mit den Interdiskursen ergibt sich ein Bild, wie gesellschaftliche Umstände und Realitäten gesehen werden. Link nennt diese „potentiell ikonisch realisierbare Symbolisanten“ (ebd.: 440). Die Diskursstränge setzen sich aus Diskursfragmenten zusammen. Ich fasse die Thematisierung Geflüchteter als Teil des Migrationsdiskurses auf. Sie bilden einen eigenen Diskursstrang, der aus verschiedenen Diskursfragmenten zusammengesetzt ist (vgl. auch Jäger 2012: 80).

Topoi-Begriff

Teil des Diskurses sind die Topoi, welche als „inhaltlich bestimmte Kategorie“ (Wengeler 2003: 186) „taugliche Arsenale argumentativer Mittel“ (Ottmers 2007: 89) darstellen. „Diese stellen für jeden Redner und Autor die Mittel zum überzeugungskräftigen Argumentieren bereit, unabhängig von Inhalt und Fragestellung der Argumentation“ (Wengeler 2003: 186). Ich verwende den Topos-Begriff als analytisches Werkzeug meiner Arbeit. Argumentativ lehne ich mich an den Germanisten Martin Wengeler, der die Verwendung damit begründet, dass „mit dem [Instrument] die ‚nur‘ plausiblen, unabhängig von ihrem Wahrheits- oder Richtigkeitsgehalt überzeugungskräftigen Argumentationen erfasst werden können, mit denen in öffentlich-politischen Debatten Meinungen, Beschlüsse und Handlungen begründet, erklärt bzw. gerechtfertigt werden“ (Wengeler 2006: 15). Der Topos wird meist implizit verwendet. Eine argumentative Interpretation ist nötig, um diese herauszuarbeiten. Wengeler hält fest, dass „das Zielen auf Plausibilität und die mangelnde Explizitheit der Argumentation [...] Kennzeichen der öffentlich-politischen Argumentation [sind]. [...] Die kontextspezifischen Topoi [sind] ein Teil des sozialen Wissens öffentlich handelnder Gruppen [...] während bestimmter Zeitspannen“ (ebd.).

Topoi lassen sich durch zwei Charakteristika beschreiben. Zum einen die bereits erwähnte Plausibilität zwischen Argument und Schlussfolgerung; zum anderen die Relevanz der Argumente in Bezug auf den spezifischen Kontext. Ziel der Verwendung von Topoi ist die überzeugende und widerspruchsfreie Darlegung der eigenen Meinung. Die Plausibilität stellt dabei die „‚Kraft‘ (vis) der Argumentation“ (Ottmers 2007: 89) dar. Bezeichnende Stärke der Topoi ist der innewohnende Dualismus: „Auf der einen Seite bezeichnet sie [die Topik] formale, kontextabstrakte Argumentationsmuster, auf anderen Seite Strukturen, die in der konkreten Argumentationssituation kontextrelevant und verbindlich sind“ (ebd.:90). Diese ‚Offenheit‘ der Topoi ermöglicht konträre Argumentationsbezüge. Als Beispiel hierfür kann der Topos der Sicherheit dienen. In Bezug auf Migration wird er als Argumentation für die Eingrenzung von Fluchtmöglichkeiten diskutiert. Entgegengesetzt wird er als Begründung genutzt, Migration nicht einzuschränken, da absolute Sicherheit ein nie zu erreichender Status ist und Sicherheitsdiskurse nicht auf dem Rücken Geflüchteter ausdiskutiert werden können.

Materialauswahl und -beschreibung

Nachdem ich die verwendeten Begriffe erläutert habe, möchte ich im Folgenden darauf eingehen, wie die Materialauswahl vonstattenging und welches Material zur Analyse herangezogen wurde. Zunächst war die Datenlage unübersichtlich, vor allem durch die Aktualität der Thematik waren unzählige Artikel erschienen. Um das „diskursive Gewimmel“ (Jäger 2012: 92) zu bändigen, entschied ich mich für die Online-Ausgabe der Zeitungen. Zum einen des Pragmatismus wegen – die Artikel stehen jederzeit und überall, meist kostenfrei, zur Verfügung. Zum anderen gehen die Zahlen von Printabonnements seit Jahren stetig zurück. Die Onlineversionen der Zeitungen gewinnen zunehmend an Bedeutung und haben eine größere Reichweite an potentiellen Leser*innen.

Ausgewählt wurden drei Zeitungen mit unterschiedlichem politischen Standing und unterschiedlicher Reichweite. Die überregionale Tageszeitung *Süddeutsche Zeitung (SZ)* kann in Deutschland als Leitmedium gezählt werden (vgl. Weischenberg et al. 2005: 43). Laut den Redaktionsstatuten liegt ihr Streben in einer freiheitlich, demokratischen Gesellschaftsform nach liberalen und sozialen Grundsätzen (vgl. Meyn 2004: 95). Die zweite überregionale Zeitung, die untersucht wurde, ist *Die Tageszeitung (taz)*. Die *taz* deckt das linke Spektrum ab und ist in diesem Bereich die auflagenstärkste Tageszeitung. Sie gilt ebenso wie die *SZ* als Zeitung mit „hohem Seriositätsanspruch und meinungsbildender Funktion“ (ebd.). Da sie sich selbst als linkes Medium versteht, ist es interessant, wie Geflüchtete thematisch behandelt werden. Beide Zeitungen scheinen mit ihrer Ausrichtung auf eine differenzierte, offene und vorurteilsfreie Berichterstattung hinzuarbeiten. Ergänzend zu den überregionalen Zeitungen, sollte die dritte Zeitung den regionalen Teil abdecken. „Im Vergleich zum überregionalen Journalismus zeichnet den Lokaljournalismus eine größere Nähe zum Rezipienten und seiner Lebenswelt aus, die ihm bei der Erfüllung seiner Orientierungs- und Integrationsfunktion entgegenkommt [...]“ (Weischenberg 2005: 202). Zu bedenken ist, dass „lokale Medien [...] bei der Herstellung kommunaler Öffentlichkeit eine zentrale Position ein[nehmen]. Umso schwerer wiegt es, wenn es dabei zu systematischen Verzerrungen kommt“ (ebd.: 205). Als Lokalzeitung wählte ich drei Zeitungen der *Mediengruppe Thüringen* aus. Dem Verbund sind folgende Tageszeitungen untergeordnet: *Thüringer Allgemeine (TLZ)*, *Ostthüringer Zeitung (OTZ)* und *Thüringische Landeszeitung (TLZ)*. Diese wählte ich aus, da ich ursprünglich aus Thüringen komme und somit ein persönliches Interesse besteht, zu untersuchen, wie in den Regionalzeitungen Geflüchtete repräsentiert werden. Ich habe mich für die drei Lokalzeitungen entschieden, da

es eine enge Kooperation zwischen den Zeitungen gibt und sich die Inhalte dadurch stark überschneiden. Der überregionale Teil ist oft deckungsgleich, auch die Autor*innen arbeiten teilweise für verschiedene Zeitungen. Die *Mediengruppe Thüringen* ist der *Funke Mediengruppe* untergeordnet. Diese ist laut *Spiegel Online* das drittgrößte Verlagshaus in Deutschland (vgl. 250713-Spiegel Online). Durch die Fusionierung 2015 bestehen die Redaktionen nicht mehr nur aus Lokalredakteur*innen. Artikel tragen nun auch Journalist*innen der *Mediengruppe Thüringen* bei, die berufliche Erfahrungen bei auflagenstärkeren Zeitungen haben, darunter *BILD*, *FOCUS*, *WELT*, *Berliner Zeitung* und *Hamburger Abendblatt* (vgl. Kress.de-a/b, Abendblatt). Wobei Lokalredakteur*innen weiterhin hauptsächlich über lokale Ereignisse schreiben und externe Mitarbeiter*innen über gesamtdeutsche Thematiken.

In der ersten Zeitspanne des Spätsommers 2015, erschienen erstaunlich viele Kommentare. Daraus resultierte die Fokussierung auf Zeitungskommentare. „Der Kommentar ist die Grundfigur der Kritik“ – so der Journalist und Dozent Edmund Schalkowski (2011: 19). Der Kommentar, „de[r] legitime[.] Platz aller Meinungsbildung“ (Schneider 2012: 223), spreche „die kritische fragende, abwägende Vernunft“ (2011: 19) an. Schalkowski weiter:

„Sie [die Vernunft] soll das Ereignis zugrunde legen und dazu etwas Neues entwickeln, was traditionell Meinung heißt und was man Urteil nennt, wenn es begründet, argumentativ gestützt ist. [...] Die gedankliche Arbeit besteht hier darin, an das noch wertfreie Ereignis einen Maßstab zu legen und ihm argumentativ eine rechtlich oder moralisch qualifizierende Schattierung zu geben“ (ebd.).

Inwiefern diese Definition die Realität widerspiegelt, wird hier nicht weiter untersucht. Der Charakterisierung des Kommentars liegt aber ein Interesse der Arbeit zugrunde: Welche Schattierungen haben Zeitungskommentare und wie werden Realitäten festgeschrieben?

In meiner Arbeit verwende ich die *Kritische Diskursanalyse*, wie sie unter anderem Siegfried Jäger beschrieben hat (vgl. Jäger 2012). Er bezieht sich maßgeblich auf Foucaults Ausführungen zur Diskursanalyse. Diese habe einen „wichtigen politischen Stellenwert“ (Jäger 2008: 22), „indem sie zeigt bzw. zu zeigen versucht, dass etwa die hegemonialen Diskurse, ihre angebliche Evidenz und herrschaftslegitimierenden Potentiale allesamt hinterfragbar und zu hinterfragen sind“ (ebd.). Der damit in Bezug stehende Begriff der Ideologie soll hier nur kurz skizziert werden. Ich beziehe mich auf Siegfried Jäger, der Ideologie als „kritikwürdige angebliche, nur jeweils gültige Wahrheiten etc. versteh[t], die als objektiv und vernünftig ausgegeben [wird], oder – etwas pathetisch ausgedrückt – als ‚wahr‘“ (ebd.: 23, Herv.d.A.). Betont werden soll hier lediglich die Hegemonie des

dominierenden Diskurses, welcher als Machtinstrument zu verstehen ist. Die Bedeutung der Diskursanalyse besteht demnach darin existierende Machtverhältnisse zu hinterfragen und aufzuzeigen (vgl. Diaz-Bone 2005: 538).

Die Materialauswahl kann keinesfalls als vollständig angesehen werden. Die Suche wurde teilweise durch die Online-Archivierung der verschiedenen Zeitungen erschwert. Bei *taz* gab es nicht die Möglichkeit einen Zeitraum beziehungsweise die Kategorie „Kommentar“ auszuwählen. Die Lokalzeitungen benennen ihre Kommentare als „Meinung“. Sowohl bei der *SZ* als auch bei den Regionalzeitungen waren einige Artikel durch eine Paywall geschützt. Um Zugang zu diesen zu bekommen, legte ich mir ein Monatsabonnement für die *SZ* und mehrere Tagespässe für die Lokalzeitungen zu. Der größte Teil der Artikel war dennoch kostenfrei verfügbar. Bei den Lokalzeitungen kam es gar vor, dass ein Kommentar in einer Zeitung kostenpflichtig und auf einem anderen Portal gratis verfügbar war.

Die Suche verlief mithilfe der Stichwort-Suche im Online-Archiv. Die Suchbegriffe wurden eingrenzt auf „Flüchtling(e)“, „Asyl“ und „Flucht“, wobei das Stichwort „Flüchtlinge“ die meisten Ergebnisse brachte. Ausgewählt wurden Artikel, die repräsentativ für die jeweilige Zeitspanne stehen. Zur Unterstützung meiner Thesen wurden exemplarisch weitere Kommentare hinzugezogen. Auffallend ist, dass in der ersten Zeitspanne die meisten Artikel verfasst wurden. Insgesamt sind es 29 Kommentare, wobei 13 auf die Regionalzeitungen fallen, sieben auf *SZ* und neun auf *taz*. Die wenigsten Kommentare sind in der zweiten Episode publiziert worden. Hier sind es insgesamt nur zehn. Die *SZ* veröffentlichte fünf, *taz* zwei und *TLZ*, *OTZ* und *TA* drei. Durch die vergleichsweise knappe Materiallage ist dieses Kapitel im Seitenumfang entsprechend kürzer als die anderen Kapitel. Zur Kölner Silvesternacht erschienen 25 Kommentare. Die *taz* veröffentlichte neun, *SZ* sowie die Regionalen jeweils acht. Von 64 Artikeln wurden nur acht von Frauen* verfasst. Besonders auffällig ist, dass in der dritten Zeitspanne, die insbesondere weibliche* Personen betrifft, lediglich drei von 25 Kommentaren von Autorinnen* verfasst sind.

Vor allem der Zeitraum im Spätsommer 2015 hat eine Themenvielfalt und Komplexität, die schwer zu beziffern ist. Publiziert wurden Berichte über die Reise Flüchtender nach und in Europa, in denen auf die beschwerlichen Bedingungen und katastrophalen Umstände eingegangen wird. Insbesondere die Situationen an den Hauptbahnhöfen in Wien und Budapest sind immer wieder im Fokus der Berichterstattung. Forderungen nach Grenzkontrollen und damit eine Sicherung der europäischen Außengrenzen werden

thematisch aufgegriffen. Im Sinne der Materialeingrenzung werden hauptsächlich innerdeutsche Debatten analysiert.

Ereignisse des medialen Diskurses

Seit Ende 2014 stiegen die Zahlen Geflüchteter in Deutschland im Vergleich zu den vorherigen Monaten stark an (BAMF-122015: 3, 5). Im April standen vor allem Geflüchtete, die über das Mittelmeer nach Europa kamen sowie europäische Verteilungsfragen im Fokus der Medien (vgl. u.a. 19042015-Zeitonline, 27042015-SZ, 08052015-WELT, 13052015-Zeitonline). Seit Juni/Juli 2015 wuchs die mediale Aufmerksamkeit rasant. Gründe können in der vermehrten Meldung knapper Kapazitäten in Flüchtlingslagern und dem steigenden Bedarf von Behelfsquartieren gesehen werden (vgl. 17062015-PNP, 01072015-Abendblatt). Im Juli 2015 avancierte die so genannte ‚Balkanroute‘ zum Topthema der Berichterstattung (vgl. u.a. 16072015-Spiegel Online, 17072015-FrankfurterRundschau, 20072015-Bayernkurier). Der Fokus verschob sich vom Mittelmeer zur osteuropäischen Fluchtroute. Insbesondere Serbien und Ungarn spielten eine wichtige Rolle. Ungarn begann bereits Ende Juni mit dem Bau eines Grenzzauns zur serbischen Grenze (vgl. 17062015-Spiegel Online). Einen tragischen Höhepunkt stellt der 26. August 2015 dar. 71 Geflüchtete starben in einem Lastwagen in Österreich auf dem Weg nach Deutschland. *Spiegel Online* schreibt dazu im Rückblick: „Mit der Tragödie kam die Flüchtlingskrise vor einem Jahr endgültig bei den Deutschen an“ (27082016-Spiegel Online). Bereits am 25. August setzte das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* das Dublin-Abkommen für syrische Geflüchtete aus und schaffte damit die Möglichkeit zur legalen Einreise. Die Ereignisse und Entwicklungen der Sommermonate gipfelten schließlich in der Sommerpressekonferenz von Angela Merkel am 31. August 2015, in der sie den Satz „Wir schaffen das“ benutzte (vgl. 25082015-Handelsblatt, 25082015-Tagesspiegel). Dieser wurde in den kommenden Monaten medial immer wieder aufgegriffen und diente als Sentenz an dem die deutsche Asylpolitik maßgeblich diskutiert wurde. In den folgenden Kapiteln werde ich auf die drei genannten Zeitspannen eingehen und im Rückgriff auf die oben theoretisch skizzierten Begriffe und Überlegungen, die in diesen Zeiträumen besonders präsenten Diskurse und Topoi herausarbeiten.

Angela Merkel *Wir schaffen das* (31.08. - 06.09.2015)

Mitleids- und Bevormundungsdiskurs

Der erste auffallende Diskursstrang dieser Zeitspanne dreht sich um das Ankommen Geflüchteter und den Umgang der deutschen Bevölkerung mit der Situation. Sabine Hess spricht von einer „Erfindung und Performanz der ‚Willkommenskultur‘“ (Hess 2016: 8). Viele Kommentare sind vor allem durch eine emotionalisierte Berichterstattung geprägt. Die Erfahrungen helfender Menschen finden immer wieder Ausdruck. In „Zwei Gesichter einer Stadt“ (02092015a-SZ) geht die Autorin der SZ, Nina Bovensiepen, auf die Situation am Münchner Bahnhof ein. Zunächst nimmt sie eine Trennung zwischen den „Bürgern, von der so genannten Zivilgesellschaft Münchens“ und der „bayrischen Staatsregierung“ (ebd.) vor. Die Gegenüberstellung von Bevölkerung und Staat dient dazu, die Hilfsbereitschaft deutlicher zu betonen. Eindrücklich beschreibt die Autorin die erlebten Szenen wie folgt:

„Dort haben sich Szenen abgespielt, die so überwältigend sind, dass die Bilder davon um die Welt gehen. [...] Die unkontrollierte Durchreise von etwa 3300 Flüchtlingen aus Budapest nach Bayern hat eine ebenso unkontrollierte Willkommenswelle ausgelöst, die zufällig davon erfasste Reisenden ebenso mitgerissen hat wie den Hotelier, der Bananen über die Straße schickte“ (02092015a-SZ).

Der Fokus liegt auf der positiven Selbstdarstellung der Ingroup (vgl. Matouschek et al. 1995: 61). Gleichzeitig wird das „mitfühlende Helfer-Wir“ (ebd.: 91) betont. Die Situation der Geflüchteten und ihre Wahrnehmung wird nicht aufgegriffen – allein die Ingroup wird repräsentiert. Folgendes Zitat verdeutlicht das: „Was für schöne Stunden, was für Emotionen. ‚München leuchtet‘ – dieses Lebensgefühl verbreitet sich über das noch nicht alte Medium Twitter schnell. Zu der Gänsehaut, welche die Szenen am Bahnhof hervorriefen, gesellte sich der Stolz, Teil davon zu sein“ (02092015a-SZ). Mit der Darstellung und Konstruktion einer willkommenheißen Ingroup werden die ‚Anderen‘ vernachlässigt. Die Beschreibung funktioniert aus der Perspektive der deutschen Bevölkerung. Inhärent in diesem Absatz ist die Konstruktion einer (deutschen) Identität, vermittelt durch den „Stolz, Teil davon zu sein“ (ebd.) – Teil der Ingroup, die die Ankommenden begrüßt und damit in gleichzeitiger Abgrenzung zu den Geflüchteten steht.

Die Autorin unternimmt den Versuch, die Perspektive der Geflüchteten darzustellen: „Selbstverständlich wiegen ein paar Wasserflaschen an großen Flüchtlingsdramen wenig. Das Mittelmeer, in dem derzeit ständig Flüchtlinge ertrinken, ist von München immer noch weit weg“ (ebd.). Die Emotionalisierung der Bahnhofsszenen mit starken Begrifflichkeiten

(„überwältigend“, „Gänsehaut“ etc.) wird durch den Absatz kaum relativiert. Die Umstände, unter denen Flüchtende über das Mittelmeer nach Europa gelangen, werden eher als Randnotiz bemerkt. Die Verwendung des Begriffes „Flüchtlingsdrama“ reiht sich in die emotionalisierte Beschreibung der Situation ein und lenkt die Betrachtung der Lage von einer politischen Perspektive ab.

Auch der Kommentar Heribert Prantls kann als Mitleidsdiskurs gelesen werden: „In Deutschland werden Flüchtlinge mit großer Herzlichkeit aufgenommen, viele europäische Länder verweigern sich aber. Doch Europa erstickt nicht, wenn es syrische Flüchtlinge aufnimmt. Es erstickt, wenn es sie nicht aufnimmt – an Geiz und Heuchelei“ (06092015-SZ). Ergänzend zum Mitleid gegenüber Geflüchteten stellt Prantl die besondere Hilfsbereitschaft Deutschlands im Gegensatz zu anderen EU-Staaten heraus. Es gehe jetzt „nicht um Euro und Währungsunion, sondern um Menschen in bitterster Not. Es geht darum, ob und wie Europa das Überleben von Hunderttausenden Flüchtlingen organisieren will und kann“ (ebd.).

In den Beispielen kommt ein Prozess zum Ausdruck den Hess et al. wie folgt beschreiben: „Migrant_innen machen sich meist aufgrund individueller und kollektiver Entscheidungen auf den Weg. Sie haben oft Unglaubliches erlebt und gemeistert, bis sie überhaupt an die europäischen Außengrenzen gelangen. [...] Wenn sie jedoch in den Blick des europäischen Grenzregimes treten, werden sie lediglich als viktimisierte oder kriminalisierte Masse sichtbar: Medien und Politiker_innen porträtieren sie als passive ‚Opfer‘, namenlose ‚Flüchtlinge‘ [...]“ (Hess et al. 2014: 12).

Der Mitleiddiskurs verschränkt sich hier bereits mit dem Bevormundungsdiskurs. Prantl spricht Deutschland die „entsprechende Kompetenz“ (ebd.) zu und entsubjektiviert Geflüchtete zu einer Masse (vgl. Matouschek et al. 1995: 100). „Deutschland nimmt nun in großer Zahl Flüchtlinge aus Syrien auf, Flüchtlinge, die in Ungarn missbehandelt und in Österreich durchgewunken wurden. Das ist anrührend und grandios, das ist historisch“ (06092015-SZ). Der deutsche Staat wird als Retter mit einer „exzellent funktionierenden Bürokratie“ (ebd.) stilisiert. Der Topos der Verantwortlichkeit wird dafür hergenommen.

Auch die Autoren der *taz*, Claus Leggewie und Daniel Cohn-Bendit, verwenden den Topos der Verantwortlichkeit – verbunden mit dem Topos der Dringlichkeit: „Was *jetzt* geschehen muss? Legalisierung *sofort*, mobile Hilfen durch Technisches Hilfswerk, Bundeswehr und Freiwillige (die wir in weit entfernten Katastrophengebieten binnen drei Tagen auf die Beine

stellen) [...]“ (02092015b-taz, Herv.M.W.). Prantl greift ebenfalls den Topos der Dringlichkeit auf: „*Jetzt muss* sich zeigen, was die europäischen Grundrechte wirklich wert sind. *Jetzt muss* sich zeigen, was es wirklich auf sich hat mit dem Motto vom ‚Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit‘. *Jetzt muss* sich zeigen, ob all das mehr ist als ein Wasserfall voll Phrasen. *Jetzt muss* sich zeigen, ob die Konventionen, die man unterschrieben hat, mehr sind als ein paar Fetzen Papier“ (06092015-SZ, Herv.M.W.). Die vermeintliche Dringlichkeit der aktuellen Situation wird drastisch dargestellt. Bedrohung und Dringlichkeit verbinden sich zu einer wirkmächtigen Konstruktion. Die EU sei auf die Probe gestellt und damit die gesamteuropäische Stabilität in Gefahr.

Prantl verdeutlicht, wie er die Rolle Deutschlands einschätzt: „München und die anderen Flüchtlingsaufnahmestädte könnten heute – vielleicht, hoffentlich – eine neue gute Tradition begründen: München, Saalfeld, Hamburg als Name und Symbol für Schutz und für Hilfe, für das gute Europa“ (06092015-SZ). Deutschland wird zum aufopferungsvollen, vorbildlichen Aufnahmeland konstruiert. Auch Martin Kaul von der *taz* reiht sich ein in den Diskurs: „Es nützt nun kein Gerede mehr über abstrakte Verteilungsfragen, sondern nur noch humanitäre Soforthilfe. Die Bilder aus München zeigen, dass die Menschen in Deutschland bereit sind, sich dieser Aufgabe zu stellen“ (03092015-taz). Der Bevormundungsdiskurs wird mit dem Topos der Dringlichkeit verwoben. Kaul macht die Menschen in Deutschland zu Verantwortungsträger*innen, die in der Lage und willens sind, sich der Herausforderung zu stellen und das Problem zu lösen. Die *taz*-Autorin Bettina Gaus erwähnt ebenfalls die „eindrucksvolle Hilfe erstaunlich großer Teile der Bevölkerung“, die „Notleidende“ (04092015b-taz) unterstützt. Sie gibt zu bedenken: „Wenn Ehrenamtliche erst einmal damit angefangen haben, die öffentliche Hand zu entlasten, dann ist der Weg zum Nachwächterstaat nicht mehr weit. Auch das ist eine der Gefahren, die hinter der gegenwärtigen Situation lauern“ (04092015b-taz). Damit greift sie einen Gedanken auf, der die Komplexität der Thematik verdeutlicht und den deutschen Staat indirekt zu anderem Handeln mahnt. Diese Argumentation führt weiter, als die bloße Betonung der Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung hinzu Überlegungen, welche Auswirkungen ehrenamtliches Engagement haben kann. Auch Karim El-Gawhary eröffnet in einem *taz*-Kommentar eine neue Perspektive und versucht damit dem hegemonialen Diskurs etwas entgegenzusetzen. Er lenkt den Fokus weg von Deutschland und Europa: „Wer heute schreit, dass das europäische Boot voll sei, der sollte wenigstens finanziell dafür sorgen, dass das libanesische, türkische und jordanische Boot nicht untergeht“ (04092015a-taz). Er verwendet die Bootsmetapher in einem kritischen Kontext. Der deutsche Mitleidsdiskurs, der

vor allem in der Hilfsbereitschaft und Bevormundung repräsentiert wird, findet eine Relativierung, die selten ist für diese Phase der medialen Berichterstattung über Fluchtbewegungen. El-Gawhary schreibt dazu: „Das Fazit der Außenansicht auf die europäische Flüchtlingskrise: In der EU muss man sich bewusst sein, dass man dort trotz voller Bahnhöfe und Toter am Rande der Autobahn nur einen relativ kleinen Teil des Flüchtlingsproblems schultert“ (04092015a-taz).

Eine interessante Verbindung schafft der Lokalchef der *OTZ* Lutz Prager. Er kommentiert die Geschehnisse wie folgt: „Wer kann es Eltern verdenken, dass sie ihr Heil im gelobten Deutschland suchen, wenn ihren von Geburt an behinderten Kinder in ihrer eigenen Heimat niemand helfen kann? Wir erinnern uns an die DDR-Flüchtlinge 1989 in der Prager Botschaft“ (02092015b-OTZ). Mitleid ist die entscheidende Komponente der Argumentation, das dadurch verstärkt wird, dass an das kollektive Gedächtnis anknüpft. Der Bezug zur DDR soll Verständnis für Geflüchtete evozieren.

Verbindung mit Rechtsextremismus

Auffallend an den Lokalzeitungen ist die Gegenüberstellung des mitfühlenden Helfer-Wir und des ablehnenden Rechtsextremismus. Betont wird, dass das Bild Deutschlands trotz Übergriffe auf Geflüchtete positiv ist. Es zeigt sich, dass es in der Argumentation vor allem um das Image Deutschlands geht. Die Verurteilung von rechtsextremistischen Übergriffen dient hier vor allem als Korrektur des Bildes, welches von Deutschland manifestiert werden soll. Eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Erstarken rechtsextremer Übergriffe wird nicht vorgenommen. Vornehmlich die positiven Seiten werden herausgestellt. Philipp Neumann, Autor der *OTZ*, schreibt: „Die Bereitschaft, mit der die Deutschen den Flüchtlingen in diesen Tagen helfen, ist überwältigend. Die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind beschämend, aber das Bild, das Deutschland in diesen Tagen bietet, ist überwiegend positiv“ (03092015-OTZ). Auch Elmar Otto findet ähnliche Worte in der *TLZ*: „Ganz Deutschland hat bewiesen, dass es Menschen in Not hilft und damit rechtspopulistische Hetzer und rechtsextreme Gewalttäter in die Schranken gewiesen“ (07092015b-TLZ). Sowohl Mitleid als auch Hass haben nach dem Soziologen Zygmunt Bauman den gleichen Effekt: „Abstand herzustellen und Abstand aufrechtzuerhalten“ (2008: 65). Die Geflüchteten werden zu Notleidenden, Hilfsbedürftigen, die zudem angegriffen werden. „Die Deutschen“ hingegen sind die Aktiven, die Hilfe anbieten und sich gegen die Übergriffe aussprechen. Thomas Bärsch von der *TA* bestätigt die These: „Diese Bilder sieht man gern: Als am

Samstagabend 569 Flüchtlinge mit dem Zug aus Budapest ankommen, werden sie von Einheimischen und vielen aus ganz Thüringen angereisten Helfern herzlich begrüßt. [...] Bestimmten die Gewalt-Exzesse des rechten Mobs im sächsischen Heidenau in den vergangenen Wochen die Schlagzeilen über die Fremdenfeindlichkeit im Osten, so zeigt Thüringen nun ein anderes, ein freundliches Gesicht“ (07092015a-TLZ). Das Bundesland wird vermenschlicht. Die Übergriffe werden verharmlost, indem die Angriffe dem „rechten Mob“ zugewiesen werden. ‚Mob‘ hier im Sinne einer abwertenden Bezeichnung für die Zusammenrottung des ‚einfachen Volkes‘. Die Begründung lehnt sich an die „Massenpsychologie“ an, „die durch ihre allgemeinen Erklärungen die irrationalen Bewegungen, die kollektive Aggressivität und Gewalttätigkeit und insbesondere die Xenophobie rehabilitiert“ (Balibar 1988a: 30). Die Zuschreibung der Taten zu einer „primitive[n] Masse“ (ebd.) werten sie ab. Die Übergriffe werden zu etwas konstruiert, das *eigentlich* nicht zur deutschen Gesellschaft gehört und damit als eine marginale Erscheinung externalisiert wird. Etienne Balibar argumentiert dagegen: „Denn dass der Rassismus *sichtbarer* wird, besagt nicht, dass er aus dem Nichts bzw. aus einem kleinen Kern entsteht. [...] Der Rassismus ist in materiellen (auch psychischen und soziopolitischen) Strukturen angelegt, die seit langem existieren und einen Teil der sogenannten nationalen Identität bilden“ (Balibar 1988b: 262, Herv.d.A.). Die Kommentare in den Tageszeitungen blenden dies jedoch zugunsten einer affirmativen Identifikation mit der deutschen Willkommenskultur aus.

Im Detail – Der ‚Fall‘ Aylan Kurdi

Sowohl von der *SZ* als auch von der *TLZ* wurde jeweils ein Kommentar zum ‚Fall‘ Aylan Kurdi verfasst. Im Folgenden möchte ich kurz auf die beiden Artikel eingehen, da das Thema medial weltweit breit diskutiert wurde (vgl. u.a. 03092015-The Guardian, 03092015-Le Monde, 03092015-Wall Street Journal). Von der *taz* ist kein Kommentar zu finden. Der drei Jahre alte, syrische Junge Aylan Kurdi verunglückte am 2. September 2015 auf dem Weg von der Türkei nach Griechenland. Seine Familie nahm ein Schlepperboot, um das Mittelmeer zu passieren. Seine Mutter und sein Bruder starben ebenfalls. Alle drei wurden im türkischen Bodrum am Strand angespült. Das Bild des toten Aylan Kurdi verbreitete sich rasch via Soziale Medien und Presse und erregte weltweit Aufsehen (vgl. 04092015-FAZ). Sowohl *SZ* als auch *TLZ* haben das Bild des Jungen nicht veröffentlicht und weisen einen unterschiedlichen Fokus auf das Thema auf.

Jan Kanter, Autor der *TLZ*, diskutiert in seinem Kommentar „Schützen wir ihn wenigstens jetzt“ (03092015-TLZ) die Frage, ob das Bild des Jungen gezeigt werden sollte. Der Artikel hat einen emotionalisierten Grundton. Kanter: „[Das Foto] will mir das Herz zerreißen. Kaum ein Bild hat das Elend der Flüchtlinge deutlicher gezeigt, als dieses Foto“ (03092015-TLZ). Das wehrlose Kind wird zum Symbol für die europäische Asylpolitik. Mitleid wird deutlich ausgedrückt. Jan Kanter kritisiert die Kosten-Nutzen-Abwägung, die er „Stamm-tischdiskussionen“ zuschreibt, die „mit sehr kalten Herzen“ (03092015-TLZ) geführt werden. Er hofft, dass Menschen ihre Meinung durch das Bild ändern und appelliert an die Würde des Menschen (vgl. ebd.). Der Kommentar ist geprägt durch Adjektive, die die Situation verdeutlichen sollen („verdammte Pflicht“, „kleiner Junge, „unbedingt gezeigt werden“), dadurch bekommt die Aussage eine Dringlichkeit und verdeutlicht die Gefühle, die der Autor in Bezug auf die Thematik hat. Der Kommentar schließt mit dem Satz und der Konklusion zur diskutierten Frage: „Wir haben Aylan im Leben nicht geholfen, schützen wir ihn wenigstens jetzt“ (ebd.).

Der *SZ*-Chefredakteur Stefan Plöckinger diskutiert ebenfalls die Frage, ob das Bild gezeigt werden soll. Er beginnt den Artikel mit einer Wir-Konstruktion: „Wenn wir zum Jahresende 2015 zurückblicken werden auf diesen Sommer der Flüchtlingskrise, dann dürften einige Bilder zurückkehren, die das ganze Drama in absurder, überwältigender, schrecklicher Kompaktheit zeigen“ (03092015a-SZ). Der Begriff des „Dramas“ entpolitisiert die Ereignisse. Er suggeriert die Todesfälle auf dem Mittelmeer wären ein erschütternder Umstand, der nicht mit politischen Entscheidungen zusammenhängen würde. Den Tod Aylan Kurdis verbindet er mit „Rechtsextremen in Freital, Heidenau, Dunkeldeutschland generell; die Hilfe und Anteilnahme in helleren Teilen der Republik“ (ebd.). Damit wird eine Dichotomie hergestellt: hell – dunkel; gut – böse. Es gibt das helle und hilfsbereite Deutschland und das dunkle und böse. Die Thematik wird sehr vereinfacht dargestellt.

Der Autor beschreibt die „Todesbilder“ (ebd.) des Jungen sehr bildlich. Detailliert geht er auf die Komposition des Bildes ein. Dennoch bleibt eine Lücke, die von den Leser*innen selbstgefüllt werden muss. Durch die detaillierte Darstellung des Autors und die Vorstellung, die von der Leser*innenschaft gefordert wird, stellt sich die Frage, ob das ‚Mitleid‘ nicht gar stärker bedient wird als beim Zeigen des Bildes. Plöckinger beschreibt, dass auf dem Boot noch andere Geflüchtete auf dem Weg „nach Europa, in Sicherheit, in ein Leben ohne Krieg und Angst“ (ebd.) waren. Dem geordneten und sicheren Europa wird damit indirekt das ‚chaotische‘ und ‚kriegsgebeutelte‘ Syrien entgegengestellt. Der Mitleidsdiskurs wird

fortgeführt: „Die versuchte Abschottung vor dem Elend der Welt führt manchmal zu noch mehr Elend, und all dieses Elend der Unschuldigen ist für mitfühlende Menschen kaum zu ertragen [...]“ (ebd.). Das „Elend“ wird in keinen Kontext gestellt. Gründe für Fluchtursachen werden nicht thematisiert. Die Grenzpolitik wird kritisiert, was allerdings nicht zu einer genaueren und tieferen Betrachtung führt. Dennoch wird der Wunsch nach einer Veränderung formuliert – bezogen auf die Ingroup. Das Ergebnis seiner Argumentation fasst Plöchinger wie folgt zusammen: „Dafür kommt es letztlich nicht darauf an, ob man die Bilder sehen will, kann oder muss. Es kommt darauf an, ob eine Gesellschaft angesichts von Unglücken wie in Bodrum ihre Politik verändern kann und will“ (ebd.). Mit dieser moralisch-pathetischen Aussage beendet der Autor seinen Artikel.

Beide Artikel diskutieren die Frage, ob das Bild des Jungen gezeigt werden sollte und beide haben eine emotionalisierte Herangehensweise. Diese macht vor allem deutlich, wie erschütternd das Bild auf sie wirkt. Interessanterweise wird das Bild scheinbar vor allem zum Symbol der Asylpolitik, indem es nicht gezeigt, sondern über seine Zeigbarkeit diskutiert wird.

Diskursstrang der Bedrohung

Der Diskurs über illegale Einwanderung als Bedrohung, wie ihn unter anderem Claudia Zuser beschrieben hat (2008), funktioniert durch die Legalisierung der Einreise durch das Aussetzen des Dublin-Abkommens im vorliegenden Diskurs nicht und braucht nun andere Wege der Begründung. Vor allem in den Lokalzeitungen und der *SZ* sind Bedrohungsszenarien zu finden. Die migrationspolitische Situation wird generell als Bedrohung und Gefahr dargestellt. Die ausgewählten Beispiele veranschaulichen einen Teil des Bedrohungsdiskurses. Der Kommentar „Jeder gegen Jeden“ (31082015b-SZ) beschreibt ein Bild, in dem Geflüchtete einen Zug besteigen wollen, mit der Unterschrift: „Die Polizei kapituliert vor dem Ansturm der Flüchtlinge. [...] So sieht der Wahnsinn in Europa gerade aus“ (ebd.). Die Vokabel „kapitulieren“ ist vor allem aus dem militärischen Bereich vertraut. Sie bedeutet unter anderem „sich dem Feind ergeben, sich für besiegt erklären“ (Duden-Online). In Verbindung mit dem Begriff „Ansturm“ wird eine klare Botschaft vermittelt: die Polizei, als staatliche Organisation, die für öffentliche Ordnung und Sicherheit sorgt, ist nicht mehr in der Lage diese aufrecht zu halten. Die Ursache sind die Flüchtenden, die entindividualisiert zu einer bedrohlichen Masse stigmatisiert werden. Abgerundet wird das

Bild mit dem Begriff des „Wahnsinns“, der eine Situation inszeniert, die eine unemotionale und sachliche Betrachtung und Bewertung der Lage nicht ermöglicht.

Auch Jörg Quoos, Gastautor für die *TA* und Chefredakteur der *Funke Zentralredaktion*, beschreibt die Entwicklung: „Sie [die aktuellen Themen] kommen mit enormer Wucht und es gibt keine schnellen Rezepte, sie zu beherrschen“ (01092015-TA). Die Bedrohlichkeit der Situation resultiert aus dem Gefühl des Nicht-Beherrschens der Fluchtbewegungen. Köster-Eiserfunken et al. benennen diese Form der Unkontrollierbarkeit von Migrationsbewegungen, die „Autonomie der Migration“ (2014: 180). Sichtbar wird es unter anderem an „den konfliktreichen Momenten des Bruchs mit hegemonialen Ordnungsmustern“ (ebd.: 177), diese benötigen alternative Handlungsstrategien und spontane Reaktionen. Alexander Kohnen findet für die *OTZ* ähnliche Worte wie Quoos: „Um dieser gigantischen Herausforderung gerecht werden zu können, muss Deutschland zusammenhalten“ (02092015a-OTZ). Die Bedrohung wird verknüpft mit der Dringlichkeit des innerdeutschen Zusammenhalts, der identitätsstiftend wirkt und nach außen abgrenzt. Marcel Hilbert, Lokalredakteur der *OTZ*, verknüpft die Ereignisse mit einem lokalen Bezug: „In der Kluft aus jeden Tag dramatischeren Fernsehbildern der aktuellen Flüchtlingskatastrophe und dem zähen Fluss aus sporadischen Informationen zur irgendwann einmal bezugsfertigen alten Berufsschule in Liebschwitz, scheinen viele Menschen der relativen Ruhe in Sachen Flüchtlinge in Gera nicht zu trauen. Und wer will es ihnen verdenken“ (04092015b-OTZ). Die Bedrohung wird spezifisch erklärt. Die Bilder aus dem Fernsehen, die bedrohlich erscheinen, werden mit der schlechten Informationslage im Ort verbunden. Dadurch suggeriert der Autor, dass sich die aktuelle Lage bald auch im Ort zeigen wird.

Versagen und Überforderung der Politik

Bezug zur nationalen Politik

Redakteur*innen von Lokalzeitungen stellen in Kommentaren oft einen lokalen Bezug her. Sie greifen Themen auf wie die Schaffung von Unterkünften für Geflüchtete, mögliche Hilfsmaßnahmen und den Umgang der lokalen Bevölkerung mit den neuangekommenen Geflüchteten. Vor allem die Organisation und Administration von Fluchtmigration fällt in den Bereich der Lokalpolitik und macht deutlich, dass die Themenschwerpunkte konkrete lokale Problematiken und Herausforderungen ansprechen. In den überregionalen Zeitungen liegt der Schwerpunkt der Kommentare auf zwei Ebenen (in den Lokalzeitungen geschieht

dies selbstverständlich auch): Die nationale und die internationale Migrationspolitik. Zum einen wird immer wieder auf die deutsche Fluchtspolitik eingegangen – diskutiert werden unter anderem die Organisation der Aufnahme der Ankommenden, Reaktionen der Bundesregierung sowie Entwicklungen vom Asylgesetz. Die nationale Politik wird auf einer zweiten Ebene mit unionspolitischen Handlungen verbunden. Im Fokus steht immer wieder die Solidarität in der Europäischen Union und die Migrationspolitik verschiedener Staaten, insbesondere Ungarn. Ich werde zunächst auf Kommentare eingehen, die sich mit der bundesdeutschen Politik auseinandersetzen und anschließend auf die europäische Ebene zu sprechen kommen.

Im Mittelpunkt der innerdeutschen Debatte steht Bundeskanzlerin Angela Merkel. Durch ihren Satz „Wir schaffen das“ brachte sie viel Zündstoff in die Migrationsdebatte und sorgte dafür, dass an dieser Aussage die Asylpolitik maßgeblich diskutiert wurde. Zwei Themen werden fokussiert – der organisatorische und politische Umgang mit Geflüchteten sowie Übergriffe auf diese. In der Bevölkerung werden Forderungen nach einer Stellungnahme der Kanzlerin laut – nach Daniel Kretschmar: „Mitten in der Staatskrise – die irreführenderweise immer wieder ‚Flüchtlingskrise‘ genannt wird – [...] wird immer wieder der Ruf nach einem klaren Bekenntnis der Kanzlerin laut. Das ist der erkennbare Wunsch nach einer Positionierung des Souveräns im Angesicht des Ausnahmezustands“ (04092015c-taz). Zum einen kritisiert Kretschmar den Begriff ‚Flüchtlingskrise‘ und weist darauf hin, dass es eigentlich eine Staatskrise sei. Damit nimmt er eine Sonderrolle ein. Weder die *SZ* noch die Lokalzeitungen widmen sich einer Kritik am Begriff ‚Flüchtlingskrise‘. Zum anderen berichtet er über den Wunsch, die Kanzlerin solle sich positionieren und für ‚Ordnung‘ sorgen.

Julia Emmrich, Berlin-Korrespondentin der *OTZ*, konstatiert Überforderung und Unvorbereitetsein der deutschen Politik und Behörden: „Die Flüchtlingszahlen steigen und das Land, das sonst so stolz ist auf seine solide Verwaltung und seine im Großen und Ganzen gut funktionierenden Versorgungssysteme wird kurzatmig. [...] Die Kurzatmigkeit liegt daran, dass weder Behörden noch Bürger darauf vorbereitet waren [...]“ (04092015a-OTZ). Eine Denormalisierung der Geflüchtetenzahlen wird markiert und als Grund für eine überlastete Administration gekennzeichnet. Jörg Quooß thematisiert die Sommerpressekonferenz von Merkel und stellt klar: „Das Thema Flüchtlinge ist jetzt Chefsache, das war die wichtigste Botschaft zwischen den Zeilen. Und die wichtigste offizielle Botschaft war: Wir Deutschen kriegen das hin“ (01092015-TLZ). Er deckt auf, was die Menschen scheinbar

beschäftigt: „Aber viele Bürger sind längst weiter. Sie fragen sich zu Recht: Wie geht es denn weiter? Was kommt nach der beeindruckenden Hilfswelle der Deutschen, die dem rechten Mob die Hoheit über Schlagzeilen entrissen hat? Wie soll das in Europa funktionieren, wenn nur bei uns auf Dauer Flüchtlinge ordentlich versorgt und eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage bekommen“ (ebd.)? Der hier verwendete Topos der Belastung wurde unter anderem von Martin Wengeler beschrieben. Er hält fest, dass dieser „als prägnantes Beispiel für die öffentliche sprachliche Konstruktion von Wirklichkeit betrachtet werden [kann]“ (2006: 19). Die Argumentation spielt auf die ‚Grenzen der Belastbarkeit‘ hin: „Wenn diese Wahrnehmung und Wirklichkeitskonstruktion verbreitet und durchgesetzt werden kann, dann *gibt es* tatsächlich so etwas wie Grenzen der Belastbarkeit und dann *sind* diese eben erreicht. Entsprechend kann man nach dieser ‚Wirklichkeit‘ das gesellschaftliche Handeln ausrichten“ (ebd., Herv.d.A.).

In der *SZ* beschreibt Stefan Braun, dass steigende Flüchtlingszahlen und Fremdenfeindlichkeit Bundeskanzlerin Angela Merkel verändert haben: „Rechte Pöbler, fremdenfeindliche Gewalttäter, ignorante Mitläufer will Merkel nicht erklären, gar verstehen. Sie will sie bekämpfen. Ohne Wenn, ohne Aber“ (31082015a-SZ). Die Einteilung, die Merkel in der Sommerpressekonferenz vorgenommen hat, wird nicht kritisiert. Vielmehr wird ihre Entschlossenheit thematisiert und hervorgehoben. Im nächsten Absatz wird aber gleich an den Worten Angela Merkels gezweifelt: „Wichtig wäre es, wenn geschehen würde, dass was die Kanzlerin auch ankündigt“ (ebd.). An der Aufklärung von Gewalttaten gegen Flüchtende und die harte Bestrafung der Täter*innen „hapert es bislang gewaltig“ (ebd.). Thomas Galli geht in seinem Kommentar „Wut sucht sich leichte Opfer“ (02092015a-taz) tiefer auf die Gründe für gewalttätige Angriffe ein. Er beschreibt die Motive: „Gewalttäter suchen meist nicht ihre Gegner, sondern Opfer. Eine latente Gewaltbereitschaft ist meist Folge langwieriger komplexer Prozesse. Oft stecken eine zumindest subjektiv so empfundene Missachtung, Ausgrenzung und soziale Benachteiligung dahinter“ (ebd.). Erklärungsversuche findet er in der Exklusion verschiedener Milieus. Er markiert ein Versagen der Politik als Ursache. Im Weiteren kritisiert er die Profilierungsversuche der Bundesregierung: „Auch für Regierungsparteien kann es oft ausreichen, Flüchtlinge vor allzu großer Gewalt zu schützen, um gegenüber der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, die Problematik engagiert und menschenwürdig anzugehen“ (ebd.). Nach seiner Meinung handelt es sich um eine scheinheilige Strategie. Galli stellt die soziale Frage: „Kümmern wir uns ausreichend um die, die mit unserer Leistungsgesellschaft nicht mithalten können, oder drängen wir sie immer weiter an den

Rand? Geben wir auch schwierigen Menschen ausreichend Möglichkeiten, sich sozial zu integrieren“ (ebd.)? Dabei bezieht er sich auf den Wir-Diskurs und spricht die Leser*innenschaft an.

Verbindung von nationaler und europäischer Politik

Die Verbindung von deutscher und unionspolitischer Politik wird häufig thematisiert. Auf EU-Ebene geht der Diskurs oft mit dem Topos der Solidarität einher. Dieser funktioniert als Mittel, um die imaginierte äußere Bedrohung durch eine gemeinsame Gefahrenabwehr zu legitimieren (vgl. Zuser 2008: 195). „So wird es für die Leser schließlich schwierig, nicht in die angebliche Evidenz einer restriktiven europäischen Asylpolitik einzustimmen“ (ebd.). Problematisiert wird die mangelnde Solidarität in der Union unter den Staaten im Umgang mit Geflüchteten. Deutschland wird die Rolle des Erkenners der Situation zugeschrieben. Betont wird, dass der deutsche Staat dabei alleine dastehe und ohne die Hilfe der anderen die ‚Krise‘ nicht lösen könne. Die Kommentator*innen schreiben Deutschland eine moralische Position, die sich über den restlichen EU-Staaten befindet, zu. Die EU werde auf die Probe gestellt. Die Flüchtlingsbewegung wird zur elementaren Bedrohung beziehungsweise Bewährungsprobe, die auch scheitern kann. Insbesondere Ungarn steht mit seinem Präsidenten Viktor Orbán in der Kritik.

Die mangelnde Solidarität in der EU wird unter anderem von Stefan Braun thematisiert: „Denn die Union des Jahres 2015 steckt in einer dramatischen Krise, weil diese Solidarität immer mehr Mitgliedern immer weniger wert ist“ (02092015b-SZ). Er wird noch konkreter und greift „Berlins Mahnungen und Bitten um eine faire Lastenverteilung“ (ebd.) auf und betont: „Die Gefahr für den Zusammenhalt in Europa wird offensichtlich“ (ebd.). Geflüchtete werden zur Gefahr für den Fortbestand der EU. Braun macht Deutschland zum potenziellen Opfer: „Jetzt, wo Hunderttausende Flüchtlinge kommen, reiben sie sich die Augen, dass auch Deutschland in die Rolle des Hilfesuchenden kommen kann. Nach Jahren als oberster Euro-Retter ändert sich für Berlin plötzlich die Perspektive“ (ebd.). Stefan Kornelius schreibt von einem „Wirrwar“ (03092015b-SZ) in der „Flüchtlingswelle“ (ebd.). Die Verwendung von Naturmetaphern (wie ‚Welle‘, ‚Flut‘ etc.) als „Kollektivsymbolik“ (Jäger et al. 1993: 53) unterstreicht die Dringlichkeit der Thematik. „Abgrenzung und Abschottung werden mit Hilfe von sprachlichen Bildern markiert“ (ebd.) und imaginieren Bedrohlichkeit, die „dringenden Handlungs- und Normalisierungsbedarf signalisieren“ (Zuser 2008: 191).

Prantl hält gar fest, dass der ungarische und polnische Umgang mit Geflüchteten „ein Hochverrat an den Werten, deretwegen die Europäische Union gegründet wurde“ (06092015-SZ), sei. Er folgert mit drastischen Worten: „Wenn ihm diese Werte nichts mehr wert sind, ist Europa das Überleben nicht wert“ (ebd.). Er hält die EU für ein „Egoisten-Konglomerat“ (ebd.). Damit wertet er die Migrationspolitik Deutschlands stark auf und bringt sich in die Position moralisch über die anderen Staaten urteilen zu können. Der Topos der Verantwortung kommt zum Tragen. Deutschland wird erneut als Retter dargestellt. Zum Verdeutlichen der Situation bedient sich Prantl des Topos der Menschlichkeit und Menschenwürde: „Wer [...] nicht hilft, verhält sich unmenschlich“ (ebd.) und „der soll sich schämen“ (ebd.). Jan-Henrik Wiebe von der *TLZ* fordert: „Europa muss ein Ort der Menschlichkeit sein“ (05092015-TLZ). Der angeschlagene Ton entspricht einer moralischen Position der Autoren, die sie aus den Handlungspraxen Deutschlands ziehen. Die Menschenwürde/Menschlichkeit dient als „Begriffssymbol“ (Bahr 2006: 309) und allgemeiner Wertekonsens der Gesellschaft. Der Bezug bedarf keiner weiteren Erklärung, da diese tief im kollektiven Verständnis verankert sind. „In der Regel steht der Bedürftige im Schematismus der bürokratischen Vernunft als *Objekt der Hilfe* einer Gesamtheit gegenüber [...]“ (ebd., Herv.d.A.) und wird damit zum passiven, empfangenden Akteur/zur passiv empfangenden Akteur*in stigmatisiert.

Weiter heißt es in der *SZ* von Cathrin Kahlweit: „Die EU ist derzeit ein politischer Verschiebebahnhof, auf dem jeder Staat seine eigenen Regeln macht – oder aber ignoriert. Und wo jede Seite versucht, die Flüchtlinge möglichst schnell loszuwerden oder zurückzudrängen, immer auf Kosten der Nachbarn“ (31082015b-SZ). Ein Verschiebebahnhof dient zum Organisieren vom Weitertransport von Gütern. Die Menschen, die auf die Züge angewiesen sind, werden zu Objekten degradiert, die von politischen Entscheidungen abhängig sind. Die Autorin legt einen Fokus auf die Kostenverschiebung, die mit der Weiterleitung der Flüchtenden in andere Staaten auftritt. Die ökonomische Situation steht im Mittelpunkt, nicht aber die Erfahrungen, die Flüchtende, durch die unklare politische Situation, erleben: „Also reisen die Migranten ungehindert weiter gen Österreich“ (ebd.). Die Flüchtenden sind bis nach Ungarn gereist. Ab Ungarn scheint es von der Autorin unerwünscht zu sein, dass sie weiter nach Österreich kommen. Sie sollen nicht nach Westeuropa vordringen. Damit wird ein Bedrohungsszenario aufgebaut. Für die *Süddeutsche Zeitung* ist dieser Ton nicht ungewöhnlich. Stefan Kornelius beschreibt die aktuelle vermeintliche Bedrohungslage ähnlich: „Zuvor hatte das Bundesamt für Migration erklärt, Syrer vom europäischen Asylverfahren auszunehmen, wenn sie es denn nach

Deutschland schaffen. Die Kombination beider Ereignisse führte dazu, dass Tausende Flüchtlinge in Budapest ‚Merkel, Merkel‘ skandierten und selbstverständlich nur noch ein Ziel kannten: Deutschland“ (03092015b-SZ).

Matthias Benkenstein, Redakteur der *TLZ*, beschreibt die Situation wie folgt: „Ganz Europa ist überfordert, und momentan sieht es sogar so aus, als ob die Regierungen in dieser Krise, die noch größer ist als die Griechenland-Krise, die Kontrolle verlieren“ (31082015-TLZ). Die „Krise“ sei noch mächtiger als die griechische Finanzkrise. Europa sei überfordert und stehe vor dem Kontrollverlust – eine bedrohliche Lage. Verknüpft wird der Diskurs mit dem Topos der Sicherheit: „Das ungarische Handeln ist gerade deshalb so unverständlich, weil dessen Politiker doch vermutlich selbst wissen, dass die Flüchtlingsströme dadurch [durch Grenzzäune] nicht gestoppt werden“ (ebd.). Der Autor charakterisiert Grenzzäune an sich nicht als problematisch. Vielmehr merkt er an, dass Ungarn doch wissen müsste, dass Menschen sich dadurch nicht von der Flucht abhalten lassen. Er klassifiziert Zäune als nutzlos; „Flüchtlingsströme“ können dadurch nicht gestoppt werden. Die Naturmetapher verbildlicht die Lage. Durch den Topos des Politikversagens entsteht ein bedrohliches Szenario. Geflüchtete kommen in Massen nach Europa, die Politik versagt – der Kontrollverlust steht bevor. Ralf Leonhard, Auslandskorrespondent der *taz* für Österreich und Ungarn, kommt zu einem ähnlichen Urteil „Wenn jeder Staat seine eigene Politik betreibt, wird das Flüchtlingsproblem nicht gelöst“ (01092015-taz).

Topos der Nützlichkeit

Eine Argumentationsstrategie, die in den Kommentaren häufig aufgegriffen wird, ist der Topos der Nützlichkeit. Fragen in Bezug auf Asyl benötigen, so scheint es, mehr als nur eine rechtliche Erklärung, vielmehr wird Fluchtmigration mit Nützlichkeit und Wirtschaftlichkeit legitimiert. Der Verweis auf Paragraph 16a des Grundgesetzes: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ bedarf einer ökonomistischen Begründung. Medial wird demnach häufig die Notwendigkeit von Migration thematisiert.

Claus Leggewie und Daniel Cohn-Bendit weisen in ihrem Kommentar „Das neue Deutschland“ (02092015b-taz) in der *taz* auf die Herausforderungen, die Migration mit sich bringt, hin: „Aus Menschen, die derzeit in Notaufnahmen oder auf Transitwegen zu sehen sind, werden Nachbarn, Kollegen und Wettbewerber um Transferleistungen, Lohneinkommen und öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit – und dies vor dem Hintergrund

seit Jahren wachsender sozialer Ungleichheit“ (ebd.). Zunächst nehmen sie hier eine Zukunftsprognose vor. Im Folgenden gehen sie auf die Nützlichkeit ein:

„Mittel- und langfristig mag sich Migration rechnen, indem sie Arbeitsmarktlücken und Rentenlöcher stopft und Steuersäcke und Sozialkassen füllt, kurzfristig kommt es jedoch zu Belastungen, die auch die Mittelschichten treffen werden und ihre Willkommensbereitschaft erschüttern können. Einwanderung löst dann eine neue Gerechtigkeitsdebatte aus, die Reiche und Superreiche in Zugzwang bringen sollte“ (ebd.).

Sie verweisen auf die langfristige Nützlichkeit, betonen aber die kurzfristigen finanziellen Bürden. Wirtschaftlichkeit und der Topos der Bedrohung werden verschränkt. Im weiteren Verlauf fokussieren sie die Chance, die Fluchtmigration bedeuten kann: „Das gewaltige Volksvermögen dieser Republik könnte sich mit der Improvisationsgabe von Exilanten und Migranten verbinden und die soziale Innovation von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik vorantreiben. [...] Dass er [der Einwanderungsprozess] dieses Land voranbringen kann und es aus seiner Behäbigkeit herauszwingt, ohne Schaden zu nehmen“ (ebd.). Asyl wird nicht als bedingungsloses Recht diskutiert, sondern in Bezug auf den wirtschaftlichen Nutzen. Die Kulturwissenschaftlerin Maria Schwertl weist darauf hin, dass durch das ‚Managen‘ von Migration und der Nutzbarmachung von migrantischen Potenzialen keine neuen Rechte für Migrierte entstehen, sondern lediglich „ökonomische (Positionierungs) Möglichkeiten“ (Schwertl 2015). Die Autoren beschließen den Kommentar mit den Worten: „Nutzen wir die Gunst der Stunde“ (ebd.). Die Perspektive, von der aus argumentiert wird, ist eine autochthone. Nicht Geflüchtete und ihre Erfahrungen werden thematisiert, sondern die Entwicklung Deutschlands in Hinblick auf die Wirtschaft. Thomas Galli, Gastautor der *taz*, sieht die Situation ähnlich: „Nicht nur die Flüchtlinge kommen zu uns, weil sie uns brauchen, sondern auch wir können sie brauchen, etwa als Menschen, die unseren Horizont erweitern, als Arbeitskräfte oder als Teil der Vernetzung in einer sich globalisierenden Welt“ (02092015a-taz). Auch hier der Hinweis des gegenseitigen Nutzens: „Das wäre dann nicht nur zum Vorteil der Flüchtlinge, sondern zum Vorteil für uns alle“ (ebd.).

Die Lokalzeitungen nutzen ähnliche Argumentationsstrategien. Chance- und Nutzenerwägungen werden zur Legitimierung von Fluchtmigration verwendet. Markus Stelle von der *TA* sieht in Geflüchteten ein wirtschaftliches Potenzial. Sein Ausgangspunkt bildet die Strukturschwäche der ehemaligen DDR-Bundesländer: „Keine Region in Deutschland ist so ausgeblutet wie der Osten“ (31082015-TA). Er erstellt eine Prognose: „Die meisten der Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind eine Chance“ (ebd.). Seine Argumentation baut auf

dem Verständnis auf, Migration als „zentrales Instrument einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaftspolitik“ zu verstehen (Hess 2007: 51). Kurz darauf wird diese Möglichkeit jedoch zurückgenommen und weicht einem pessimistischeren Ton: „Doch machen wir uns nichts vor: Nur wenige werden auf Dauer bleiben. Einige kehren in ihre Heimat zurück – weil sie müssen oder weil sich die Lage dort gebessert hat“ (31082015-TA). Die Argumentation des Autors offenbart ein Dilemma: Er sieht Geflüchtete als Chance für den strukturschwachen Osten und erklärt gleich darauf, dass sie nicht bleiben werden – entweder aufgrund von Asylentscheidungen oder der genannten schlechten wirtschaftlichen Lage. Laut Christopher Butterwegge stecken hinter den Nutzenabwägungen bereits „nationalistische[...] und rassistische[...] Prämissen“ (2006: 205). Er charakterisiert diese als „standortnationalistische Argumentationsmuster“ (ebd., Herv.d.A.).

Die Argumentation in der *TLZ* bleibt ebenfalls im wirtschaftlichen Rahmen verankert, hier dient die Begründung einer Asylbefürwortenden Position. Philipp Naumann, Autor der *OTZ*, argumentiert, dass „reiche Nationen wie die Bundesrepublik [...] in Situationen nicht lamentieren [dürfen], sondern [...] handeln [müssen]“ (07092015b-TLZ). Die Argumentation baut auf dem Reichtum Deutschlands auf und wird sowohl mit dem Topos der Wirtschaftlichkeit als auch mit der Dringlichkeit und Verantwortlichkeit verschränkt. Neumann weiter: „Deutschland kann es sich leisten, fast eine Million Menschen aufzunehmen. Die Wirtschaft läuft rund, Staat und Sozialkassen verzeichnen Überschüsse“ (03092015-OTZ). Asyl wird von der Wirtschaft abhängig gemacht.

Deswegen folgt in seiner Argumentation die Beschreibung folgender Probleme: „Noch ist ja nicht einmal klar, wer da überhaupt kommt. Ausbildung und Qualifikationen werden nicht erfasst. Klar aber ist: Sprachkurse, Integrationskurse, Arbeitslosengeld – die Betreuung der Flüchtlinge wird hohe Kosten verursachen“ (03092015-OTZ). Zum einen werden die Kosten betont, die durch die Betreuung Geflüchteter entstehen. Zum anderen sieht Neumann eine Chance in den Geflüchteten für die Gesellschaft: „Flüchtlinge, die arbeiten, zahlen Steuern und Beiträge an die Sozialversicherung. Einer alternden Gesellschaft kann nichts Besseres passieren. [...] Dieser Ehrgeiz kann Energien freisetzen und Deutschland gut tun [sic!]“ (ebd.). Die Aufnahme Geflüchteter wird als demografischer Vorteil für die deutsche Gesellschaft eingestuft, stellt damit aber auch gleichzeitig eine Bedrohung dar: „Er [der Ehrgeiz der Geflüchteten] kann bei Deutschen aber auch das Gefühl erzeugen, abgehängt zu werden“ (ebd.). Hier wird möglicher Sozialneid als Bedrohung für den sozialen Frieden angeführt. Zygmunt Bauman spricht von „Misstrauen und Missgunst“ (2008: 71) als

Abgrenzungsmechanismen. Die Bedrohung der deutschen Bevölkerung besteht in dieser Argumentation in potentiell arbeitenden Geflüchteten. Unbeachtet bleiben dabei die Hürden, die Geflüchtete vor der Aufnahme von Erwerbstätigkeit in Deutschland erwarten. Ein schwieriger und vielschichtiger Prozess (vgl. u.a. anwalt.org) wird genutzt, um Ängste aufzubauen beziehungsweise kann bewirken, dass Vorurteile verfestigt werden. Die Verantwortung für die vermeintlich unsichere Situation in Deutschland wird den Geflüchteten zugeschrieben. Der Soziologe Jan Skrobanek hält in diesem Zusammenhang fest: „Ausländer sind ein prädestiniertes Objekt, da mit ihnen oftmals Bedrohungsängste, bezogen auf bestimmte knappe Güter (wie z.B. Arbeit) aktiviert werden“ (Skrobanek 2004: 363). Nützlichkeits- und Bedrohungsdiskurs stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander.

Nach den Anschlägen in Paris im November 2015 (16.11. - 22.11.2015)

In der zweiten Phase erschienen einige Kommentare, die eine direkte Verbindung von Flucht und Terror zogen. Es sind zwei Lager auszumachen. Die eine Position vertritt die Ansicht, dass es möglich sei, dass sich unter den Geflüchteten Terroristen befanden. Diese wird vor allem von der *SZ* und den Lokalzeitungen vertreten. Die andere Position bezieht Stellung für Geflüchtete und argumentiert gegen eine potenzielle Bedrohung durch Geflüchtete. Diese Perspektive wird von der *taz* eingenommen.

Die Verbindung zwischen Flucht und Terror evozierte der bayrische Finanzminister Markus Söder von der *Christlich-Sozialen Union (CSU)* mit einem Twitter-Tweet: „#ParisAttacks ändert alles. Wir dürfen keine illegale und unkontrollierte Zuwanderung zulassen“ (18112015-SZ). Daraufhin gab es eine breite Debatte über die Äußerungen Söders. Bundesinnenminister Thomas de Maizière von der *Christlich Demokratische Union (CDU)* warnte vor solchen Fehlschlüssen, auch *Die Grünen* und die *Sozialdemokratische Partei* kritisierten Markus Söder scharf (vgl. 15112015-MZ). Der bayrische Landesminister und Vorsitzende der *CSU*, Horst Seehofer, kam seinem Parteikollegen zu Hilfe: „Wir müssen uns umgehend wieder Klarheit verschaffen, wer in unser Land kommt, wer durch unser Land fährt und wer sich hier aufhält“ (vgl. ebd.). Söder legte noch einmal nach und kritisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie müsse zugeben, „dass die zeitlich unbefristete Öffnung der Grenzen ein Fehler war“ (16112015-Tagesspiegel). Daraufhin distanzierte sich Seehofer von Söder (vgl. ebd.). Trotz der Gegensprecher*innen war die Verbindung von Flucht und Terror geschaffen. In derselben Woche brachte Thomas de Maizière das „eilbedürftige“

Asylpaket II auf den Weg, welches unter anderem den Familiennachzug beschränken und Geflüchtete, die „mutmaßlich“ falsche Angaben gemacht oder Dokumente zerstört haben, in spezielle Einrichtungen unterbringen soll. Eilverfahren für Geflüchtete aus so genannten sicheren Herkunftsstaaten sollen zudem schnelle Abschiebungen ermöglichen (vgl. 18112015-FAZ, 19112015-Spiegel Online).

Diskurs der Bedrohung

Der Diskurs der Bedrohung tritt nach den Anschlägen von Paris verstärkt auf. Der mittlerweile verstorbene Autor der *Süddeutschen Zeitung*, Rudolph Chimelli, konstatiert etwa: „Dass sich unter den Hunderttausenden Flüchtlingen keine Agenten und Schläfer des IS befinden, will angesichts von dessen Organisationsvermögen außer deutschen Sicherheitsexperten kein Mensch in Europa behaupten“ (20112015a-SZ). „Diese Flüchtlinge“ seien nicht „immun gegen die Verlockungen des radikalen Islam“ (ebd.). Zum einen werden Flüchtlinge zu einer großen Masse („Hunderttausende“, „diese Flüchtlinge“) entindividualisiert, zum anderen wird ihnen kollektiv unterstellt, sie seien potenzielle IS-Anhänger*innen. Der Bedrohungsdiskurs wird verstärkt bedient und verdeutlicht die vermeintliche Gefahr: „Er [Recep T. Erdoğan] kann zumindest einen Teil der Flüchtlingsströme steuern, die derzeit Westeuropa erreichen“ (ebd.). Die Bedrohung durch potenziell gefährliche Geflüchtete muss gebannt werden, indem die „Flüchtlingsströme“ von Erdoğan aufgehalten werden. Fluchtursachen werden damit ausgeblendet. Im Fokus stehe jetzt die Sicherheit Europas, die durch Geflüchtete bedroht sei – so das Narrativ. Robert Roßmann, ebenfalls SZ, weist drauf hin, dass Merkels Gespräche mit dem türkischen Präsidenten dazu dienten „den Flüchtlingsstrom nach Deutschland zu unterbrechen. Die Kanzlerin der Willkommenskultur ist nur noch eine Fassade“ (22112015-SZ). Hier zeigt sich, wie Flucht und Terror miteinander verknüpft werden. Zu diesem Zeitpunkt stand die Tatsache fest, dass ein Terrorist als Geflüchteter aus Syrien über Deutschland nach Frankreich gereist war (vgl. 16112015-Spiegel Online). Die *taz*-Autorin Sabine am Orde hält dazu fest: „Die Menschen, die aus Syrien zu uns kommen, wollen keinen Terror, sie flüchten vor ihm. Sie sind Opfer, nicht Täter“ (16112015-taz). Die Flüchtenden werden durch die Bezeichnung „Menschen“ zu Individuen und nicht zu einer ungreifbaren Masse, wie das beispielsweise bei der Bezeichnung „die Flüchtlinge“ der Fall ist. Orde greift den Topos der internen Bedrohung auf: „Immer lauter werden die Stimmen, die vor den Flüchtlingen warnen. Wahlweise, weil es angeblich zu viele oder zu viele junge Männer sind oder sie

ohnehin nicht zu uns passen“ (ebd.). Dieses Zitat macht die komplexen Ablehnungsargumente deutlich. Sie urteilt: „Wer jetzt noch aus den Flüchtlingen potenzielle Terroristen macht, der zündelt“ (ebd.). Auch Konrad Litschko von der *taz* hält fest: „Der Fokus auf Flüchtlinge in dieser Debatte ist nicht nur missbräuchlich, er ist auch falsch. Denn die hiesige Terrorbedrohung ist in fast allen Fällen eine andere Herkunft: eine europäische“ (21112015-taz). Dennoch betont er die „Contenance“, welche die deutsche Regierung in der Zeit nach den Anschlägen von Paris bewahre, bezweifelt doch, dass diese „lange währt“ (ebd.). Seine Annahmen begründet er wie folgt: „Dass just diese Woche de Maizière eine Asylrechtsverschärfung auf den Weg brachte, lässt Ungutes befürchten“ (ebd.). Er geht auf den Sicherheitsdiskurs ein: „Die noch anhaltende Besonnenheit bietet die Chance, die Perspektive zu ändern – auf Orte, wo künftige Terroristen verhindert werden. Nur leider sieht es danach nicht aus. Grenzen werden kontrolliert, schwer bewaffnete Polizisten auf Patrouille geschickt – Repression. Es ist zu befürchten, dass nach dem Innehalten wieder nur der Ruf nach harten, schnellen Konsequenzen folgt. Im schlechtesten Fall in der Flüchtlingspolitik“ (ebd.).

Die *taz* nimmt damit eine wichtige Handlungsstrategie auf und entschlüsselt sie – Präventionsprogramme sind langfristig angelegte Projekte, deren Erfolge erst zukünftig sichtbar werden können. Die Abschottung und Dichtmachung der Grenzen ist eine scheinbar schnelle Lösung, die das Problem zwar nicht behebt, aber ein Gefühl von Sicherheit transportiert. Das Vorantreiben des neuen verschärften Asylgesetzes wirkt im Kontext der Terroranschläge von Paris als legitime und nötige Sicherheitsmaßnahme gegen die vermeintliche existentielle Bedrohung von Innen. Die vergleichsweise differenzierte Perspektive der *taz*-Autor*innen findet sich in den Lokalzeitungen nicht wieder. Der Bedrohungsdiskurs ist dominanter und der gewählte Ton wesentlich schärfer als bei *taz* und *SZ*. Axel Zacharias von der *TLZ* betont, dass „geschlossenes Handeln der zivilisierten Welt“ (16112015b-TLZ) wichtig sei; es müsse „Geschlossenheit demonstriert“ (ebd.) werden, denn „die Bedrohung auch für uns Deutsche ist gewachsen“ (ebd.). Die Gefahr sieht er vor allem in den „unkontrolliert einströmenden Flüchtlinge[n]“ (ebd.). Seine Lösung ist, dass „die Kontrolle über unsere Grenzen wiedererlangt werden [muss]“ (ebd.). Das Bild, das gezeichnet wird, ist die unkontrollierte Einreise, die durch die Kontrolle der Grenzen beendet werden muss – dabei ist Dringlichkeit gefragt. Die vermeintliche Gefahr wird auf ein bedrohliches Äußeres imaginiert. Die Konstruktion einer Identität, mit der die Konturen eines definierten Inneren und Äußeren geschärft werden, spielt eine wichtige Rolle. Grenzen haben demnach eine „ordnende Funktion“ (Schwell 2010: 92) und sind „basic markers of

identity“ (Anderson zit. n. ebd.: 95). Die Grenze dient somit zur Konstruktion kollektiver Identität und zum Schutz nach außen. Der Kulturanthropologe Orvar Löfgren definiert sie als „machtvolles Instrument der sozialen und kulturellen Organisation von Mobilität“ (Löfgren 2001: 76). Die existentielle Notwendigkeit der Überquerung von Grenzen für Flüchtende wird nicht thematisiert.

Die Identitätskonstruktion findet auf zwei Ebenen statt: auf der europäischen und auf der lokalen. Der Bezug zur EU drückt sich bei Axel Zacharias wie folgt aus: „Die Europäische Union muss wieder eine Wertegemeinschaft werden“ (16112015b-TLZ). Damit ist der Diskursstrang Teil der „diskursiven Konstruktion kollektiver Identität“ (Zuser 2008: 181) und konstituiert „soziale Ein- und Ausgrenzungsmechanismen“ (ebd.). Thüringen gehörte vormals zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR), dementsprechend funktioniert für den Autor der DDR-Bezug als Identitätskonstruktion und schafft eine imaginierte Gemeinschaft: „Es gibt keine bessere Gesellschaftsordnung [die Demokratie]. Das sollten gerade wir ehemaligen Bürger eines vermeintlich sozialistischen Staates wissen“ (ebd.). Die Bildung der kollektiven Identität funktioniert hier über die „Konstruktion einer symbolischen Grenze“ (ebd.).

Wolfgang Schütze geht so weit, die Bestrebungen von *PEGIDA* und der *Alternative für Deutschland* positiv hervorzuheben, wenn er argumentiert: „Auf der anderen Seite des Spektrums zucken Politiker mit den Schultern, wenn eine unbekannte Zahl von Ausländern durch Deutschland fährt – registriert, mit ungeklärter Identität“ (17112015-OTZ). Der Versuch eine Pauschalverurteilung zu kritisieren, gestaltet sich wie folgt: „Natürlich darf man Flüchtlinge nicht unter Generalverdacht stellen. Aber eben auch nicht unter Generalabsolution. Denn schon ein Terrorist reicht für viele Tote. Nicht alle Moslems sind Terroristen, ganz klar. Aber die meisten Terroristen sind Moslems“ (ebd.). Hier wird eine rassistische Annahme implizit ausgedrückt. Die verwendete Wortkonstellation erinnert stark an „Verleugnungsstrategien“, wie zum Beispiel: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber es sind zu viele“ (Jäger et al. 1993: 52). Margret und Siegfried Jäger benennen diese Art von Äußerung eine „Präsupposition“ (ebd.). Eine rassistische Einstellung drückt sich demnach dadurch aus, „daß eine Unterstellung [...] mitgedacht wird, eben daß man überhaupt davon ausgehen könnte, daß dies nicht der Fall wäre“ (ebd.).

Wolfgang Schütze konstruiert ein diffuses Bedrohungsszenario: „Wird nun ab morgen in Moscheen auf Deutsch gepredigt? Schaut der Staat weiter zu, wenn in Berlin-Neukölln libanesishe Großfamilien jetzt Drogen-Geld in Flüchtlingsheime investieren“ (17112015-

OTZ)? Die verwendete Rhetorik unkontrollierter Stadtteile, in denen Migrierte ungestört kriminellen Tätigkeiten nachgehen, bedient sich rechtspopulistischen Vokabulars. Der Topos der inneren Bedrohung findet darin Ausdruck und ergänzt das Narrativ der bedrohten deutschen Gesellschaft durch Geflüchtete. Die diffuse Gefahr der existenziellen Bedrohung wird den geflüchteten „Moslems“ zugeordnet. Tobias Schwarz beschreibt, dass „die Potentialität der Bedrohung durch das scheinbare Faktum der Gefahr ersetzt [wird]“ (Schwarz 2010: 182). Die Beschreibung libanesischer Großfamilien, die Geld aus Drogengeschäften in Unterkünfte für Flüchtende stecken, entbehrt jeglicher Fakten und dient lediglich zur Emotionalisierung der Debatte mittels der Konstruktion eines unbegründeten Bedrohungsszenarios. „Bereits die Annahme, eine Gefahr drohe (sei also potenziell denkbar), [schließt] die Infragestellung der Gefährdung [aus]“ (ebd.: 196).

Diskurs der Bevormundung

Jan-Henrik Wiebe hält in seinem Kommentar „Werte verteidigen“ (16112015a-TLZ) fest: „Kein Ausnahmezustand und keine Grenzkontrolle wird die Terroristen am Ende stoppen können, wenn sie sich etwas vorgenommen haben“ (ebd.). Sein Vorschlag für Präventionsmaßnahmen bezieht sich auf die ‚deutschen Werte‘, die von ihm nicht näher erklärt werden und vage bleiben: „Die Vermittlung *unserer* Werte an die ankommenden Flüchtlinge ist genauso wichtig wie die Vermittlung der Sprache. Sie müssen wissen: Für *uns* ist das Grundgesetz so wichtig wie für *sie* der Koran“ (ebd., Herv.M.W.). Zunächst werden alle Geflüchteten als muslimisch markiert. Die Heterogenität Geflüchteter wird auf eine gestaltlose, homogene Masse reduziert, während gleichzeitig ein imaginäres, homogenes ‚Wir‘ konstruiert wird. Das Grundgesetz setzt er dem Koran gleich und unterstellt Geflüchteten pauschal, dass sie dieses nicht respektieren würden. Damit leistet er einen Beitrag zur „gegenwärtigen Problematisierung des Islams“ (Hess 2015: 53) und der „Religiösisierung der Einwanderungsthematik“ (ebd.: 53 f.), die in einem antimuslimischen Rassismus mündet (vgl. ebd.). Das Grundgesetz dient dabei als wichtiges Mittel zur Konstituierung der Nation. Die Migrationsforscherin Claudia Zuser hält dazu fest: „Die kollektive emotionale Bindung an das selbsterschaffene Produkt Nation, gepaart mit differenzierenden Diskursen über das Innen und Außen, führt zu einer Homogenisierung und Abgrenzung nach Außen“ (Zuser 2008: 183). Diese innere Homogenisierung („Unsere Werte verteidigen“) bewirkt „Solidarität, Sicherheit und Ordnung in einer Gruppe“ (ebd.).

Die Verwendung der Begrifflichkeit „unsere Werte“ beinhaltet einen ethnozentristischen Blick. Die Höherbewertung der ‚eigenen‘ Werte dient dabei als „Bezugssystem für die Beurteilung der anderen Gruppe“ (Fuchs et al. 1973: 186) und schafft somit den Rahmen für Hierarchisierungen. Diese äußern sich in der Aufwertung der ‚eigenen‘ und Abwertung der ‚fremden‘ Gruppe und führen damit zur Versicherung der Zugehörigkeit des erlebten ‚Wir‘. Der Anthropologe Melville J. Herskovits hält fest, dass Ethnozentrismus dann problematisch wird, wenn „[er] für vernunftmäßig erklärt und zur Basis von Handlungsprogrammen gemacht wird, die dem Wohlergehen anderer Völker abträglich sind [...]“ (zit. n. Sonderegger 2008: 20). Diese Form kann leicht zu Rassismus führen und Ungleichheiten naturalisieren.

Die Kölner Silvesternacht von 2016 (05.01. - 12.01.2016)

Die Silvesternacht in Köln stellt einen Einschnitt in der öffentlichen Berichterstattung und der Wahrnehmung Geflüchteter dar. Mit der Debatte um die Kölner Silvesternacht 2015/2016 kommt es zu einem „diskursiven Umschwung“ (Schwarz 2010: 181) beziehungsweise „Diskursbruch“ (Matouschek et al. 1995: 67). Bei den Terroranschlägen von Paris war nur eine Person beteiligt, die über die Fluchtroute nach Paris gereist war. Die Ausgangslage änderte sich in Köln. Unter den ermittelten Tätern von Köln befanden sich Personen mit Asylstatus. Zudem geschahen die Ereignisse diesmal direkt in Deutschland. Das Bild, welches im dritten Zeitraum repräsentiert wird, knüpft an vorherige mediale Diskussionen zu ‚Ehrenmord‘, Zwangsheirat, so genannten Kopftuchdebatten et cetera an und bedient sich dabei eines „rassifizierenden Narrativs“ (Erdem 2009: 190). Sabine Hess hält fest, dass erst die „Täterkonstellation“ (vgl. Buschek 2016, Radiointerview mit Sabine Hess) zu einer Skandalisierung der Ereignisse führte. Die sexualisierte Gewalt wurde ethnisiert und anhand der Herkunft und des Asylstatus der Täter gemessen (vgl. ebd.).

In der Kölner Silvesternacht kam es vor dem Dom und dem Bahnhofsvorplatz zu zahlreichen Übergriffen auf Frauen*. Am zweiten und dritten Jänner 2016 erschienen erste Artikel zu den Geschehnissen, unter anderem von der *Aachener Zeitung*, dem *Kölner Stadt-Anzeiger*, *WELT* und *BILD*. Außer von *BILD* erfolgten die Berichte ohne Nennung der Herkunft der Täter (vgl. 02012016-Aachener Zeitung; 03012016-Ksta; 03012015-WELT; 03012016-BILD). Bereits einen Tag später, am 04.01.2016, wurde medial auf die vermutliche Herkunft der Täter eingegangen. In der überwiegenden Zahl der Artikel wurde die Kölner Polizei zitiert (vgl. u.a. 04012016-Ksta; 04012016-FAZ; 04012016-Spiegel Online). Es handele

sich nach Polizeipräsident Wolfgang Albers um „Straftaten einer neuen Dimension“ (04012016-Ksta). Arnold Pickert, Vorsitzender der *Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen* fordert: „Wenn Frauen sexuell belästigt werden, ist das ein massiver Eingriff in ihre Grundrechte. Das ist nicht hinnehmbar. Deshalb darf bei der Aufklärung der Übergriffe nichts verschwiegen werden, auch wenn das zu Ergebnissen führen sollte, die politisch unangenehm sind“ (ebd.). Auch Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker verurteilte die Geschehnisse: „Wir können nicht tolerieren, dass hier ein rechtsfreier Raum entsteht“ (04012016-dw). Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (*SPD*) kritisierte die sexualisierten Übergriffe auf Frauen* scharf und markiert die Tätergruppe: „Wir nehmen es nicht hin, dass sich nordafrikanische Männergruppen organisieren, um wehrlose Frauen mit dreisten sexuellen Attacken zu erniedrigen“ (ebd.). Der Diskurs fokussierte sich schon früh auf Geflüchtete und ihr vermeintlich deviantes Verhalten. An dieser Stelle sei anzumerken, dass „in dieser Debatte nicht nur Kenntnisse über das tatsächliche Geschehen und seine Hintergründe [fehlen], sondern [...] auch große Unterschiede bezüglich der Rechtslage [existieren]“ (Lembke 2016). Insbesondere in Hinblick auf die Konzentration auf ein strenge juristische Ahndung wird dies tragend.

Bedrohungsdiskurs

Die Darstellung von Bedrohung und die daraus resultierende Angst finden einen außerordentlichen Ausdruck im Diskurs. In der *SZ* sind zahlreiche Beispiele vorhanden. „Klein- und Diebesbanden“ seien, so Heribert Prantl, „in enthemmter Atmosphäre exzessiv geworden“ (06012016c-SZ). Die Beschreibung bezieht sich zwar nicht direkt auf Geflüchtete, der Rahmen wird jedoch klargestellt: „Sollten es auch Flüchtlinge gewesen sein, die in der Silvesternacht auf unerträgliche Weise kriminell geworden sind, droht die Abschiebung“ (ebd.). Der Kommentar „Ein robustes Nein“ (ebd.) basiert auf der hypothetischen Annahme, dass unter den Tätern Geflüchtete gewesen seien. Bestätigungen zur Täterschaft gab es zu dem Zeitpunkt noch nicht. Dennoch wird die Hypothese als Faktizität dargestellt. Eine Zwischenüberschrift stellt fest: „Es geht um den inneren Frieden“ (ebd.). Die Gefahr wird als importiertes Problem festgesetzt und stellt eine existentielle Bedrohung für die Bundesrepublik und die deutsche Gesellschaft dar. Dies kann bereits als Teil des Rechtfertigungsdiskurses der Ablehnung (Matouschek et al. 1995: 67) verstanden werden. Bedrohung und Ablehnung bestärken sich gegenseitig. Es handele sich, laut Prantl, um einen „katastrophalen Jahresauftakt“ (ebd.). Mathias Dobrinski findet einige Tage später

ähnliche Worte, um die Ereignisse drastisch zu beschreiben: „Nach der furchtbaren Silvesternacht von Köln ist eine furchtbare Wirrnis über die öffentliche Debatte in Deutschland gekommen [...] und ein Gift, das einem schon den Magen verderben kann. Ja: Die sexuelle Gewalt gegen Frauen, verübt vor allem von jungen Männern aus Nordafrika, hat alles, um Zorn zu wecken und Unsicherheit zu verbreiten“ (12012016b-SZ). Dietze markiert das Ereignis als „ein passendes Signal, die ‚Flüchtlingsfrage‘ als ethnisiert sexistisches Problem sexualpolitisch zu fassen“ (Dietze 2016a: 95). Als Ursache wird die „problematische Männlichkeit“ (Spindler 2014: 133) nichtdeutscher Jugendlicher als „gewaltausübendes Subjekt“ (ebd.) identifiziert. Auffallend ist, dass vor allem männliche Journalisten eindrücklich und sehr bildhaft die Geschehnisse beschreiben. Margret Jäger hat diese „männliche‘ Diskursposition“ (Jäger 1999) bereits Ende der 1990er beschrieben: „Vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der sie ihre männliche Perspektive zur allgemeinen Norm machen, ist hier auffallend“ (ebd.). So konstatiert Dobrinski: „Der öffentliche Raum war über Stunden hinweg ein Raum der Gewalt, die Taten waren so nah, die Täter so fremd, so vieles ist bis jetzt ungeklärt“ (12012016b-SZ). Die Beschreibung knüpft an eine lange Tradition des Diskurses über so genannte ‚Ausländerkriminalität‘, wie sie Anfang der 1990er Jahre medial breit diskutiert wurde. Das deviante Verhalten der ‚Anderen‘ sei ‚uns‘ fremd und müsse ertragen werden (vgl. Schwarz 2010: 149).

Ebenfalls eindringliche Beschreibungen finden sich in der OTZ. Matthias Iken warnt vor „wildgewordenen Männerhorden“ (06012016-OTZ). Der animalische Vergleich zeugt von einem moralischen Überlegenheitsgefühl der vermeintlich zivilisierten Welt gegenüber angeblich rückständigen Gruppen (wie etwa ‚die Muslime‘, ‚die Nordafrikaner‘ etc.). Die Täter werden klar klassifiziert und rasche Reaktionen als dringlich angesehen: „Die ungeheuerliche Eskalation der Gewalt gegen Frauen in Köln und Hamburg durch offensichtlich ausländische Täter zwingt die Politik zum Handeln“ (ebd.). Die Übergriffe werden als „massive Kriminalität“ (ebd.) und „Gewaltexzesse“ (ebd.) beschrieben. Die Kulturwissenschaftlerin Gabriele Dietze beschreibt die Reaktion auf die Kölner Ereignisse als „paradigmatisch besetzte moralische Panik“ (Dietze 2016), die in den vorangegangenen Zitaten exemplarisch Ausdruck findet.

In den Kommentaren wird die deutsche Gesellschaft oft als Opfer gewalttätiger Geflüchteter repräsentiert. Prantl hält fest: „Es [das Asylrecht] verlangt nicht, dass sich der aufnehmende Staat und die aufnehmende Gesellschaft malträtieren lassen muss“ (06012016c-SZ). In einem weiteren Kommentar drückt er sich deutlicher aus: „Es gibt keinen Abschiebeschutz

für massiv kriminelle Flüchtlinge. Deutschland muss sich von ihnen weder auf der Nase herumtanzen noch an die Geschlechtsteile fassen lassen“ (08012016-SZ). Die Übergriffe auf Frauen* verallgemeinert er als Übergriffe auf die gesamte Gesellschaft und relativiert damit die Gewalterfahrungen, die weibliche Besucherinnen* der Kölner Silvesterveranstaltung gemacht haben. Die Gewalt wird somit als importiertes Problem präsentiert und nicht als patriarchale, sexistische Grundstruktur der gesamten Gesellschaft. Sexualisierte Gewalt wird externalisiert und als nichtdeutsches Problem markiert. Die vorgenommene Trennung zwischen „Deutschland“ und „ihnen“ verdeutlicht das Argumentationsmuster. Ich führe hier den Begriff des „Ethnosexismus“ (Dietze 2016) ein, den Gabriele Dietze als einen „sexualisierten Rassismus“ (ebd.) beschreibt. Ethnosexismus umschreibt eine „Kulturalisierung von Geschlecht, die ethnisch markierte Menschen aufgrund ihrer angeblich besonderen, problematischen oder ‚rückständigen‘ Sexualität oder Sozialordnung diskriminiert“ (ebd.: 4). Dietze versteht Ethnosexismus konkret auf Köln bezogen als eine „sexualpolitisch argumentierende Abwehr von Migrant_innen und Flüchtenden“ (ebd.). Prantl verharmlost die Übergriffe auf Frauen* und instrumentalisiert sie gleichzeitig als „ethnosexistische Elemente weiblicher Gefährdungsnarrative“ (Dietze 2016b: 8), um die Gefahrenabwehr zu legitimieren. Es geht nicht um die sexualisierten Übergriffe an sich, sondern um die Abwertung Geflüchteter und das Kategorisieren des Problems als etwas Fremdes und Importiertes. „Sexismuskritik an muslimischen Geschlechterordnungen wird dabei kaum als Rassismus wahrgenommen, weil sie sich mit einer positiv besetzten Norm der westlichen konnotierten sexuellen Freiheit verbindet“ (Dietze 2016a: 95) und dadurch so wirkungsvoll wird.

Egbert Nießler von der OTZ stellt einen Nexus zwischen Geflüchteten und dem Erstarken des Rechtsextremismus her: „Der Rechtsfrieden ist gestört durch rechte Schläger und Ausländerhasser, die nicht erst seit dieser Woche Unterkünfte anzünden und wahllos Menschen angreifen“ (ebd.). Für schuldig erklärt er Geflüchtete, die sich der „allgemeinen Akzeptanz von Gesetzen und Regeln“ (ebd.) verweigern. Heribert Prantl kommt zu einem ähnlichen Schluss: „Es ist dies auch deswegen eine Katastrophe, weil die Silvester-Massenkriminalität für rechtsextremistische Hetze missbraucht wird, weil viele Pegidisten sich nun stolz in die Brust werfen und sich in ihrem Hass gegen Flüchtlinge bestätigt fühlen“ (ebd.). Das deviante Verhalten der ‚Anderen‘ führe damit „automatisch zu Rassismus“ (Schwarz 2010: 243), sei quasi selbstverschuldet und führe zur Ablehnung der Mehrheitsbevölkerung (vgl. ebd.). Daran anschließend hält Prantl in seinem Kommentar „Unschuldige dürfen nicht für Köln büßen“ (10012016-SZ) fest: „Den besoffenen Machos

der Silvesternacht darf man, nach allem, was sie angerichtet haben, nicht auch noch die Kraft geben, die Genfer Flüchtlingskonvention und die besten humanitären Traditionen der Nachkriegsgeschichte auszuhebeln“ (ebd.). Prantl stellt das deutsche Asylrecht als hervorragend dar und benutzt zur Verstärkung seiner Behauptung den Topos der Humanität. Eine kritische Betrachtung des deutschen Asylrechts findet nicht statt – kam es doch bereits 1993 mit der Schaffung der so genannten Drittstaatenlösung zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (vgl. Schalkowski et al. 2009, Bade 2015, Espahangizi et al. 2016).

Dem ‚kriminellen Flüchtling‘, der mit seinem devianten Verhalten die deutsche Gesellschaft bedroht, wird die hilfsbereite Zivilgesellschaft gegenübergestellt. Diese habe laut Prantl „nach Silvester keinen Grund, kleinlaut zu werden. Ihre Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge ist und bleibt großartig, sie wird nicht bemakelt von den Kölner Straftaten“ (10012016-SZ). Matthias Iken schreibt in der *OTZ*: „Sie [die Täter] vermögen in wenigen Stunden mehr zu zerstören, als Hunderttausende mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit zugunsten von Flüchtlingen aufgebaut haben“ (06012016-OTZ). Die konstruierte Bild ist deutlich: die deutsche Bevölkerung ist hilfsbereit und rechtstreu und wird dem Geflüchteten, der sich nicht der hegemonialen Norm entsprechend verhält, gegenübergestellt. „Der männliche muslimische Geflüchtete/Migrant ist in ein Machtsystem eingefügt, das ihn als sexualpolitisch problematisch subjektiviert“ (Dietze 2016: 12) und als deviant markiert. Diese Polarisierung findet sich auch in der *OTZ* wieder. Egbert Nießler fordert im moralisierenden Ton, dass Geflüchtete „eigentlich auch für ihre Aufnahme dankbar sein sollten“ (12012016-OTZ) und „die Gesetze ihres Gastlandes zu akzeptieren haben“ (ebd.).

Mit dem abweichenden Verhalten bedrohen Geflüchtete die „innere Ordnung“. Nico Fried fragt: „Schafft es der Staat für Ordnung zu sorgen“ (06012016b-SZ)? „Nervosität bestimmt die politische Lage in Deutschland, der Zuzug von Flüchtlingen und seine vielschichtigen Folgen fordern die Gesellschaft“ (ebd.). Er konstatiert „die Unsicherheit, dass der Staat eine Situation nicht mehr beherrscht“ und dessen „Überforderung“ (ebd.). Der Topos der inneren Sicherheit findet Ausdruck und wird direkt mit der Fluchtbewegung verschränkt. Nießler sieht den „sozialen Frieden“ (12012016-OTZ) bedroht und Prantl hält fest: „Die jungen Männer, die nach Deutschland kommen, müssen so schnell wie möglich arbeiten. [...] Es geht um den inneren Frieden. Er wird gefährdet von Exzessen auf der Domplatte und von den Exzessen im Internet, die eine brandgefährliche Atmosphäre schaffen“ (06012016c-SZ). Der „innerer Frieden“ ist ein schwammiger Begriff, der keine weitere Erläuterung bekommt. Junge männliche Geflüchtete werden generalisiert. Arbeitsleistung wird als Integration

verstanden, die „so schnell wie möglich“ (ebd.) stattfinden muss. Die Bedrohung der inneren Sicherheit und der Topos der Dringlichkeit werden zu einem Argumentationsschema verschränkt.

Parallel zur Bedrohung der Sicherheit sei auch die Freiheit bedroht. Prantl dazu: „Die Freiheit in diesem Land ist keine Narrenfreiheit. [...] Das steht am Anfang von Integration“ (10012016-SZ). Es ging demnach „nicht nur darum, dass deutsche weiße Frauen und Mädchen Objekte von Angriffen sexualisierter Gewalt werden können, sondern auch darum, dass ihnen das geschieht, während sie angstfrei im öffentlichen Raum ihre Freiheit manifestieren, [...] während sie *unsere* Emanzipation verkörperten“ (Dietze 2016a: 96, Herv.d.A.). „Unsere Freiheit“, welche keiner genauen Definition bedarf, wird dem ‚unzivilisierten‘ Verhalten der ‚Anderen‘ gegenübergestellt und bildet damit eine „Figuration [...] gegen die sich diffuses Unbehagen mobilisieren kann“ (ebd.). Wie bereits erwähnt führte erst die Täterkonstellation zu einer Skandalisierung der Ereignisse. Die „wirklichkeitsschaffende Machtwirkung“ wurde bloß durch die „prozessierten Wissensordnungen“ (Bührmann et al. 2008: 28 f.) möglich. Damit knüpft der Diskurs an bereits diskursiv tradierte Vorstellungen muslimischer Sexualpolitiken an.

Im Detail – Kommentare weiterer Thematiken

In der dritten Phase erschienen hauptsächlich Kommentare mit direkten Bezug auf die Kölner Silvesternacht. Dennoch gibt es einige Artikel, die das Thema Geflüchtete in anderen Zusammenhängen aufgreifen. Ich möchte an dieser Stelle einige Auszüge aus Kommentaren erläutern, um zu verdeutlichen, dass der eben beschriebene Diskurs der Bedrohung auch in anderen Kommentaren fortgesetzt wird. Tobias Knobloch von der *taz* hält fest, dass „nach wie vor [...] täglich Tausende Flüchtlinge in Deutschland an[kommen]“ (05012016b-taz) und, dass „deshalb [...] zurzeit gar niemand wissen [kann], wie viele Geflüchtete im Land sind und wo sie sich aufhalten“ (ebd.). Sein Kommentar befasst sich mit der Verbesserung von IT-Systemen zur Registrierung und administrativen Verwaltung von Geflüchteten.

Der Topos der Bedrohung wird verknüpft mit dem Topos des Versagens der Politik. Die politische Lage in der Bundesrepublik sei durch „Nervosität“ (06012016b-SZ) bestimmt, demonstriert werde „nicht die Stärke des Staates, sondern seine Überforderung“ (ebd.). Gereon Asmuth erklärt in einem Kommentar in der *taz* die chaotischen Zustände am so genannten *Lageso* (*Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin*), wo täglich hunderte

Geflüchtete vor dem Gebäude warten, die entweder bereits einen Asylantrag gestellt haben oder einen stellen wollen, als „Symbol für das Versagen deutscher Flüchtlingspolitik“ (05012016a-taz). Der Artikel befasst sich mit den Zuständen mit denen Flüchtende zurechtkommen müssen. Verantwortlich dafür wird unter anderem der Berliner Sozialsenator Mario Czaja gemacht. Die politische Situation und die Konsequenzen für die Große Koalition in Berlin werden vom Verfasser als Grund für das Nicht-Handeln genannt.

Matthias Benkenstein markiert die so genannte ‚Flüchtlingskrise‘ als „größte Krise seit Jahrzehnten“ (06012016-TLZ) und sieht nur eine Möglichkeit: „Deutschland muss wieder Kontrolle über seinen Zuzug bekommen“ (ebd.). Die Lage wird als sehr bedrohlich und beängstigend geschildert und ergänzt das Bild, welches in den Kommentaren zu Köln repräsentiert wird.

Axel Zacharias von der *TLZ* konstatiert, dass „der Druck durch Migranten auf Deutschland noch anwachsen wird“ (05012016-TLZ). Die einreisenden Flüchtenden werden zum Problem für die Situation Deutschlands und der Europäischen Union erklärt. Maßgeblich misst er dies an der Situation des Schengen-Abkommens:

„Schengen stirbt derweil einen langsamen, aber sicheren Tod. Der Europäischen Union brechen die Grundpfeiler ihres Selbstverständnisses weg. Es lebe der Schlagbaum! Wenn die Kommission jetzt nicht handelt, macht sie sich mehr und mehr überflüssig. Aus lauter Angst vor dem Scheitern nichts zu tun, führt jedenfalls ziemlich sicher ins Aus“ (ebd.).

Der Autor entwickelt ein Krisenszenario, für welches das drohende Scheitern des Abkommens imaginiert wird. Nach Bernd Kasperek und Vassilis Tsianos beweist das Schengener System „eine Kontinuität der Inszenierung von Krisen“ (ebd.), welches als „wirksames Mittel [dient], mit dem Politik gemacht wird“ (ebd.). Durch den „vermeintlichen Kollaps der Kontrolle und der Souveränität“ (ebd.) wird die Migrationsabwehr legitimiert. Das Schengen-Abkommen wird vermenschlicht und dadurch bildhaft erlebbar. Der Schengen-Raum dient als „Gebäude-Metapher“, der als „europäischer Innenraum und als europäisches Wir“ (Zuser 2008: 193) verstanden werden kann. Schengen als „Grundpfeiler des europäischen Selbstverständnisses“ (ebd.) symbolisiert einen gemeinsamen Raum der Freizügigkeit, der nicht-europäischen Menschen nicht offensteht und sogar durch diese bedroht wird. Der Topos Dringlichkeit und hier auch die Notwendigkeit des politischen Handelns kommen zum Ausdruck: „Wenn die Kommission jetzt nicht handelt [...]“. Zacharias verweist auf die Tatsache, dass eine gesamteuropäische Lösung gefunden werden müsse. Diese sieht er in der Quotenregelung, die jedoch nicht alle europäischen Staaten

unterstützen: „Die Quotenregelung ist außer in Deutschland in ganz Europa ebenso unpopulär, wie sie aber die einzige Möglichkeit ist, die Lage zu entschärfen. Verweigererstaaten müssen wieder auf Europa eingeschworen werden – nicht von Berlin, aber von Brüssel. Denn Europa steht auf dem Spiel“ (05012016-TLZ). Der rationale Klärungsvorschlag der deutschen Regierung, werde von „Verweigererstaaten“ nicht angenommen. Sein Argumentationsmuster folgt dem Ziel einer geordneten, regulierten Migrationsbewegung (vgl. Hess 2007: 51).

Lösungsstrategien

In den Kommentaren wird neben dem Topos des Versagens der Politik die Handlungskompetenz der Bundesrepublik betont. Die „schnelle Aufklärung“ sei „notwendig“, um „klare Fakten zu setzen“ (06012016c-SZ) – so Heribert Prantl in der *SZ*. In einem anderen Kommentar stellt er fest: „Flüchtlingsdelikte müssen binnen wenigen Wochen abgeurteilt sein. Darauf muss sich die Strafjustiz organisatorisch einstellen, die Verwaltungsjustiz auch“ (10012016-SZ). Das Durchgreifen der Autorität markiert er als essenziell: „Der Rechtsstaat muss zeigen, was er ist und was er kann“ (ebd.). Die Argumentation zielt auf „einen Einsatz des Rechtsapparates des Migrationsregimes zur Bestrafung und Abschreckung gewalttätiger Migranten“ (Erdem 2009: 189). Esra Erdem nennt dies in Anlehnung an die US-amerikanische Wissenschaftlerin Wendy Brown eine „Politik des Ressentiments“ (ebd.). Diese unterstütze die „Festschreibung der rassifizierten Hierarchie“ (ebd.: 195) und bewirke, nach Manuela Bojadzjev, „dass die Gesetze unterschiedliche Kategorien von Ausländern erst konstruieren, differenzieren und hierarchisieren und damit ein System von Bevölkerungsgruppen etablieren, die unterschiedliche staatliche Maßnahmen erfahren“ (Bojadzjev 2008: 146). Ich möchte betonen, dass es sich um eine Unterscheidung von Deutschen und Nichtdeutschen handelt.⁵ Nichtdeutsche erfahren eine differenzierte Behandlung. Diese wird in folgenden Handlungsstrategien deutlich. Abschiebedrohungen und Integrationsmaßnahmen betreffen nur Migrierte.

⁵ Wobei hier Hierarchisierungen innerhalb der Gruppe der ‚Nichtdeutschen‘ nicht verschwiegen werden sollen. Z.B. zwischen EWR-Bürger*innen und Migrierten aus den Balkanstaaten oder afrikanischen Ländern etc.

Diskurs der Abschiebung

Eine scheinbar logische Konsequenz für Verhalten, welches nicht der hegemonialen Norm entspricht, wird im Komplex der Abschiebung repräsentiert. Die Forderungen nach Abschiebung devianter Geflüchteter sind keine neue Entwicklung. Vielmehr ist dieser Diskurs eine Fortführung und Anknüpfung an vorherige Diskurse, wie sie unter anderem Tobias Schwarz in seiner Publikation „Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktion im deutschen Ausweisungsdiskurs“ (2010) umfassend beschrieben hat. Im Ereignis von Köln spezifiziert sich der Diskurs in einem „Belästigungs-Ausweisungs-Komplex“ (Dietze 2016a: 98), in der „Figuration weißen männlichen Schutzes“ (ebd.). Bedroht ist die „körperliche und sexuelle Integrität“ (ebd.) der weißen Frau. Nötig ist demnach ihr Schutz.

Die Argumentationsmuster beziehen sich auf die „rechtlichen Instrumente eines restriktiven Migrationsregimes“ (Erdem 2009: 191). Matthias Iken von der OTZ fordert, dass „der Rechtsstaat [...] hart gegen Straftäter von Köln vorgehen [muss] – im Interesse aller“ (06012016-OTZ). Die Juristin Ulrike Lembke verweist auf den Umstand, dass selbst bei erwiesener Tat „nicht jeder sexuelle Übergriff im öffentlichen Raum eine Straftat [ist]“ (Lembke 2016). Die Forderungen nach harten Strafen gründen sich demnach nicht auf rechtlichen Grundlagen. Diese können einerseits aus der Unwissenheit des Autors resultieren oder andererseits zum bewussten Aufheizen der Debatte dienen.

Heribert Prantl erklärt in Bezug auf die Übergriffe auf Frauen* am Kölner Hauptbahnhof: „Es gibt aber auch eine klare Antwort – und die steht schon im Gesetz. Sie steht im Strafgesetzbuch, sie steht im Aufenthaltsgesetz und sie steht im Asylgesetz: Sollten es auch Flüchtlinge gewesen sein, die in der Silvesternacht auf unerträgliche Weise kriminell geworden sind, droht die Abschiebung“ (06012016c-SZ). Prantl betont die „bereits verfügbare Verbindung zwischen Strafrecht und Aufenthaltsrecht [...], wonach Nichtdeutsche bei schweren Straftaten ausgewiesen werden können (AufenthG §53 und §54) [...]“ (Erdem 2009: 189). Bürger*innenrechte sind demnach „kein kollektives Grundrecht“ (ebd.: 195). Der Aufenthalt Nichtdeutscher, im Speziellen Geflüchteter, ist als prekär zu beschreiben; diese Prekarisierung kann dazu dienen „als legitimes Instrument zur Disziplinierung“ (ebd.: 195 f.) benutzt zu werden. Die prekären Lebensumstände bestehen aus der ständigen Drohung einer Ausweisung bei nicht norm- und regelgerechten Verhalten.

Prantl bedient sich trotz seiner juristischen Argumentation einer zusätzlichen moralisierenden Begründung: „Das ist keine Schärfe des deutschen Asylrechts, sondern eine Selbstverständlichkeit“ (ebd.). Der Bezug zur hegemonialen Normativität betont das vermeintlich abweichende Verhalten Geflüchteter und grenzt sie damit kollektiv von der Mehrheitsgesellschaft ab. Die Unterscheidung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Personen mit dem Status ‚Flüchtling‘ wird gefestigt: „Wer im Gastland auf massive Weise kriminell wird, entzieht sich selbst den Schutz des Gastlandes; Abschiebung ist die Folge“ (06012016c-SZ). Geflüchtete sind quasi selbst schuld, wenn sie abgeschoben werden – so das aufgebaute Narrativ. Die Benutzung des Topos des Gastlandes beziehungsweise Gastrechts verdeutlicht die Beziehung zwischen ‚Wir‘ und den ‚Anderen‘ und dient als „Markierung von Differenz“ (Schwarz 2010: 155): „Ein Gast bleibt nur vorübergehend, ist vom Gastgeber eingeladen, hat sich (wie ein Gast) zu benehmen und genießt nicht dieselben Rechte wie ein Einheimischer“ (ebd.: 153). Wird der Gast kriminell, verwirkt er selbst den „Wille des Gastgebers“ (ebd.). Die Erlaubnis zum Aufenthalt ist „keine wirkliche Berechtigung [...], sondern [erwächst] lediglich dem Gaststatus“ (Schwarz 2010: 156).

Der deutsche Staat müsse, laut Prantl, in der Lage sein, „Ausweisung und Abschiebung so zu handhaben, dass Menschen, die Schutz brauchen, ihn erhalten; dass ihn diejenigen, die ihn nicht brauchen, nicht erhalten; und dass er denjenigen, die ihn missbraucht haben, entzogen wird“ (10012016-SZ). Prantl knüpft hier an den Diskurs an, ‚echte‘ Flüchtlinge von irregulären Migrant*innen zu unterscheiden. Die hegemoniale Autorität legt fest, wer eines Schutzes bedarf und wer nicht. Dabei handelt es sich um ein „Selektionsprinzip“ (Hess 2007: 50), um herauszufiltern, wer den „etablierten Migrationskategorien“ (ebd.) entspricht.

Klaus Hillenbrand, leitender Redakteur der *taz*, kritisiert die Abschiebeforderungen aus weiten Teilen der Politik – doch nicht als Kritik an der Abschiebung an sich, sondern aufgrund der schwierigen Umsetzbarkeit: „Was Abschiebungen betrifft, ist der Politik durchaus bekannt, dass dies einfach zu fordern, aber schwer umzusetzen ist. Sei es, dass die Person in der Heimat mit dem Leben bedroht wird oder das Heimatland nicht mit deutschen Behörden kooperieren möchte“ (08012016a-taz). Er kategorisiert die Täter als „ganz offenbar nichtdeutscher Herkunft“ (ebd.), benennt sie allerdings nicht als Geflüchtete.

Integration als Lösung

Als Reaktion auf die Übergriffe werden Abschiebungen als konkretes Mittel der Sanktion diskutiert und dominieren den Diskurs. Neben dem Diskurs der Abschiebung wird als Präventivmaßnahme die Integration Geflüchteter debattiert. In Deutschland sind seit 2005 Migrations- und Integrationspolitik untrennbar miteinander verbunden. Das Ausländergesetz wurde zum ‚Aufenthaltsgesetz‘ umbenannt und dient seitdem als „offizielles Konzept der politischen Steuerung von Minderheiten“ (Ronneberger 2009: 142). Ronneberger charakterisiert diesen Schritt als Prozess der Absicherung von „Homogenitätsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft“ (ebd.) und nicht als Ausbau der Rechte Migrierter.

Integrationsargumente finden sich im dritten Untersuchungsraum lediglich in der *Süddeutschen Zeitung* wieder. Prantl hält nach den Taten fest: „Integrationspolitik wird es künftig noch schwerer haben. Sie muss trotzdem und gerade deswegen mit aller Kraft intensiviert werden; das ist die politische Antwort auf die Ausschreitungen“ (06012016c-SZ). Als Integration versteht er das Erbringen von Leistungen, denn „Arbeit sozialisiert“ (ebd.) – so sein Credo. Integration stellt sich als normativer Prozess dar, der ethnozentristische Elemente aufweist. Das Gelingen der Eingliederung beruht auf der Anpassungsleistung der Zugereisten. Die eigenen Verhältnisse werden dabei als statisch verstanden und können nur aufrechterhalten werden, wenn Geflüchtete dazu *gebracht werden* (Integrationspolitik muss intensiviert werden; politische Antwort auf die Ausschreitungen) sich zu integrieren. Die bisherige Integration beschreibt Prantl als quasi-gescheitert und unwirksam. Die Versäumnisse der Vergangenheit in Bezug auf Integration sieht Nico Fried als kritischen Vorboten für die Integration Geflüchteter. Er bezweifelt, dass „mit einer Million Flüchtlingen nun besser läuft, was bei viel geringeren Zahlen schiefgegangen ist“ (06012016b-SZ).

Im Detail – ‚Ghetto‘-Diskurs

Der Diskurs der Integration setzt sich aus komplexen Argumentationsmustern zusammen. Eine Verknüpfung, die politisch und medial oft herangezogen wird, ist die Charakterisierung von speziellen Stadtteilen als „Problemquartiere“, meist verbunden mit dem vermeintlichen Entstehen „unkontrollierter Parallelgesellschaften“ (Ronneberger 2009: 137), als Bedrohung für die innere Sicherheit. Stadtviertel, oft bezeichnet als ‚Brennpunkte‘ oder ‚Problemzonen‘, werden als „abweichend von der Dominanzgesellschaft dargestellt“ (Yildiz

2009: 154). Sie können nach Michel Foucault als „Abweichungsheterotopien“ (Foucault 1967: 322) verstanden werden. Damit meint Foucault „Orte, an denen man Menschen unterbringt, deren Verhalten vom Durchschnitt oder von der geforderten Norm abweicht“ (ebd.). Der Fokus liegt hier insbesondere am abweichenden Verhalten, welches nicht den hegemonialen Vorstellungen entspricht.

Die Akteur*innen vor Ort „werden systematisch ausgeblendet oder ihre spezifischen Ausprägungen als desintegrative Momente abgewertet“ (ebd.: 154). Grund für diese Wahrnehmung ist der „gesellschaftliche Konsens darüber, dass sich die Eingewanderten den vorherrschenden Normen und Werten anzupassen hätten“ (Ronneberger 2009: 137). Dabei geht es „um die Frage der Hegemonie einer Sichtweise, die andere Wahrnehmungsformen ausschließt oder marginalisiert“ (ebd.: 138). Seit der Wiedervereinigung von DDR und BRD wird Migration als ein „Problem der inneren Sicherheit“ (ebd. 140) verhandelt. In verschiedenen Studien wurde nachgewiesen, dass es in der Bundesrepublik keine beträchtlichen Segregationsprozesse, wie sie unter anderem in den USA oder Südafrika existieren, gibt. Dennoch ist der Diskurs in der medialen Repräsentation tief verankert (vgl. ebd.: 143). Das Bedrohungspotenzial wird als real dargestellt und legitimiert damit Forderungen nach der Integration Migrierter. Im Zuge der Fluchtbewegungen rücken Geflüchtete zunehmend in den Fokus. Der Kommentar „Das wahre ‚Ghetto-Problem‘“ (12012016a-SZ), von Jan Bielicki, erschienen in der SZ, beschäftigt sich mit der Wohnungsfrage anerkannter Geflüchteter, greift das Integrationsparadigma auf und eröffnet einen Einblick in die Diskussion um Integration. Nach einem kurzen Bezug zur Herkunft des Ghetto-Begriffs als Ort in Venedig, in dem Jüdinnen und Juden vor 500 Jahren zwangsweise leben mussten, kommt der Autor auf die heutige Situation zu sprechen. Der Artikel beruht auf dem Vorschlag des SPD-Chefs Sigmar Gabriel, anerkannten Geflüchteten den Wohnort vorzuschreiben. Damit werden „Migranten nicht als handelnde Subjekte wahrgenommen, sondern nur als passive Objekte administrativer Entscheidungen“ (Yildiz 2009: 138).

Bielicki nannte Gründe, warum Geflüchtete in besondere Bezirke ziehen: „Und die meisten von ihnen [anerkannte Geflüchtete] ziehen in Großstädte und dort in die Viertel, wo bereits viele von ihnen leben, wo sie Landsleute, Netzwerke, halbwegs bezahlbaren Wohnraum finden“ (12012016a-SZ). Der Bezug liegt vor allem auf einer ökonomistischen und netzwerkorientierten Erklärung für die Wahl des Wohnortes. Die Positionierung gegen den Vorschlag Gabriels basiert dennoch auf einer formaljuristischen Begründung: „heute gilt der Rechtsstaat, auch für Flüchtlinge“ (ebd.). Das Problem markiert Bielicki als fehlenden

sozialen Wohnraum vieler Großstädte und langer Wartelisten für günstige Wohnungen. Die Lösung des ‚Problems‘ sieht er nicht in der Vorschreibung des Wohnorts für Geflüchtete, sondern in der finanziellen Unterstützung deutscher Kommunen für Sozialwohnungen. In großen Städten gebe es Arbeitsplätze für Geflüchtete und dementsprechend brauchen diese dort Unterkünfte. Sein Integrationsbegriff bezieht sich auf das Leistungsprinzip: „Arbeit brauchen aber auch die Flüchtlinge, wenn ihre Integration gelingen soll, und die findet sich eben da, wo freie Wohnungen Mangelware sind – in den Städten. Denn hier entscheidet sich, ob der Guss der Einwanderungsgesellschaft gelingt“ (ebd.). Die Perspektive Bielickis kann als komplex angesehen werden, da er den Diskurs weglenkt von einer Sicht, die sich lediglich auf die kulturellen Differenzen fokussiert und legitime Gründe für die Wohnortwahl benennt.

Kritik am Bedrohungsdiskurs

Die *taz* versucht in der dritten Phase den medialen Diskurs zu brechen und Themen anzusprechen, die sich in der *Süddeutschen Zeitung* und den Lokalzeitungen nicht finden. Hierbei geht es vor allem um eine Kritik am Handeln der Politiker*innen, wie auch an verbreiteten Gerüchten über Geflüchtete, insbesondere durch *PEGDIDA*- und *AfD*-Anhänger*innen.

Gereon Asmuth von der *taz* kritisiert den Umgang deutscher Politiker*innen mit den Ereignissen der Kölner Silvesternacht. Er stellt fest: „Deutschland ist verrückt geworden, komplett durchgedreht. Anders ist es nicht mehr zu erklären, was die Damen und Herren aus den regierenden Parteien seit ‚den Ereignissen von Köln‘ so vor sich hin tröten“ (11012016a-taz). Die Äußerungen kategorisiert er als „Mischmasch aus längst geltenden Regelungen, Selbstverständlichkeiten und rechtslastigem Blödsinn“ (ebd.). Den Diskurs ordnet Asmuth dem Populismus zu. Sein Kollege Daniel Kretschmar kennzeichnet den politischen Diskurs als „nationalistische Rhetorik“ (11012016b-taz). Jörn Kruse greift die Äußerungen des *CSU*-Politikers und ehemaligen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich auf. Dieser kritisiert das verzögerte Berichten über die Kölner Silvesternacht und spricht von „Nachrichtensperren“ und „Schweigekartellen“ (ebd.). In Verbindung bringt er diese mit „der unkontrollierten Einwanderung“ (08012016b-taz). Die konkrete Kritik Kruses richtet sich an Friedrich, der „so den Futterlieferanten für alle [spielt], die gern ‚Lügenpresse‘ brüllen und die Medien eh für fremdgesteuert halten“ (ebd.).

Im Detail – Administration und Organisation Geflüchteter

Tobias Knobloch schreibt einen Kommentar mit dem Titel „Flucht in die Datenwelt“ (05012016b-taz), in dem er den modern ausgestatteten Flüchtenden, die sich am Bahnhof durch ihre Smartphones Informationen einholen und sich vernetzen, die veralteten IT-Systeme der Bundesregierung entgegensetzt. Der Staat kann nach Meinung des *taz*-Autors, „diese Aufgabe nicht [allein] bewältigen“ (05012016b-taz). Er sei auf die Mithilfe „tausender engagierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen“ (ebd.). Weiter schreibt Knobloch: „In einer solchen Lage der Abhängigkeit muss sich die Verwaltung Gedanken darübermachen, wie sie eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe mit hilfsbereiten Organisationen, Anwohnern und Unternehmen eingehen kann“ (ebd.). Es geht hierbei um eine Partner*innenschaft zwischen Staat und Bürger*in. Die Flüchtenden werden in diese nicht einbezogen. Die Vernetzung und Hilfsleistungen werden zusammen staatsintern organisiert. Die Geflüchteten werden zu passiven Subjekten degradiert – obwohl sie im Artikel mitgedacht werden, wenn es heißt: „Auch die vielen Engagierten, Hilfsorganisationen und schließlich auch die Geflüchteten selbst brauchen einen möglichst leichten Zugang zu Informationen“ (ebd.). Doch werden sie an letzter Stelle genannt und nicht als Hauptprofiteur*innen eines verbesserten Administrations- und Vernetzungssystems. Auch die „Eingliederung in unsere Gesellschaft“ wird thematisiert. Die Verwendung des Wortes „unser“ konstruiert eine Trennung zwischen ‚Wir‘ und den ‚Anderen‘. Die Rollen sind klar verteilt: „Selbst eine Versorgung der Menschen mit Decken oder Sprachkursen können die Behörden nicht allein gewährleisten, sondern sind auf die Mithilfe Tausender engagierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen“ (ebd.). Geflüchtete sind passiv und auf Hilfsleistungen angewiesen, während die Bürger*innen aktiv und engagiert, den Staat unterstützen.

Feministische und antirassistische Perspektiven

Neben den Diskursen der Bedrohung gibt es sowohl in der *SZ* als auch in der *taz* und den Lokalzeitungen Versuche den hegemonialen Diskursverlauf zu brechen und neue Perspektiven aufzuzeigen. Die Autorin Hannah Beitzer referiert in ihrem Artikel „Über sexuelle Gewalt sprechen – ohne Rassismus“ (06012016a-SZ) über die Reaktion auf die Übergriffe auf Frauen* in der Silvesternacht in Köln. Sie argumentiert aus feministischer Sicht und zitiert unter anderem weibliche Journalist*innen. Damit gibt sie Frauen* die Möglichkeit zur Äußerung. Andere (männliche) Kommentatoren geben allenfalls der Polizei

eine Stimme in ihren Kommentaren. Beitzer öffnet die Thematik hinzu einem gesamtgesellschaftlichen Problem, das nicht ‚den Migranten‘ zugeschrieben werden kann. Sie charakterisiert den Diskurs als rassistisch und fordert eine komplexere Betrachtung.

Auch ihr Artikel basiert auf dem Umstand, dass noch kein Täter identifiziert ist. Dennoch nimmt sie Flüchtende in Schutz. Sollten unter den Tätern Geflüchtete gewesen sein, so stelle es dennoch kein importiertes Problem dar. Allein die Nennung von Flüchtenden in dem Kontext stigmatisiert sie und konstruiert indirekt eine homogene Gruppe. Dietze hält fest, dass „Sexualpolitik die Sprache [ist], mit der Zugehörigkeit und Abschottung verhandelt und in eine Rhetorik des vergeschlechtlichten Notfalls verwandelt werden“ (Dietze 2016a: 100). Das Ansinnen, Sexismuskritik im Sinne eines „Trittbrettfeminismus“ (ebd.) voranzubringen, breche nicht mit dieser Logik und führe zu Opferkonkurrenzen. Es reiche demnach nicht aus, Geflüchtete in Schutz zu nehmen. Vielmehr sollten migrantische Forderungen stärkere Repräsentanz finde (vgl. ebd.). Die Autorin befindet sich in einem Dilemma. Ihr Wille eine differenzierte Sichtweise in die Diskussion zu bringen, verfestigt die Kategorisierung einzelner Individuen zu einer Gruppe – zu einer fremden Gruppe. Auch ihr Einschub, es gäbe „keinen Zusammenhang zwischen fehlender Integration und Kriminalität“ bestätigt die Ansicht, Flüchtende seien eher kriminell als Menschen mit deutscher Staatsbürger*innenschaft. Weiter argumentiert sie: „Dieser Zusammenhang ist gerade besonders wichtig, da so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie seit Jahrzehnten nicht – Menschen deren Integration noch bevorsteht“ (ebd.). Die Aussage bestätigt zunächst, dass viele Flüchtende in die Bundesrepublik einreisen. Bringt man aber das vorherige Argument an, es gebe einen Zusammenhang zwischen mangelnder Integration und Kriminalität, wird indirekt suggeriert es seien viele potenzielle Kriminelle nach Deutschland gekommen. Die Autorin stereotypisiert (Flüchtende = eher kriminell) und kategorisiert (die Flüchtlinge) die eingereisten Geflüchteten.

Khola Maryam Hübsch schreibt für die *taz* den Kommentar „Die Legende vom triebhaften Orientalen“ (09012016-taz), in dem sie thematisiert, dass sich die Sexismus-Debatte nur auf die Ereignisse in Köln konzentriert. Das Problem werde auf migrantische (vornehmlich muslimische) Männer fokussiert und vernachlässige dabei das generelle Problem einer patriarchalen Gesellschaft. Sie hält fest: „Es geht darum, dass die deutsche Frau vom muslimischen Mann bedroht wird. [...] Wir diskutieren über den muslimischen Mann“ (ebd.). Sie verweist auf die stereotypische Darstellung von muslimischen Männern: „Der fremde Barbar, der die unschuldige weiße Frau bedrängt, das ist ein klassisches, ein uraltes

Stereotyp“ (ebd.). Weiter greift sie das antimuslimische Ressentiment auf, das „die muslimische Sexualität als krasses Gegenbild zur westlichen zu konstruier[t]“ (ebd.). Sie referiert insbesondere über die Annahme, muslimische Männer seien nicht in der Lage ihre Triebe zu beherrschen. Sie schlägt gleichzeitig den Bezug zu Geflüchteten, indem sie schreibt: „Bislang aber gibt es keine Belege dafür, dass es zu einer Zunahme sexueller Belästigungen durch Migranten oder Flüchtlinge gekommen ist. So gab das BKA im Oktober 2015 bekannt, dass Flüchtlinge nicht häufiger straffällig werden als der Durchschnittsbürger“ (ebd.). Es ‚muss‘ betont werden, dass es keine Zunahme von Gewalttaten gegeben hat. Reaktion auf den rassistischen Diskurs ist der ‚Beweis‘, dass Geflüchtete nicht und weniger kriminell sind. Bei Deutschen muss dieser Beweis nicht erbracht werden. Als abschließende Kritik hält Hübsch fest: „Stutzig machen sollte die Tatsache, dass sich im aktuellen Diskurs um den Kölner Silvestermob nun ausgerechnet solche Stimmen den Kampf gegen das Patriarchat an die Brust heften, die bisher eher mit antifeministischen Positionen aufgefallen sind“ (ebd.). Damit verweist sie auf die Instrumentalisierung von Frauen* in der rassistischen Debatte. Ein weiterer Artikel der *taz* erschien von Dinah Riese unter dem Titel: „Ein Täter ist ein Täter ist ein Täter“ (06012016-taz), in dem sie darauf hinweist, dass „sexuelle Gewalt [...] an keine Ethnie gebunden [ist]“ (ebd.). Riese nimmt Bezug auf deutsche Verhältnisse: „Auf alkoholreichen Großveranstaltungen gehört es für Frauen seit jeher zur traurigen Realität, dass sie gegen ihren Willen angefasst werden“ (ebd.). Die Autorin nimmt eine feministische Position ein und hält fest: „An Vergewaltigungen ist immer der Vergewaltiger schuld, nie das Opfer“ (ebd.).

Jan Kanter greift diesen Standpunkt in einem Artikel der *Thüringer Allgemeine* ebenfalls auf. Der Kommentar überrascht mit seiner vergleichsweise progressiven und feministischen Argumentation und unterscheidet sich damit stark von der sonst in den Lokalzeitungen vorherrschenden Fokussierung auf migrantische Täter und deren rasche Bestrafung. Die Hauptaussage des Textes spiegelt sich bereits in der Überschrift wider: „Übergriff bleibt Übergriff“ (07012016-TA). Kanter nimmt eine feministische und antirassistische Position ein: „Woher die Täter kommen, ist dabei offen gestanden unwichtig: Ob die Täter nun Deutsche, Deutsche mit Migrationshintergrund, Ausländer oder Flüchtlinge sind, spielt keine Rolle. Vergewaltigung bleibt Vergewaltigung, Übergriff bleibt Übergriff. Täter, die überführt werden, sollten bestraft werden“ (ebd.). Weiter verweist er auf die „Doppelmoral“ (ebd.) des Diskurses und bezieht sich ebenfalls auf die deutschen Zustände: „Diejenigen Männer, die jetzt lauthals die ‚Massenvergewaltigung durch Ausländer‘ beklagen, sollten vielleicht erst einmal beim nächsten Besuch auf dem Oktoberfest (auch im Suff) ihre Finger

bei sich behalten, von Frauen in Büros nicht von ‚Mäusken‘ sprechen oder öffentlich deren Dirndl-Qualitäten beurteilen“ (ebd.).

Kontinuitäten und Brüche der medialen Berichterstattung

Die untersuchten Zeiträume haben aufgrund ihrer spezifischen Ereignisse und Kontexte unterschiedliche thematische Fokussierungen. Dennoch weist der Diskurs gewisse Kontinuitäten auf. Eine dieser Beständigkeiten ist der Diskurs der Bedrohung. Begründet wird er in der ersten Phase durch die vermeintlich unerwartete Situation, die verschränkt wird mit der konstatierten Überforderung der staatlichen Behörden, die auf diese Entwicklung nicht vorbereitet waren. Die Debatte findet Ausdruck in bildhaften Beschreibungen und emotionalisierten Darstellungen. Drastische Beschreibungen („Wirrwar“, „Ansturm“, „Kapitulation“ etc.) sind charakteristisch für diese Phase. Der Mitleids- und Bevormundungsdiskurs finden in eben solch markanten Phrasen und Formulierungen Ausdruck. Gefühlsbetont werden die Situationen an den Bahnhöfen geschildert. Vor allem das Engagement der deutschen Bevölkerung wird stets betont und als herausragend beschrieben. Dabei gibt es kaum Grenzen des Lobs. Die Hilfe sei „grandios“, „historisch“ und „überwältigend“. Die Erfahrungen der Geflüchteten und ihre Wahrnehmungen werden nicht thematisiert. Eine Besonderheit stellt der Tod Aylan Kurdis dar. Detailliert wird das Bild des toten Jungen am türkischen Strand von zwei Journalisten (*SZ* und *TLZ*) skizziert, obwohl beide das Originalfoto nicht zeigen und die Entscheidung auch begründen. In sehr emotionaler Weise wird die persönliche Betroffenheit der Autoren betont. Das unschuldige Kind wird als Symbol des Versagens der europäischen Asylpolitik dargestellt. In vielen weiteren Kommentaren wird das Versagen und die Überforderung der Politik sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene diskutiert. Anhand der so genannten ‚Flüchtlingskrise‘ wird die EU als politisches Konzept neu verhandelt. Fragen der Solidarität werden aufgeworfen und der Zusammenhalt infrage gestellt. In diesen Auseinandersetzungen kommt immer wieder der Diskurs der Bedrohung durch Geflüchtete werden indirekt zum Problemauslöser stilisiert. Der Gefahrendiskurs setzt sich nach den Anschlägen von Paris fort. Durch die Verknüpfung von Flucht und Terror wird ein neues Feld eröffnet. Die Bedrohung liegt nun nicht mehr in der ‚Masse‘ der Einwanderung, sondern in der terroristischen Gefahr. Auch wenn die meisten Kommentare Geflüchtete in Schutz nehmen, so ist die Verbindung zwischen Flucht und Terrorismus doch nahegelegt. Als Lösung wird unter anderem in der Lokalzeitung die Vermittlung ‚deutscher Werte‘ vorgeschlagen, die eine Pauschalverurteilung Geflüchteter impliziert. Der Bevormundungsdiskurs findet darin verstärkten Ausdruck. Der Diskurs des Mitleids und die Euphorie der ersten Phase sind in der zweiten gänzlich verschwunden.

Die Silvesternacht in Köln stellt anschließend einen merklichen Bruch dar. Das ‚Ereignis‘ hat in Deutschland stattgefunden, anders als die Anschläge von Paris. Die Betroffenheit ist direkt. Der Bedrohungsdiskurs verlagert sich von der ‚allgemeinen‘ terroristischen hin zu einer ‚persönlichen‘ Gefahr. Das Bild, das vielfach aufgerufen wird ist der ‚muslimische Mann‘, der ‚die weiße Frau‘ bedroht. Das Problem wird als externer Import charakterisiert. Sexistisches Verhalten wird allein auf den Geflüchteten beziehungsweise den migrierten Mann projiziert. Dadurch wird der Rechtfertigungsdiskurs der Ablehnung anschlussfähig. Gefordert werden „harte Strafen“, „schnelles und konsequentes Handeln“ und im Notfall auch Abschiebungen. Eine weitere Maßnahme stellt die Intensivierung von Integrationsmaßnahmen dar, die aber lediglich in der *SZ* aufgegriffen wird. Auffallend ist, dass eine große Anzahl von Artikeln auf der Hypothese, unter den Tätern seien Geflüchtete gewesen, aufbauen. Obwohl noch keine Fakten vorlagen, fokussierte sich der Diskurs rasch auf Geflüchtete und Migrierte. Trotz dessen gab es in allen drei Zeitungen Versuche, eine differenzierte Perspektive einzunehmen. Vornehmlich weibliche Journalistinnen* argumentierten im Sinne einer offenen Debatte über Sexismus, die nicht anhand von Nationalitäten und Religionszugehörigkeit geführt wurde. Die Autorinnen* weisen darauf hin, dass es auf Großveranstaltungen permanent zu Übergriffen auf Frauen* kommt. Das Dilemma der Gegenposition ist die Betonung, dass Geflüchtete (auch statistisch) nicht ‚krimineller‘ seien als deutsche Staatsangehörige. Diese Feststellung löst die Differenz zwischen Geflüchteten und autochthoner Gesellschaft nicht auf. Die Akzentuierung markiert implizit einen Unterschied. Auch hier kommen die Perspektiven Geflüchteter nicht zum Ausdruck.

Ausgehend von der Anfangsfrage lässt sich festhalten, dass der mediale Diskurs rassistische Tendenzen nach Matouschek et al. (1995) enthält. Die Diskursformen des Mitleids, der Bevormundung und der Rechtfertigung der Ablehnung finden sich in den untersuchten Zeiträumen wieder. Dominierte in der ersten Phase der Mitleidsdiskurs, findet sich dieser in den beiden anderen nicht wieder. Der Bevormundungsdiskurs ist vor allem in der zweiten und dritten Phase erkennbar. In der letzten Phase findet der Rechtfertigungsdiskurs der Ablehnung Ausdruck. Während aller drei Untersuchungsepisoden wird Flucht als eine Bedrohung dargestellt. Alternative Diskurse fanden sich hauptsächlich in der *taz*. Doch auch hier waren Elemente des Bedrohungsdiskurses zu finden. Ursachen für Flucht wurden nicht thematisiert.

Die Analyse der Kommentare steht nicht abgeschlossen für sich. Vielmehr ist der Diskurs über Geflüchtete eingebettet in vorangegangene Diskurse über Migration und knüpft oft an

bestehende Diskursstränge an. Die aktuellen Diskurse können demnach nicht als neuentstandene rassistische Diskurse gelesen werden, sondern müssen als Teilresultat früherer Diskurse verstanden werden.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass anhand der untersuchten Artikel keine Gesamtanalyse über den medialen Diskurs erfolgen kann. Die ausgewählten Zeitspannen stellen besonders markante Punkte dar. Eine umfassendere Untersuchung mehrerer Zeiträume und verschiedener Zeitungsgenre sowie weiterer Zeitungen (auch der Printversionen) wären nötig, um ein exakteres Bild der Medienrepräsentation zu liefern. Ich habe bereits mehrfach betont, dass Geflüchtete in Kommentaren kaum zu Wort kommen und die Autor*innen der vor allem Interessen der Ingroup repräsentieren. Es wäre zu untersuchen, inwiefern andere Zeitungsgenre, etwa Reportagen oder Interviews, dieses Ungleichverhältnis beheben.

Ausblick

Medien und speziell Tageszeitungen kann man nicht allein für die Berichterstattung mit rassistischen Tendenzen verantwortlich machen. Gudrun Harrer hält dazu fest: „In einer nicht rassistischen Gesellschaft wäre Rassismus in den Medien undenkbar“ (Harrer 2010: 129). Sie verweist damit auf die Verwobenheit von Gesellschaft, Politik und medialer Repräsentation. An den Medien kann dennoch kritisiert werden, dass sie zu oft den Narrativen der Politik folgen. So wurde Deutschland noch nie als Einwanderungsland charakterisiert. Erst im letzten Jahr wurde der Vorschlag zur Schaffung einer neuen gesetzlichen Regelung in Richtung eines Einwanderungsgesetzes wieder fallengelassen. Migration ist etwas, das ‚passiert‘, aber nicht gewollt ist – beziehungsweise wenn gewollt stets mit einem wirtschaftlichen Nutzen, in Hinblick auf einen Fachkräftemangel, verknüpft. Die Politik transportiert diese Vorstellung von Migration und Medien greifen sie auf. Eine alternative, kritische Betrachtung der politischen Umstände, die Geflüchtete nicht zu passiven Objekten degradiert, sondern als Menschen versteht, die sich aktiv gegen die Zustände in ihrem Land durch Flucht wehren und ihr Recht auf Mobilität wahrnehmen, wäre nötig, um die aktuelle Repräsentation zu verändern.

Aber allein ein Blick auf die Autor*innenschaft der analysierten Artikel zeigt auf, wie es um die mediale Repräsentation momentan steht: der überwiegende Teil der Autor*innen ist männlich und nur zwei von mehr als sechzig Autor*innen haben einen Migrationshintergrund. Das Medium Zeitung und auch der Kommentar könnten die Möglichkeit bieten, die Interessen und Positionen Geflüchteter zu repräsentieren. Es ist möglich Geflüchtete zu Wort kommen zu lassen. In der Silvesterdebatte finden sich keine Meinungen Geflüchteter wieder. Wie sehen Geflüchtete die Übergriffe aus Frauen*? Am 16. Jänner 2015 beispielsweise demonstrierten 200 Geflüchtete unter dem Motto „Syrer gegen Sexismus“ gegen die Geschehnisse der Silvesternacht. In einigen Zeitungen wurde darüber berichtet, dennoch ging die Demonstration in der Berichterstattung unter, da der Fokus in dieser Zeit vor allem auf der Ermittlung der Täter lag.

Zudem fehlen oft Auseinandersetzungen mit Fluchtursachen, die in Zusammenhang mit globalen Entwicklungen stehen, die auch die EU zu verantworten hat oder Deutschland, wenn zum Beispiel Waffenlieferungen in Krisenregionen erfolgen.

Die gewohnten Bilder müssen aufgebrochen werden. Dazu braucht es eine kritische Aufarbeitung von stereotypen Repräsentationen und eine neue Darstellung der Komplexität

von Fluchtmigration, die nicht hauptsächlich auf eine Sicherung der EU-Außengrenzen und die Aufrechterhaltung des zentraleuropäischen Reichtums fokussiert ist, sondern eigene Verantwortlichkeiten bewusst aufarbeitet und thematisiert.

Eine breite öffentliche Debatte über eine progressive Sichtweise auf Migration wäre nötig, um eine Veränderung herbeizuführen. Die Soziologen Dimitris Papadopoulos und Vassilis Tsianos schlagen eine veränderte Sichtweise auf Migrationsprozesse vor, die zum Abschluss dieser Arbeit deutlich machen soll, wie diese gesehen werden können:

„Migration is not the evacuation of a place and the occupation
of a different one; it is the making and remaking of one's own life
on the scenery of the world. World-making.

You cannot measure migration in changes of position or location,
but increase in inclusiveness and the amplitude of its intensities.

Even if migration starts sometimes as a form of dislocation
(forced by poverty, patriarchal exploitation, war, famine),
its target is not relocation

but the active transformation of social space.”

(Papadopoulos/Tsianos 2008: 225)

Literatur- und Quellenverzeichnis

Forschungsliteratur

- Amesberger, Helga/Brigitte Halbmayr (2010): Weißsein und Dominanzkultur – Erklärungsversuche für die Beständigkeit von Rassismus. In: Sir-Peter-Ustinov-Institut (Hg.) [Pelinka, Anton/Birgit Haller (Hg.)]: „Rasse“ – eine soziale und politische Konstruktion. Strukturen und Phänomene des Vorurteils Rassismus. Wien, S. 45-55.
- Anderson, Benedict (1998): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt am Main.
- Attia, Iman (2014): Rassismus (nicht) beim Namen nennen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64/13-14, S. 8-14.
- Bade, Klaus J. (2015): Zur Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 65/25, S. 3-8.
- Bahr, Petra (2006): Menschenwürde in der säkularen Verfassungsordnung. Rechtswissenschaftliche und theologische Perspektiven. Tübingen.
- Balibar, Etienne (1988a): Gibt es einen „Neorassismus“? In: Balibar, Etienne/Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, S. 23-38.
- Balibar, Etienne (1988b): Rassismus und Krise. In: Balibar, Etienne/Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, S. 261-272.
- Bauman, Zygmunt (2008): Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit. Hamburg.
- Bojadzije, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster.
- Bührmann, Andrea/Werner Schneider (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. Bielefeld.
- Bukow, Wolf-Dietrich (2000): Ethnisierung und nationale Identität. In: Rätz, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 164-176.
- Buschek, Oliver (2016): Wie sprechen wir offen und vernünftig über die Vorfälle von Köln? Interview mit Sabine Hess. br2, 12.01.2016; URL: <http://www.br.de/radio/bayern2/gesellschaft/notizbuch/silvesternacht-koeln-sabine-hess-100.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- Butterwegge, Christoph (2006): Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung. In: Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden, S. 187-237.
- Diaz-Bone, Rainer (2005): Diskursanalyse. In: Mikos, Lothar/Claudia Wegener (Hg.): Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch. Konstanz, S. 538-552.
- Dietze, Gabriele (2016a): Das ‚Ereignis Köln‘. In: Femina Politica, 1 (2016), S. 93-102.

- Dietze, Gabriele (2016b): Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. 2/1, URL: <http://movements-journal.org/issues/03.rassismus/10.dietze--ethnosexismus.html> [zuletzt zugegriffen am: 05.10.2016]
- Dijk, Teun A. van (1999): Presse und Elitenrassismus. In: Burgmer, Christoph (Hg.): Rassismus in der Diskussion. Berlin, S. 127-145.
- Duden-Online: Duden Online-Wörterbuch. Bibliographisches Institut Berlin. URL: <http://www.duden.de/woerterbuch> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- Elfferding, Wieland (2000): Funktion und Struktur des Rassismus. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 43-54.
- Erdem, Esra (2009): In der Falle einer Politik des Ressentiments. Feminismus und die Integrationsdebatte. In: Hess, Sabine (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld, S. 187-206.
- Espahangizi, Kijan/Sabine Hess/Juliane Karakayali/Bernd Kasperek/Simona Pagano/Mathias Rodatz/Vassilis S. Tsianos (2016): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. 1/1, S. 9-23.
- Foucault, Michel (1967/2006): Von anderen Räumen. In: Dünne, Jörg/Stephan Günzel (Hg.): Raumtheorie. Grundlagen aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main, S. 317-329.
- Foucault, Michel (1984): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main.
- Fuchs, Werner/Rolf Klima/Rüdiger Lautmann/Otthein Rammstedt/Hanns Wienold (Hg.) (1973): Lexikon zur Soziologie. Opladen.
- Hall, Stuart (1989a/2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 7-16.
- Hall, Stuart (1989b/2012): Ideologie, Kultur, Rassismus. Hamburg.
- Harrer, Gudrun (2010): Rassismus in den Medien. In: Sir-Peter-Ustinov-Institut (Hg.) [Pelinka, Anton/Birgit Haller (Hg.)]: „Rasse“ – eine soziale und politische Konstruktion. Strukturen und Phänomene des Vorurteils Rassismus. Wien, S. 129-136.
- Heimeshoff, Lisa-Marie (Hg.) (2014): Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin.
- Hentges, Gudrun (2006): Von „Knochenbrechern“ und dem „schwarzen Dreieck Moksau-Minsk-Kiew“. Migrationsberichterstattung im Spiegel. In: Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden, S. 89-110.
- Hess, Sabine (Hg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin.
- Hess, Sabine (2015): Politiken der (Un-)Sichtbarmachung. Eine Kritik der Wissens- und Bilderproduktion zu Migration. In: Yildiz, Erol/Marc Hill/Wolf-Dietrich Bukow (Hg.): Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Bielefeld, S. 49-64.

- Hess, Sabine (2016): „Citizens on the road“. Migration, Grenze und die Rekonstitution von Citizenship in Europa. In: Zeitschrift für Volkskunde. 112. Jahrgang, Heft 1 (2016), S. 3-18.
- Hess Sabine/Heinz Kasperek/Stefanie Kron/Mathias Rodatz/Maria Schwertl/Simon Sontowski (Hg.) (2016): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin.
- Hess, Sabine/Lisa-Marie Heimeshoff/Stefanie Kron/Helen Schwenken/Miriam Treciak (2014): Einleitung. In: Heimeshoff, Lisa-Marie (Hg.): Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin, S. 9-40.
- Hess, Sabine/Serhat Karakayali (2007): New Gouvernance oder die imperiale Kunst des Regierens. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld, S. 39-56.
- Jäger, Margret (1999): Ethnisierung von Sexismus im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung. URL: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Ethnisierung_von_Sexismus.htm (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- Jäger, Margret/Siegfried Jäger (1993): Verstrickungen. Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamt-Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jäger, Siegfried/Jürgen Link (Hg.): Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg, S. 49-79.
- Jäger, Margret/Siegfried Jäger (2000): Rassistische Alltagsdiskurse. In: Rätzsch, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 278-291.
- Jäger, Siegfried (2008): Von der Ideologiekritik zu Foucault und Derrida. Ein (noch) sehr vorläufiger Beitrag zu einer möglichen Wende kritischer Wissenschaft. In: Jäger, Siegfried (Hg.): Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse? Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft. Münster, S. 18-37.
- Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster.
- Jäger, Siegfried/Jürgen Link (1993): Einleitung. In: Jäger, Siegfried (Hg.): Rassismus und die Medien. Duisburg, S. 7-20.
- Kaschuba, Wolfgang (2004): Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne. Frankfurt am Main.
- Kaschuba, Wolfgang (2014): Nation. In: Özkan Ezli/Gisela Staupe (Hg.): Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt. Lesebuch zur Ausstellung „Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt“ im Deutschen Hygiene-Museum, 8. März bis 12. Oktober 2014, Konstanz, S. 187-189.
- Kasperek, Bernd/Vassilis S. Tsianos (2014): Whatever Works! Kontinuität und Krise des Schengener Systems. In: Heimeshoff, Lisa-Marie (Hg.): Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin, S. 41-57.
- Köster-Eiserfunke, Anna/Clemens Reichhold/Helge Schwiertz (2014): Citizenship zwischen nationalem Status und aktivistischer Praxis – Eine Einführung. In: Heimeshoff, Lisa-Marie (Hg.): Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin, S. 177-198.
- Krüger, Uwe (2013): Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln.

- Lembke, Ulrike (2016): Sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum. Rechtslage und Reformbedarf. URL: <http://www.legal-gender-studies.de/sexuelle-uebergriffe-im-oeffentlichen-raum-rechtslage-und-reformbedarf> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- Link, Jürgen (1993): Zu Hause „asylantenfrei“ – in Übersee auf „Friedensmission“? Über eine eigenartige diskursive Konstellation. In: Jäger, Siegfried/Jürgen Link (Hg.): Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg, S. 31-48.
- Link, Jürgen (2000): Normalismus und Neorassismus. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 121-130.
- Link, Jürgen (2011): Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik. In: Keller, Rainer/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden, S. 433-459.
- Löfgren, Orvar (2001): Nationale Identitäten und transnationale Bewegungen. Die Pädagogik der Mobilität. In: Binder, Beate/Wolfgang Kaschuba (Hg.): Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts. Köln u.a., S. 64-85.
- Matouschek, Bernd/Ruth Wodak/Franz Januschek (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien.
- Meyn, Hermann (2004): Massenmedien in Deutschland. Konstanz.
- Ottmers, Clemens (2007): Rhetorik. Stuttgart.
- Panagl, Oswald/Ruth Wodak (Hg.) (2004): Text und Kontext. Theoriemodelle und methodische Verfahren im transdisziplinären Vergleich. Würzburg.
- Papadopolous, Dimitris/Vassilis Tsianos (2008): The Autonomy of Migration. The Animals of Undocumented Mobility. In: Hickey-Moody, Anna/Peta Malins (Hg.): Deleuzian Encounters. Studies in Contemporary Social Issues. Houndmills u.a., S. 223-235.
- Rätzkel, Nora (1997): Gegenbilder. Nationale Identitäten durch Konstruktion des Anderen. Opladen.
- Rätzkel, Nora (2010): Die Bedeutung von „Rasse“ und Rassismus für die Konstruktion des modernen Nationalstaates oder Doppelcharakter der Naturalisierung des Sozialen. In: Sir-Peter-Ustinov-Institut (Hg.) [Pelinka, Anton/Birgit Haller (Hg.)]: „Rasse“ – eine soziale und politische Konstruktion. Strukturen und Phänomene des Vorurteils Rassismus. Wien, S. 67-76.
- Ronneberger, Klaus/Vassilis Tsianos (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Hess, Sabine (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld, S. 137-152.
- Ruhrmann, Georg (1993): Die Konstruktion des „Fremden“ in den Medien. In: Jäger, Siegfried/Jürgen Link (Hg.): Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg, S. 190-212.
- Said, Edward (1979): Orientalism. New York.
- Schalkowski, Edmund (2011): Kommentar, Glosse, Kritik. Konstanz.

- Schneider, Wolf/Paul-Josef Raue (2012): Das neue Handbuch des Journalismus und des Online-Journalismus. Reinbek.
- Schwarz, Tobias (2010): Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktion im deutschen Ausweisungsdiskurs. Bielefeld.
- Schwell, Alexandra (2010): Grenzen mit und ohne Kontrollen. Der Mythos vom ‚sicheren‘ Nationalstaat. In: Bricolage. Innsbrucker Zeitschrift für Europäische Ethnologie, 6, S. 90-110.
- Schwertl, Maria (2015): Wissen, (Selbst)Management, (Re)territorialisierung. Die drei Achsen des aktuellen Diskurses um Migration und Entwicklung. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. 1/1, URL: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/09.schwertl--wissen-selbstmanagement-reterritorialisierung-migration-entwicklung.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- Skrobanek, Jan (2004): Soziale Identität und Ausländerfeindlichkeit. Das integrative Moment europäischer Zugehörigkeit. In: Berliner Journal für Soziologie, 14/3, S. 357-377.
- Sonderegger, Arno (2008): Rasse und Rassismus im wissenschaftlichen Diskurs. Eine Skizze. In: Gomes, Bea/Walter Schicho/Arno Sonderegger (Hg.): Rassismus. Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen. Wien, S. 10-26.
- Spindler, Susanne (2014): Gewalt und Medien. In: Özkan Ezli/Gisela Staupe (Hg.): Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt. Lesebuch zur Ausstellung „Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt“ im Deutschen Hygiene-Museum, 8. März bis 12. Oktober 2014, Konstanz, S. 133-135.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives. In: Barker, Francis/Peter Hulme/Margaret Iversen/Diana Loxley (Hg.): Europe and Its Others. Volume One. Colchester, S. 128-251.
- Thomas-Olalde, Oscar/Astrid Velho (2011): Othering and its Effects. Exploring the Concept. In: Niedrig, Heike/Christian Ydesen (Hg.): Writing Postcolonial Histories of Intercultural Education. Interkulturelle Pädagogik und postkoloniale Theorie. Band 2. Frankfurt am Main, S. 27-51.
- Titscher, Stefan/Ruth Wodak/Michael Meyer/Eva Vetter (1998): Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick. Opladen.
- Weischenberg, Siegfried/Hans J. Kleinsteuber/Bernhard Pörksen (Hg.) (2005): Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz.
- Wengeler, Martin (2003): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985). Tübingen.
- Wengeler, Martin (2006): Zur historischen Kontinuität von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs. In: Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden, S. 13-36.
- Wodak, Ruth (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main.

- Wodak, Ruth (2010): Sprache, Macht, Identität. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Die Bedeutung der Sprache. Bildungspolitische Maßnahmen und Konsequenzen. (OECD/CERI-Regionalseminar für die deutschsprachigen Länder in Graz (Österreich) vom 8.-11. November 2009), Berlin, S.183-198.
- Wodak, Ruth (2015): Europäische Identitäten, Migration und Zugehörigkeit. In: Hoff, Gregor Maria (Hg.): Europa – Entgrenzungen. [der Band enthält die Vorlesungen und den Festvortrag der Salzburger Hochschulwochen, die in der Zeit vom 28. Juli bis zum 3. August 2014 an der Universität Salzburg abgehalten wurden] Für Heinrich Schmidinger zum 60. Geburtstag. Innsbruck/Wien, S.101-136.
- Wodak, Ruth/Gilbert Weiss (2004): Möglichkeiten und Grenzen der Diskursanalyse. Konstruktion europäischer Identitäten. In: Panagl, Oswald/Ruth Wodak (Hg.): Text und Kontext. Theoriemodelle und methodische Verfahren im transdisziplinären Vergleich. Würzburg, S.67-87.
- Wodak, Ruth/Rudolf de Cillia/Karl Blümel/Elisabeth Andraschko (1989): Sprache und Macht – Sprache und Politik. Materialien und Texte zur politischen Bildung. Wien.
- Yildiz, Erol (2006): Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft. In: Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden, S. 37-53.
- Yildiz, Erol (2009): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Von der hegemonialen Normalität zu den Niederungen des Alltags. In: Hess, Sabine (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld, S. 153-170.
- Young, Iris Marion (2002): Fünf Formen der Unterdrückung. In: Horn, Christoph/Nico Sacarno: Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.
- Ziai, Aram (2008): Rassismus und Entwicklungszusammenarbeit. In: Gomes, Bea/Walter Schicho/Arno Sonderegger (Hg.): Rassismus. Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen. Wien, S. 191-213.
- Zuser, Claudia (2008): „Die Festung Europa wird in Afrika ausgebaut.“ Überlegungen zu Migration, Rassismus und europäischer Identität. In: Jäger, Siegfried (Hg.): Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse? Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft. Münster, S. 180-201.

Quellen

- 250713-Spiegel Online; Diehl, Jörg/Frank Pantalong: Knallharte Herren der Blätter. Spiegel Online vom 25.07.2013; URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/-unternehmen/funke-mediengruppe-wer-ist-der-kaeuffer-der-springer-blaetter-a-913044.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 19042015-Zeitonline; o.A.: Mehr als 700 Menschen ertrinken im Mittelmeer. Zeitonline vom 19.04.2015; URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-04/fluechtlinge-lampedusa-unglueck> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

- 27042015-SZ; Meiler, Oliver: Das Drama der Flüchtlinge verstehen. Süddeutsche Zeitung vom 27.04.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/mittelmeer-das-drama-verstehen-1.2454605> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 08052015-WELT; o.A.: Bundeswehr-Fregatte rettet 200 Flüchtlinge. Die Welt vom 08.05.2015; URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article140667244/Bundeswehr-Fregatte-rettet-200-Fluechtlinge.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 13052015-Zeitonline; Brickle, Paul et al.: Die Schlüsselfrage. Zeitonline vom 13.05.2015; URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/fluechtlinge-eu-quote-verteilung-schluessel> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 17062015-PNP; o.A.: Zelte für Flüchtlinge in Deggendorf. Rekordaufgriffe in Passau. Passauer Neue Presse vom 17.06.2015; URL: http://www.pnp.de/region_und_lokal/landkreis_deggendorf/deggendorf/1715804_Zelte-fuer-Fluechtlinge-in-Erstaufnahmeeinrichtung.html (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 17062015-Spiegel Online; o.A.: Migration aus Serbien. Ungarn plant Grenzzaun gegen Flüchtlinge. Spiegel Online vom 17.06.2015; URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-will-fluechtlinge-aus-serbien-mit-zaun-aufhalten-a-1039289.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 01072015-Abendblatt; o.A.: 150 Flüchtlinge ziehen in frühere Block-House-Zentrale. Hamburger Abendblatt vom 01.07.2015; URL: <http://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-nord/article205434133/150-Fluechtlinge-ziehen-in-fruehere-Block-House-Zentrale.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 16072015-Spiegel Online; o.A.: Überfüllte Heime. Städten fehlen Zehntausende Plätze für Flüchtlinge. Spiegel Online vom 16.07.2015; URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-staedte-beklagen-ueberfuellte-heime-in-den-laendern-a-1043895.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 17072015-FrankfurterRundschau; Mappes-Niediek, Norbert: Mit der Geisterbahn nach Europa. Frankfurter Rundschau vom 17.07.2015; URL: <http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/der-weg-der-fluechtlinge-mit-der-geisterbahn-nach-europa,24931854,31247928.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 20072015-Bayernkurier; Maetzke, Heinrich: Offene Balkan-Route. Bayernkurier vom 20.07.2015; URL: <https://www.bayernkurier.de/ausland/4163-offene-balkan-route> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 25082015-Handelsblatt; o.A.: Bundesamt setzt Dublin-Verfahren aus. Handelsblatt vom 25.08.2015; URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/syrien-fluechtlinge-bundesamt-setzt-dublin-verfahren-aus/12232306.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 25082015-Tagesspiegel; Dernbach, Andrea: Deutschland setzt Dublin-Regeln für aus Syrien Flüchtende aus. Der Tagesspiegel vom 25.08.2015; URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/wende-in-der-asylpolitik-deutschland-setzt-dublin-regeln-fuer-aus-syrien-fluechtende-aus/12229884.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 31082015a-SZ; Braun, Stefan: Wie Angela Merkel Fremdenfeindlichkeit zur Chefsache macht. Süddeutsche Zeitung vom 31.08.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/>

- politik/fremdenfeindlichkeit-merkels-chefsache-1.2628272 (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 31082015b-SZ; Kahlweit, Catrin: Jeder gegen jeden. Süddeutsche Zeitung vom 31.08.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-fluechtlingspolitik-jeder-gegen-jeden-1.2628274> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 31082015-TA; Stelle, Markus: Der Osten vertut eine Chance. Thüringer Allgemeine vom 31.08.2015; URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Die-Meinung-Der-Osten-vertut-eine-Chance-154467850> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 31082015-TLZ; Benkenstein, Matthias: Kurzsichtiges Ungarn. EU muss gemeinsam handeln. Thüringer Landeszeitung vom 31.08.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Kurzsichtiges-Ungarn-EU-muss-gemeinsam-handeln-359581963> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 01092015-TA; Suckert, Wolfgang: Merkel und die Flüchtlinge. Thüringer Allgemeine vom 01.09.2015; URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Leitartikel-Merkel-und-die-Fluechtlinge-1865782019> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 01092015-TLZ; Quoos, Jörg: Kanzlerschaft der großen Themen (Gastbeitrag). Thüringer Landeszeitung vom 01.09.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Kanzlerschaft-der-grossen-Themen-1931094610> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 01092015-taz; Leonhard, Ralf: Zug um Zug. tageszeitung vom 01.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5224204/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02092015a-OTZ; Kohnen, Alexander: Den Kommunen schnell helfen. Ostthüringer Zeitung vom 02.09.2015; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Den-Kommunen-schnell-helfen-Alexander-Kohnen-zur-dramatischen-Fluechtlings-Lage-1955772574> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02092015b-OTZ; Prager, Lutz: Schwierige Entscheidung. Ostthüringer Zeitung vom 02.09.2015; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Schwierige-Entscheidung-Lutz-Prager-ueber-Menschen-die-zu-uns-kommen-376851020> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02092015a-SZ; Bovensiepen, Nina: Zwei Gesichter einer Stadt. Süddeutsche Zeitung vom 02.09.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-muenchen-zwei-gesichter-einer-stadt-1.2631063> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02092015b-SZ; Braun, Stefan: Führungsnation steht alleine da. Süddeutsche Zeitung vom 02.09.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-solidaritaet-der-anderen-1.2629590> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02092015a-taz; Galli, Thomas: Wut sucht sich leichte Opfer (Gastbeitrag). tageszeitung vom 02.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5226260/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02092015b-taz; Leggewie, Claus/Daniel Cohn-Bendit: Das neue Deutschland. tageszeitung vom 02.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5224379/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

- 03092015-Le Monde; Guillot, Claire: "J'aimerais vraiment que ma photo puisse aider à changer le cours des choses". Le Monde vom 03.09.2015; URL: http://www.lemonde.fr/arts/article/2015/09/03/nilufer-demir-photographe-le-monde-attendait-une-image-qui-fasse-bouger-les-choses_4745176_1655012.html (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015-OTZ; Neumann, Philipp: Eine Frage der Integration. Ostthüringer Zeitung vom 03.09.2015; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Philipp-Neumann-ueber-Arbeitsmarkt-und-Fluechtlinge-Eine-Frage-der-Integration-348013783> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015a-SZ; Plöchinger, Stefan: Was uns der tote Junge von Bodrum lehrt. Süddeutsche Zeitung vom 03.09.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/medien/foto-eines-fluechtlingskinds-was-uns-der-tote-junge-von-bodrum-lehrt-1.2632557> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015b-SZ; Kornelius, Stefan: Europas Problem – Nicht Orbáns. Süddeutsche Zeitung vom 03.09.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-europas-problem-1.2632666> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015-taz; Kaul, Martin: Schickt Sonderzüge, jetzt! tageszeitung vom 03.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5226150/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015-The Guardian; Smith, Helena: Alan Kurdi. Friends and family fill in gaps behind harrowing images. The Guardian vom 03.09.2015; URL: <https://www.theguardian.com/world/2015/sep/03/refugee-crisis-friends-and-family-fill-in-gaps-behind-harrowing-images> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015-TLZ; Kanter, Jan: Schützen wir ihn wenigstens jetzt. Thüringer Landeszeitung vom 03.09.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Die-Meinung-Schuetzen-wir-ihn-wenigstens-jetzt-455572488> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03092015-Wall Street Journal; Parkinson, Joe: Image of Drowned Syrian Boy Echoes Around World. The Wall Street Journal vom 03.09.2015; URL: <http://www.wsj.com/articles/image-of-syrian-boy-washed-up-on-beach-hits-hard-1441282847> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04092015-FAZ; o.A.: Flüchtlingskinder in Kobane beigesetzt. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.09.2015; URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/syrisches-fluechtlingskind-aylan-in-kobane-beigesetzt-13785191.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04092015a-OTZ; Emmrich, Julia: Besorgnis und Zuversicht. Ostthüringer Zeitung vom 04.09.2015; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Julia-Emmrich-ueber-das-was-die-Deutschen-beschaefigt-in-der-Fluechtlingsfrage-1908332421> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04092015b-OTZ; Hilbert, Marcel: Marcel Hilbert über die brodelnde Gerüchteküche in Sachen Asylbewerberunterkunft in Gera. Ostthüringer Zeitung vom 04.09.2015; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Marcel-Hilbert-ueber-die-brodelnde-Geruechtekueche-in-Sachen-Asylbewerberunterku-1524366430> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

- 04092015a-taz; El-Gawhary, Karim: Europas Erste-Welt-Probleme. tageszeitung vom 04.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5226720/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04092015b-taz; Gaus, Bettina: Den Letzten beißen die Hunde. tageszeitung vom 04.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5226642/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04092015c-taz; Kretschmar, Daniel: Ausnahmezustand ohne Souverän. tageszeitung vom 04.09.2015; URL: <http://www.taz.de/!5226718/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 05092015-TLZ; Wiebe, Jan-Henrik: Europäischer Plan – Alle EU-Länder müssen Flüchtlingen helfen. Thüringer Landeszeitung vom 05.09.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Europaeischer-Plan-Alle-EU-Laender-muessen-Fluechtlingen-helfen-351668012> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06092015-SZ; Prantl, Heribert: Das Europa der Heuchler. Süddeutsche Zeitung vom 06.09.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-das-europa-der-heuchler-1.2636158> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 07092015a-TLZ; Bärsch, Thomas: Der Osten kann auch anders. Thüringer Landeszeitung vom 07.09.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Leitartikel-Der-Osten-kann-auch-anders-237944825> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 07092015b-TLZ; Otto, Elmar: Tolerantes Thüringen. Thüringer Landeszeitung vom 07.09.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Leitartikel-zum-Fluechtlings-Sonderzug-Tolerantes-Thueringen-1637648597> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 14092015-Zeitonline; Oberhuber, Nadine: Der Kampf um Wohnungen beginnt. Zeitonline vom 14.09.2015; URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/fluechtlinge-wohnungen-wohnraum-grossstadt-ueberfuellung> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 27102015-SZ; Hagelüken, Alexander: Billiglöhner sind nicht die Zukunft. Süddeutsche Zeitung vom 27.10.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlinge-in-deutschland-ist-der-mindestlohn-noch-zu-halten-1.2710226> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 15112015-MZ; Vates, Daniela: Markus Söder stößt Debatte an CSU sucht Zusammenhang zwischen Flüchtlingen und Terror. Mitteldeutsche Zeitung vom 15.11.2015; URL: <http://www.mz-web.de/politik/-terror-von-paris-sote-soeder-zusammenhang-terror-fluechtlinge-23302792> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 16112015-Spiegel Online; o.A.: Wer die Täter sind – und womit der IS jetzt droht. Spiegel Online vom 16.11.2015; URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/paris-wer-sind-die-taeter-wie-betruert-europa-den-terror-a-1063097.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 16112015-taz; Orde, Sabine am: Infame Scharfmacherei. tageszeitung vom 16.11.2015; URL: <http://www.taz.de/!5248319/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 16112015a-TLZ; Wiebe, Jan-Henrik: Werte verteidigen – Attentat ist ein Anschlag auf die Freiheit. Ostthüringer Zeitung vom 16.11.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Werte-verteidigen-Attentat-ist-ein-Anschlag-auf-die-Freiheit-1990280761> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

- 16112015b-TLZ; Zacharias, Axel: Signal gegen Terror – Jetzt ist vor allem Geschlossenheit wichtig. Thüringer Landeszeitung vom 16.11.2015; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Signal-gegen-Terror-Jetzt-ist-vor-allem-Geschlossenheit-wichtig-185648821> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 17112015-OTZ; Schütze, Wolfgang: Weniger reden, mehr Handeln. Ostthüringer Zeitung vom 17.11.2015; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Weniger-reden-mehr-handeln-Wolfgang-Schuetze-zum-Terror-in-Paris-und-den-Folge-337684496> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 18112015-FAZ; Lohse, Eckart: Kabinett will Familiennachzug einschränken. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.2015; URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/neues-asyl-gesetz-paket-bald-im-kabinett-13917782.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 18112015-SZ; Kuhr, Daniela: Söder bringt Terror und Zuwanderung in Verbindung – und rudert zurück. Süddeutsche Zeitung vom 18.11.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-verbundung-von-terror-und-zuwanderung-soeder-rudert-nach-kritik-zurueck-1.2743601> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 19112015-Spiegel Online; o.A.: Bundesregierung plant Ausweitung der Eilverfahren. Spiegel Online vom 19.11.2015; URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylrecht-bundesregierung-plant-eilverfahren-a-1063531.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 20112015a-SZ; Chimelli, Rudolph: Europas Terroristen. Süddeutsche Zeitung vom 20.11.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/islamischer-staat-europas-terroristen-1.2746496> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 21112015-taz; Litschko, Konrad: Contenance, Contenance. tageszeitung vom 21.11.2015; URL: <http://www.taz.de/!5249604/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 22112015-SZ; Roßmann, Robert: Die große Störung. Süddeutsche Zeitung vom 22.11.2015; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/seehofer-und-merkel-die-grosse-stoerung-1.2748559> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 031215-MZ; Losack, Anke: Flüchtlinge beim FC Hettstedt. Fußball als Türöffner. Mitteldeutsche Zeitung vom 03.12.2015; URL: <http://www.mz-web.de/23300140> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 02012016-Aachener Zeitung; o.A.: Übergriffe auf Frauen in Köln. Polizei ermittelt. Aachener Zeitung vom 02.01.2016; URL: <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/region/uebergriffe-auf-frauen-in-koeln-polizei-ermittelt-1.1259194> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03012016-BILD; o.A.: Sex-Überfälle an Silvester. Kannten sich die 40 Täter? BILD vom 03.01.2016; URL: <http://www.bild.de/regional/koeln/sexuelle-belaestigung/sexuebergriffe-koeln-vierzig-taeter-43997892.bild.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03012016-Ksta; o.A.: Taten in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof. Fünf Verdächtige nach sexuellen Übergriffen festgenommen. Kölner Stadt-Anzeiger vom 03.01.2016; URL: <http://www.ksta.de/23381648> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 03012015-WELT; o.A.: Fünf Männer festgenommen. Die Welt vom 03.01.2016; URL: <https://www.welt.de/regionales/nrw/article150543492/Fuenf-Maenner-festgenommen.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

- 04012016-dw; o.A.: Köln. Massive Übergriffe auf Frauen an Silvester. Deutsche Welle vom 04.01.2016; URL: <http://www.dw.com/de/k%C3%B6ln-massive-%C3%BCbergriffe-auf-frauen-an-silvester/a-18957955> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04012016-FAZ; o.A.: Oberbürgermeisterin beruft Krisentreffen ein. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.01.2016; URL: <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/gewerkschaft-der-polizei-geschockt-ueber-angriffe-auf-frauen-in-koeln-in-der-silvesternacht-13996697.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04012016-Ksta; Hauser, Claudia/Tobias Christ/Fabian Klask: Frauen am Kölner Hauptbahnhof belästigt. Übergriffe gingen von einer Gruppe von 1000 Männern aus. Kölner Stadt-Anzeiger vom 04.01.2016; URL: <http://www.ksta.de/23474338> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 04012016-Spiegel Online; o.A.: 60 Anzeigen nach Übergriffen vor Kölner Hauptbahnhof. Spiegel Online vom 04.01.2016; URL: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/koeln-60-frauen-erstatten-anzeige-nach-sexuellen-uebergriffen-an-silvester-a-1070418.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 05012016a-taz; Asmuth, Gereon: Die SPD in Geißelhaft. tageszeitung vom 05.01.2016; URL: <http://taz.de/!5262929/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 05012016b-taz; Knobloch, Tobias: Flucht in die Datenwelt. tageszeitung vom 05.01.2016; URL: <http://taz.de/!5262928/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 05012016-TLZ; Zacharias, Axel: In der Klemme. Thüringer Landeszeitung vom 05.01.2016; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/In-der-Klemme-1338489012> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06012016-OTZ; Iken, Matthias: Null Toleranz. Ostthüringer Zeitung vom 06.01.2016; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Matthias-Iken-ueber-die-Eskalation-der-Gewalt-in-Koeln-Null-Toleranz-725880007> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06012016a-SZ; Beitzer, Hannah: Über sexuelle Gewalt sprechen – ohne Rassismus. Süddeutsche Zeitung vom 06.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/uebergriffe-in-koeln-ueber-sexuelle-gewalt-sprechen-ohne-rassismus-1.2806434> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06012016b-SZ; Fried, Nico: In Köln zeigt sich die Überforderung des Staates. Süddeutsche Zeitung vom 06.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/koeln-und-die-fluechtlinge-vertrauen-und-versagen-1.2806538> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06012016c-SZ; Prantl, Heribert: Ein robustes Nein. Süddeutsche Zeitung vom 06.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/sexuelle-gewalt-ein-robustes-nein-1.2806362> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06012016-taz; Riese, Dinah: Ein Täter ist ein Täter ist ein Täter. tageszeitung vom 06.01.2016; URL: <http://www.taz.de/!5263102/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 06012016-TLZ; Benkenstein, Matthias: Ewiger Streit – Krise verlangt nach einer Einigung der Union. Thüringer Landeszeitung vom 06.01.2016; URL: <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Ewiger-Streit-Krise-verlangt-nach-einer-Einigung-der-Union-2040299354> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

- 07012016-TA; Kanter, Jan: Übergriff bleibt Übergriff. TA vom 07.01.2016; URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Die-Meinung-Uebergriff-bleibt-Uebergriff-1566366647> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 08012016-SZ; Prantl, Heribert: Abschiedediskussion ist Ablenkungsdiskussion. Süddeutsche Zeitung vom 08.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/koeln-die-abschiedediskussion-lenkt-von-der-verantwortung-ab-1.2808092> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 08012016a-taz; Hillenbrand, Klaus: Popanz und gefährlicher Irrglaube. tageszeitung vom 08.01.2016; URL: <http://www.taz.de/!5263321/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 08012016b-taz; Kruse, Jörn: Achtung! ‚Schweigekartelle‘! tageszeitung vom 08.01.2016; URL: <http://www.taz.de/!5263394/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 09012016-taz; Hübsch, Khola Maryam: Die Legende vom triebhaften Orientalen. tageszeitung vom 09.01.2016; URL: <http://www.taz.de/!5263585/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 10012016-SZ; Prantl, Heribert: Unschuldige dürfen nicht für Köln büßen. Süddeutsche Zeitung vom 10.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-schuldige-unschuldige-1.2811800> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 11012016a-taz; Asmuth, Gereon: Populismus ohne Obergrenzen. tageszeitung vom 11.01.2016; URL: <http://www.taz.de/!5264997/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 11012016b-taz; Kretschmar, Daniel: Paradies hinterm Stacheldraht. tageszeitung vom 11.01.2016; URL: <http://www.taz.de/!5265021/> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 12012016-OTZ; Nießler, Egbert: Das Recht durchsetzen. Ostthüringer Zeitung vom 12.01.2016; URL: <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Egbert-Niessler-ueber-den-inneren-Frieden-des-Landes-Das-Recht-durchsetzen-878037560> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 12012016a-SZ; Bielicki, Jan: Das wahre ‚Ghetto-Problem‘. Süddeutsche Zeitung vom 12.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-das-wahre-ghetto-problem-1.2813051> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 12012016-SZ; Dobrinski, Matthias: Nach Köln ist die Debatte vergiftet. Süddeutsche Zeitung vom 12.01.2016; URL: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/koeln-vergiftet-1.2814597> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- 27082016-Spiegel Online; Gathmann, Florian: Flüchtlingstragödie von Parndorf. Die Zäsur. Spiegel Online vom 27.08.2016; URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-71-leichen-im-lkw-die-tragoedie-von-parndorf-a-1107772.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

Sonstige Quellen

- Abendblatt; URL: <http://www.abendblatt.de/meinung/article207911371/Terror-Nicht-verunsichern-lassen.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)
- Anwalt.org; URL: http://www.anwalt.org/asylrecht-migrationsrecht/duerfen-fluechtlinge-arbeiten/#Duerfen_Asylobewerber_arbeiten_bevor_sie_ihren_Status_erhalten

BAMF-122015: Aktuelle Zahlen zu Asyl; URL: <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/AktuelleZahlen/aktuelle-zahlen-asyl-node.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

Kress.de-a; URL: <https://kress.de/koepfe/kresskoepfe-detail/profil/6162-matthias-iken.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

Kress.de-b; URL: <https://kress.de/koepfe/kresskoepfe-detail/profil/31069-joerg-quoos.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

UNHCR; URL: <http://www.unhcr.at/presse/nachrichten/artikel/ab59d3b3184f9e2b113b72bd0125c06d/zahl-der-syrien-fluechtlinge-uebersteigt-4-millionen-2.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2016)

Abstract

Die Fluchtbewegungen nach Europa waren von Sommer 2015 bis Frühjahr 2016 ein dominantes Thema in den Medien und haben wie kein anderes Thema die öffentlichen Debatten so stark geprägt. Durch die Auseinandersetzungen über Geflüchtete wurden nationale Identitäten und europäische Solidarität neu verhandelt.

Die Arbeit ist der Frage nachgegangen wie Geflüchtete in Kommentaren in deutschen Tageszeitungen repräsentiert werden. Anhand von drei Zeitspannen, die sich von August 2015 bis Jänner 2016 ziehen, wurde exemplarisch untersucht wie die medialen Diskurse geprägt waren. Mittels der *Kritischen Diskursanalyse* wurden Argumentationsmuster und Diskursstränge herausgearbeitet.

Zu Beginn des Sommers war vor allem die ‚Willkommenswelle‘ präsent. Viel beschrieben sind die emotionalen Situationen an deutschen Bahnhöfen, an denen viele Organisationen und ehrenamtliche Helfer*innen die ankommenden Geflüchteten mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken versorgten. In dieser Periode sind Mitleids- und Bevormundungsdiskurse prägend – aber auch Diskurse der Bedrohung. Mit den Anschlägen von Paris am 13. November 2015 änderte sich das Bild. Von Seiten der Politik und Medien wurde eine Verbindung zwischen Flucht und Terrorismus geschlagen, die zwar hinterfragt blieb, aber trotzdem ihre Wirkung zeigte. Vor allem der Bedrohungsdiskurs wurde verstärkt sichtbar. Durch die Silvesternacht 2015/2016 änderte sich die Wahrnehmung von Geflüchteten dramatisch. In Köln kam es zu Übergriffen auf Frauen* und zahlreichen Diebstählen. Schon bevor es ermittelte Täter gab, fokussierte sich der Diskurs auf Migrierte und Geflüchtete. Der Rechtfertigungsdiskurs der Ablehnung wurde zentral in öffentlichen Debatten und der Bedrohungsdiskurs verschärfte sich.

Der mediale Diskurs in den Medien weist rassistische Tendenzen auf, vor allem festzustellen durch die Diskurse der Bevormundung, der Bedrohung und der Rechtfertigung der Ablehnung. Geflüchtete werden als amorphe Masse entindividualisiert dargestellt. Sie selbst kommen in der medialen Repräsentation kaum zu Wort. Es findet hauptsächlich ein ‚Reden über sie‘ statt. Nur selten schaffen es Kommentator*innen das Narrativ von ‚Wir‘ und ‚Sie‘ aufzubrechen.